

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 17. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Eingelassene Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
je oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Berichtigungen-Korrekturen 25 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Preussisches Kostümfest.

Wenn der junge Graf, den der Berliner Staatsanwalt Müller bei Gefahr des Verschwindens der Geschworengerichte durchaus als einen kleinen Reher anerkannt wissen wollte, heranwächst und die Linie seines Widersachers, des Grafen Viktor Amleki, erlischt, so kann der junge Graf dereinst als Edelster ins Haus der Herren einziehen, wo heute sehr feinfühleriger Dntel Gesetze machen hilft. Erst dann wird man in durchgreifender Ahnenprobe entscheiden können, ob er wirklich ein Amleki oder nur ein kleiner Reher ist; an seiner Erbweisheit wird man untrüglich erkennen. Denn da es nach preussischen Naturgesetzen ausgeschlossen ist, daß jeder Reher von Geburt zur Gesetzgebung befähigt sei, so muß der künftige Herrenhäusler Amleki, sofern er nicht aus echtem Blut stammt, sofort beim ersten Erscheinen im Hause seine Unfähigkeit beweisen. Vielleicht schiebt seine Schwatze schieß, vielleicht ist die Wülfelalte in den Hofen total verfehlt, am Ende verliert er stolpernd gar ein paar Orden. Solch schicksalsschweres Ereignis muß eintreten, falls es nur der kleine Reher ist. Oder die ganze Grundlage des Herrenhauses ist erschüttert, die der Erbweisheit...

Im Ernst: Fünfzig Jahre nach dem tollsten Akt der Gegenrevolution hat an diesem Januar-Sonnabend des zwanzigsten Jahresherbsts das Herrenhaus ein neues weißläufiges Prunkhemd bezogen. Die Verordnung vom 12. Oktober 1854 bestimmte die Zusammenfassung dieser Körperschaft, während selbst die oktrozierte Verfassung die erste Kammer nach aus öffentlichen Wahlen hatte hervorgehen lassen und die revidierte Verfassung vom 31. Januar 1850 noch neben geborenen und ernannten Vertretern auch einen Teil der Wahl vorbehielt. Die Oktober-Verfassung vom Jahre 1854 überbot alles, was das kranke Hirn des Königs je erdumt.

Dreißig Jahre sind es her, seitdem der preussische Hofhistoriograph Heinrich von Treitschke diesem Viehlingserzeugnis Friedrich Wilhelms IV. folgende Sätze widmete:

„Es läßt sich nicht länger mehr ertragen, daß bei jedem Schritte der Abwehr gegen römische Uebergriffe, bei jeder unerlässlichen Reform der Verwaltung stets von neuem die besorgte Frage sich erhebt, ob vielleicht eine Mehrheit von drei Stimmen im Herrenhause für die klare politische Notwendigkeit zu gewinnen sei, oder ob ein neuer Patroschub dem schwerfälligen Verständnis des Kleinadels nachhelfen soll. Mit Ausnahme eines kleinen Kreises von Landbesitzern aus dem Osten stimmen alle Parteien in der Seringidung des hohen Hauses so vollständig überein, daß es fast Uebervindung kostet, das hundertmal Durchgesprochene noch einmal zu sagen. Einem kräftigen Staate steht es über alles, diese verdugte und entwürdigte Versammlung als ein todes Glied an seinem Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für notwendig erachtete Reform wie die Zahlung eines bösen Wechsels immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und folgerechten Gang der Gesetzgebung, sie erschüttert die konservative Gesinnung in der Nation“...

„Darüber sind alle Unbefangenen einig, daß wir eines Neubaus bedürfen: das morische Gefüge des Herrenhauses verträgt keine Verbesserung mehr. Die ungeliebte Verordnung vom 12. Oktober 1854 bleibt eine der häßlichsten Erinnerungen unserer Geschichte. Niemals, seit Preußen zur Großmacht geworden, hat eine strengere Partei ihre augenblickliche Ueberlegenheit so gewissenlos mißbraucht, um die ganze Zukunft der Gesetzgebung sich zu unterwerfen; niemals früher hat sich die Krone den Standesinteressen des kleinen Landadels so willkürlich untergeordnet.“

Und Treitschke höhnt die Zusammenfassung des Hauses, die auf genealogische Liebhaberei und historische Romantik zurückzuführen sei: „Ein kleiner Herr von bescheidenem Vermögen kann als Vater des Reiches auftreten, wenn er nur den Namen Bredow oder Adensleben führt. Es war, als sollte mutwillig allen Rechtsanschauungen des demokratischen Jahrhunderts ins Gesicht geschlagen werden.“ Der konservative Historiker spricht von der „unerhörten Leichtfertigkeit der Urheber des Gesetzes“ und er nennt die gnädig gebildeten Vertreter der Univeritäten und Magistrate „ein zu gleich fremdartiges und machtloses Anhängsel des Hauses.“

„Seitdem zeigt unsre Erste Kammer in merkwürdiger Vollständigkeit alle Gebrechen, welche einem Oberhause anhaften können: sie beleidigt den Stolz der Nation durch die einseitige Härte beschränkter Standesgesinnung und spottet zugleich jeder staatsmännischen Berechnung, denn in diesem planlos zusammengewürfelten Durcheinander grandverschiedener sozialer Kräfte werden alle Verhältnisse zu einem Spiel des Zufalls.“

„Die natürliche Trägheit privilegierter Klassen erscheint in diesem Kleinadel ungewöhnlich reich entwickelt. Spärlich ist der Besuch, leblos sind die Debatten, wenn nicht zuweilen ein Standesinteresse die Parteileidenschaft erregt.“

Also Heinrich v. Treitschke im Februar 1873. Am 10. Januar 1904 aber bezog dieselbe unveränderte Gesellschaft einen neuen farbenfeuchten Palast. Nur eines hat sich seitdem verändert. Treitschke schrieb aus der Stimmung des Konfliktes zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus. Heute kommt es gelegentlich zwischen den beiden Kammern zu harmlosen Zwischenfällen, sonst sind sie einig. Nicht weil das Herrenhaus sich geändert, sondern weil das Dreiklassen-Wahlrecht genau so wirkt wie die Gesetzgebung durch Geburt und Ernennung. Die zweite Kammer hat sich der ersten inzwischen angepaßt. Sie wetterstern in Mäßigkeit. Es war nur ein symbolischer Ausdruck dieser Verwandtschaft, daß bei der heutigen Eröffnung des Abgeordnetenhauses vielleicht in noch höherem Grade einem Hoflager gleich als der Saal des neuen Herrenhauses: der gewählte Bürgerkrieg erscheint nicht minder in Uniformen, Beamtenlibreen, Hoftrachten, Orden, als die „Herren“. Auch das war ein

Zug der Seeleneingeleit, daß man im Abgeordnetenhaus sich gleich in der ersten Sitzung patriarchalisch über konstitutionelle Regeln hinwegsetzte: Man säßte eine Abstimmung herbei, bevor das Haus sich noch konstituiert, bevor es also beschlußfähig war.

Gegenüber dem Warenhaus Wertheim erhebt sich der Herren-Palast. Aber das Warenhaus Wertheim untersteht sich unverteilt von seinem Nachbar. Es hält nicht auf feste Preise, es handelt und feilscht. Auch fehlen leider die großen und leichten Schaufenster, so daß man die Herren nicht regieren sehen kann, was recht ausfallend wäre. Es ist übrigens nicht zu leugnen, daß die kommerzielle Nachbarhaft auf die Herren abfährt. Der neugewählte Präsident Fürst zu Inn und Kniphausen sprach in seiner Begrüßungsrede, in welcher der 77-jährige Herr gegen den Umsturz eiferte, unwillkürlich von den Franzen der Politik.

Ein Rätsel bleibt die ungeheure Weilläufigkeit des neuen Palastes. Im Jahre werden etwa ein Duzend Sitzungen abgehalten. Dazu der große architektonische Apparat in der andern Zeit verwandt wird, bleibt dunkel. Vielleicht mietet Wertheim das Haus als eine Art Empfangsalon. Oder halten die Geister der Ähnen der heutigen Herren darin ihre geheimen Beratungen?

Heute herrscht herrliche Treiben im Saal. Die Damen hätten von den Tribünen nur herunter zu steigen brauchen, und die Herrschaften hätten Rennet und Fackeltanz ausführen können. Die Minister der Sächsischen Spalotterie waren vollzählig da, in Hoftrachten mit goldenen Knöpfen. Im Saale leuchteten wunderbar verschönernte Uniformen. Manche der Edlen waren allerdings von einer etwas nachlässigen Kriegsbereitschaft. Sehr viele trugen eine Art roter, blauer, grüner und schwarzer Kragenschoner um den Hals, daran zur Personalontrolle sonderbar geformte Marken aus besseren Metallen hingen. Diese Marken waren auch an andern Körperstellen angebracht; sie erfüllten offenbar den Zweck, den das Ätornieren in den unteren, zur Gesetzgebung nicht befähigten Volkschichten verfolgt. Unter den stolzen Granden versprengt ein paar Professoren und Bürgermeister, die gleichwohl auch mit jenen Abzeichen ausgestattet waren. Einige trugerte Pfaffenköpfe und als Eindringlinge Vertreter des Geldjudentums. Man ist außerordentlich munter und geschwätzig. Der Präsident muß wiederholt zur Ruhe mahnen, damit der Namensaufruf von statten gehen konnte.

Zubor aber gab es eine große Aktion. Graf Bülow hielt seine Beleuchtungsrede. Der moderne Graf feierte — 50 Jahre nach der Stiftung und 31 Jahre nach Treitschkes Aufsatz — das Herrenhaus als eine Versammlung, in der „so viel Erfahrung und Einsicht vertreten sind“. Weniger gefallen haben dürfte den Herren das verunglückte Citat nach Bismarck, der einst das Herrenhaus als „Ballast des Schiffes“ bezeichnet hatte. Am Schluß jedoch war der Graf wieder ganz auf der Höhe: „Der König in Preußen voran, Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran.“ Welche Befähigung zum Vorhingen eines Kriegervereins!

Das Kostümfest der preussischen Politik verlief ohne weitere Zwischenfälle in unausgesetzter Farbenpracht.

Als erste Interpellation im neuen Hause wurde eine Anfrage über — Automobile angekündigt. Die Herren sind unerhörtlich in der Erfindung standesgemäßer Fragen der großen Politik. Im alten Hause die Sorge um das spottliche Moorhuhn, im neuen das Automobil!

Der Geist ist, wie sehr richtig bemerkt wurde, der alte geblieben! ... Ein Kostümfest der Geister, der Gespenster ...

Die preussische Thronrede.

Im weißen Saal verlas am Sonnabend Wilhelm II. die Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtages. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Erlaubte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!“

„Indem ich Sie am Beginn eines neuen Abschnitts der parlamentarischen Arbeiten begrüße, ist es meinem Herzen Bedürfnis, zunächst meinem tiefempfundenen Dank Ausdruck zu verleihen: dem Dank gegen die göttliche Vorsehung, die mir eine schnelle Genesung schenkte, und dem Dank gegen mein Volk, das in allen seinen Schicksalen voll tugendlicher Teilnahme seinem Landesherren die Treue bewährte, die in guten und bösen Tagen Preußens König und Volk untrennbar verbindet.“

Zahlreich und schwerwiegend sind die Aufgaben, für deren gedeihliche Lösung ich auf Ihre einsichtsvolle Mitarbeit rechne.

Die Finanzlage des Staates hat sich nach einer kurzen Zeit des Rückganges wieder günstiger gestaltet. Ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung zeigt sich in der Wiederbelebung des Verkehrs bei den Staatsbahnen und in der Hebung der Staatseinnahmen. Die Rechnung des Jahres 1903 hat günstig abgeschlossen. Im Rechnungsjahre 1904 wird voraussichtlich der zur Verfügung gestellte Staatskredit von 70 Millionen nicht in Anspruch genommen werden. Es wird sich vielmehr noch ein Ueberschuß ergeben. Auch im Entwurf des Staatshaushalts-Etat für 1904 war es möglich, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen.

Ohne außerordentliche Mittel zu Hilfe zu nehmen, ist den wachsenden Anforderungen einer fortschreitenden Kulturentwicklung Rechnung getragen worden. Für die Ausgestaltung der Anlagen und die Vermehrung der Betriebsmittel der Staatseisenbahnen sind reichliche Beträge vorgezogen. Der geringst besoldeten Klasse ihrer Angestellten, den Bahnwärtern, ist eine Gehaltsaufbesserung zugebacht. Zur Erweiterung des Bahnnetzes und zur Unterhaltung von Kleinbahnunternehmungen, die der wirtschaftlichen Förderung des

Landes dienen, werden wieder erhebliche Mittel von Ihnen erbeten werden. Ebenso wird der bereits in den Vorjahren beschrittene Weg einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und der gering besoldeten Beamten in einer neuen Gesetzesvorlage weiter verfolgt.

Zu meiner lebhaften Befriedigung hat die vorjährige große Ausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft meine Ueberzeugung gefestigt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung aller Provinzen thätigst bestrebt ist, die Erzeugnisse von Wissenschaft und Praxis zu nützen und so in hartem Kampfe die Erträge des heimatischen Bodens zu mehren. Mit umso größerer und schmerzlicher Teilnahme erfüllte mich die Heimjuchung mehrerer östlicher Provinzen, namentlich Schlesiens, durch verheerende Hochwasser. Zur Linderung der Schäden sind Staatsmittel in erheblichem Umfang bereitgestellt worden, für deren Verwendung Ihre nachträgliche Zustimmung eingeholt wird.

Den Gegenstand meiner besonderen Fürsorge bildet das Verstreben, die Hochwassergefahren durch Ausbau der Flüsse und zweckmäßige Gestaltung ihres Ueberschwemmungsgebietes dauernd zu vermindern. Daher wird Ihnen ein Gesetzentwurf alsbald vorgelegt, worin für eine Verbesserung der Vorflut an der unteren Oder und Havel sowie an der Spree die Mittel gefordert werden. Ein weiterer Gesetzentwurf für die Regelung der Hochwasser-Verhältnisse an der oberen und mittleren Oder ist in Vorbereitung. Er wird Ihnen nach Fertigstellung vorgelegt werden. Auch eine allgemeine gesetzliche Regelung der Freihaltung des Ueberschwemmungsgebietes der Flüsse ist beabsichtigt.

Ferner wird von Ihnen die Bewilligung der Kosten für die notwendigste Ergänzung des Netzes der Winterwasserstraßen beantragt werden. Im Hinblick auf die erheblichen Staatsmittel, die der unaufschiebbare Schutz gegen Hochwassergefahren erfordert, beschränken sich diese Forderungen auf den Ausbau der bedeutendsten Wasserstraßen im Osten und Westen der Monarchie, und zwar auf den Ausbau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, die Kanalregulierung der Oder von der Mündung der Glager Weisse bis Breslau, die Verbesserung der Oder-Weichsel-Wasserstraße, einschließlich der Barthe und auf die Herbeiführung einer Schiffsahrtfrage vom Rhein bis nach Hannover.

In der Ausführung dieser Vorlagen erblicke ich eine der volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben unsrer Zeit. Zwei großen Staatsinteressen soll in gleichem Maße gedient werden: dem Schutz und der Förderung, deren die Landwirtschaft bedarf, wie der Sicherung und Befestigung der Stellung, welche Handel und Industrie in rastloser Arbeit sich errungen haben.

Mit Vertrauen und Zuversicht sehe ich dem Verlauf Ihrer Beratungen entgegen.

Die beiden Häuser des Landtages wird fortan ein Heim vereinigen; möge der gemeinsamen Arbeit an gemeinsamer Stätte ein voller Erfolg beschieden sein!

Die Thronrede, länger als jemals zuvor, enthält nichts, was man nicht zuvor schon wußte, dafür überrascht sie einigermaßen durch das, was sie nicht enthält: Kein Ministerium, außer dem für Verkehr, kündigt einen Gesetzentwurf an. Es geschieht nichts in der Wahlfrage, nichts für die Schule, auch die offiziös angekündigte Vereinsvorlage fehlt. Seit einem halben Jahrhundert ist man in Preußen jeden Fortschritt schuldig geblieben. Daher scheint man jetzt zu der Einsicht gelangt zu sein, daß man gar nicht mehr erst anfangen soll, zu verbessern. Das ganze könnte sonst in Trümmer stürzen.

Die Wasser-Vorlage entspricht den Erwartungen. Die Junker haben endgültig gesiegt. Der Mittelland-Kanal ist gefallen, und die „Leiststraße“ vom Rhein bis Hannover ist, den agrarischen Ratschlägen gemäß, nicht mit den östlichen Projekten verknüpft. Das Haus kann also auch die Teilstrecken ablehnen. Vielleicht läßt es aber diesmal Gnade für Recht ergehen und bewilligt der Regierung den kleinen Wunsch. Sollte man aber auch die Teilstrecken versagen, so wird sich das Ministerium auch drein schicken müssen.

Und der Junker absolut!

Polizei und Universität im Dienste des Zarismus.

Wie wir nachgewiesen haben, herrscht zwischen der russischen und der deutschen Polizei das beste Einvernehmen. Selbst die Organe der Regierung haben keinen Versuch gemacht, die Thatsache zu leugnen, daß deutsche Spitzel planmäßig Rußland Schergenddienste leisten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß alle russischen und polnischen Studenten in Berlin und seinen Vororten, namentlich in Charlottenburg, vom Tage ihres Eintreffens an unter polizeilicher Aufsicht stehen. Und der Ober dieser untergeordneten polizeilichen Organe kennt keine Grenzen. Die Spitzel lassen sich durch die ihnen in Aussicht stehenden Belohnungen bisweilen zu Thaten hinziehen, die ihren Vorgesetzten durchaus nicht angenehm sind. So haben z. B. vor zwei Jahren deutsche Polizeibehörden die Papiere, die sie in Charlottenburg bei russischen Polen beschlagnahmt hatten, an Rußland ausgeliefert — eine Liebedienerei, die selbst dem Chef der Warthauer politischen Polizei zu aufdringlich, ja fast lässig war. Der genannte Beamte äußerte sich unwillig etwa dahin: „Die deutsche Regierung macht und da ganz unnütze Arbeit. Nun müssen wir diese harmlosen Leute wegen dieser harmlosen Sache verhaften.“ In der That hat hier der Demagnations-eifer den deutschen Behörden keine Vorbeeren eingebracht, die Haupt- und Staatsaktion verließ im Sande, und heute studieren die von der deutschen Regierung in die Hände des Zarismus gelieferten jungen

Zeute mit Genehmigung der russischen Regierung wieder im Auslande.

Es handelte sich hier um einen Fall, wo die Kriminalpolizei ein harmloses Versammeln einiger Studenten für eine geheime politische Versammlung erklärte, die Teilnehmer einer entehrenden Leibesrevision unterzog und sie dann in das Polizeipräsidium führte. Hier wurden sie die Nacht über in Einzelzellen interniert, am nächsten Morgen wurde jeder von ihnen von zwei Beamten nach Hause begleitet und nach erfolgter Hausdurchsuchung wieder ins Polizeipräsidium transportiert. Nach dem Verhör wurden alle Verhafteten freigelassen, und etwa einen Monat später mußten sie eine Erklärung unterzeichnen, daß sie innerhalb dreier Tage das preussische Staatsgebiet verlassen würden. Diejenigen von ihnen, die nach Rußland reisten, wurden hier sofort verhaftet, aber, wie erwähnt, bald wieder freigelassen. Auf Verlangen erhielten sie sogar Ausländerpässe, was selbst für wenig verdächtige Personen in Rußland bekanntlich sehr schwierig ist.

Geradezu skandalös ist es, daß sogar Universitätsbehörden sich nicht scheuen, sich an dem kulturwidrigen, verwerflichen Treiben der Polizei zu beteiligen. Ein fast noch besseres Einvernehmen als zwischen russischer und deutscher Polizei herrscht zwischen den Berliner Universitätsbehörden und der Berliner politischen Polizei. Will sich ein Ausländer an der Berliner Universität immatrikulieren lassen, um hier Vorlesungen zu besuchen, so muß er, wie wir schon früher erwähnten, die Universitätsbehörde zunächst seine Papiere ein, um sie an das Polizeipräsidium, Abteilung VII (politische Polizei), zu senden, und erst, wenn die Polizei mitteilt, daß über den X oder Y in politischer Beziehung Nachteiliges nicht bekannt ist, verfügt der Universitätsrichter die „Bestellung“ des Betreffenden zur Immatrikulation. Was ist ein Fall bekannt, in welchem ein Student, der seine Papiere in der Universitätskanzlei abgegeben hatte, plötzlich in Familienangelegenheiten in seine Heimat zurückreisen mußte. Er begab sich auf die Kanzlei, um seine Papiere zu holen. Dort wurde er erst eine Zeitlang mit leeren Redensarten hingehalten, bis der Sekretär endlich gestand, daß die Papiere vorläufig nicht zu haben seien. Der Student wandte sich an den Rektor und dieser erklärte nach einigem Zögern, daß die Papiere an das Polizeipräsidium gegangen seien. Thatsächlich fanden sie sich hier vor.

Die politischen Führungsbattle, die hinter dem Rücken des Beteiligten ausgestellt werden, haben folgendes Aussehen:

Der Polizei-Präsident, Berlin C. 35, den . . .
Abteilung VII.

Die Anlagen des gefälligen Schreibens vom . . . sende ich mit dem Erwidern ergebenst zurück, daß über den N. N. in politischer Hinsicht hier Nachteiliges nicht bekannt ist.

Im Auftrage:
(folgt der Name.)

An den Universitätsrichter
der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität
Herrn Geh. Reg.-Rat Dr. Daube
Hochwohlgeboren Hier.

Unter dies Aktenschild bemerkt der Universitätsrichter dann, ob der Betreffende zur Immatrikulation zu bestellen ist oder nicht. Auf dem Polizeipräsidium sind besondere Bücher angelegt, in denen die „Sünden“ eines jeden russischen Studenten registriert sind. Daß diese Registrierbücher häufig Ungenauigkeiten enthalten, ist bei der Heimlichkeit des geübten Verfahrens kein Wunder.

Besonders eifrig in der Ueberwachung russischer und polnischer Studenten ist der Kriminalkommissar Wjnen, der auch bei dem Universitätsrichter ein- und ausgeht und auf dessen Zeugnis die Universitätsbehörde das größte Gewicht legt. Fast allein auf seine Aussagen hin sind vor zwei Jahren eine Anzahl polnischer Studenten von der Universität entfernt worden. Und der Reid muß es Herrn Wjnen lassen, er ist ein überaus pflichteifriger Beamter, der nicht nur das öffentliche Auftreten seiner „Schutzbefohlenen“ überwacht, sondern auch ihren privaten Angelegenheiten das höchste Interesse widmet, ja sogar in ihre ehelichen Beziehungen sein Spürnaschen steckt. Seine Aussagen wirken manchmal geradezu grotesk. So hat er in dem Disziplinerverfahren gegen die polnischen Studenten behauptet, daß ein an der nationalpolnischen Agitation beteiligter preussischer Student sich mit einer russischen Staatsangehörigen lediglich zu dem Zweck verheiratet habe, um dieser dadurch die preussische Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Soweit von der politischen Polizei hat festgestellt werden können, hat der Angeklagte, wie es nützlich in der im Urteil wiedergegebenen Aussage des Wjnen heißt, seit seiner Verheiratung bisher niemals mit seiner Frau . . . zusammengelebt.

Wir lassen es für heute an diesen wenigen Beispielen bemerken. Es ist unendlich, in welcher Weise die Universitätsbehörde Hand in Hand mit der politischen Polizei dem zaristischen Menschenopfer darbringt. Wer einmal von Deutschland als „verdächtig“ ausgewiesen ist, der hat, wenn er nach Rußland zurückkehrt, ein Leben voller Drangsalierungen vor sich, die schon manchen wissenschaftlich hervorragenden Mann und manche geistig bedeutende Frau zum Selbstmord getrieben oder geistig umnachtet haben. Die Universitäten lassen sich, statt Bildungstätten zu sein, zu politischen Zwecken mißbrauchen, und deutsche Gelehrte, deutsche Universitätsprofessoren geben sich dazu her, die von der Polizei geleisteten Scherzgedienste zu dulden, wenn nicht zu fördern.

Es ist höchste Zeit, daß diesem das Ansehen des Deutschen Reiches schwer schädigenden Treiben endlich ein Ende gemacht und daß das deutsche Volk über diese Deutschland zur Unehre gereichenden Verhältnisse aufgeklärt wird. Die Besprechung der socialdemokratischen Interpellation wird zeigen, inwieweit die Volkserziehung mit dem Verhalten der Regierung einverstanden ist und was Graf Witlow auf die ihn und sein Regiment schwer kompromittierenden Behauptungen zu erwidern hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Der Krieg mit den Hereros

befindet sich nach einem offiziellen Telegramm des „Wolffschen Bureaus“ bereits im vollen Gange. Das Telegramm lautet:

Berlin, 16. Januar. Nach soeben eingetroffenen Nachrichten d. d. Windhuk, 14. Januar, war Oshandja schwer bedrängt. Entfesselung von Windhuk aus waren gescheitert. Windhuk selbst sehr bedroht. Zahlreiche Verluste. Landsturm eingesetzt. Sofortige Hilfe erbeten. Hereros durch Blinderung gut bewehrt und bewaffnet. Aus Swakopmund wird von heute morgen gemeldet, daß ein Angriff auf Otjimbingwe noch nicht stattgefunden habe, daß aber ein Trupp Eingeborener von Manjowa und Johann Albrechtshöhe auf Karibib in Anmarsch sei und daß weitere 25 Mann Reserven zur Verstärkung der Bahustationen und Karibibs entsandt seien. Die Expedition Laubschats sei gestern wohlbehalten in Karibib angekommen, die Expedition Jilow mit 120 Gewehren jedoch anscheinend bei Waldau gefährdet.

Das ganze Herero-Gebiet befindet sich also im heftigen Aufruhr. Die wichtigsten Stationen sind bedroht. Eine 120 Mann starke Ab-

teilung ist bei Waldau — dicht bei Oshandja, dem es offenbar Entsch. bringen wollte — bedrängt; eine andre Aufmarschtruppe, die von dem hiesigen selbst bedrohten Windhuk aus Oshandja zu erreichen suchte, ist mit starkem Verlust zurückgeschlagen worden.

Bei der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes und dem gleichzeitigen Angriff auf die 50—100 Kilometer von einander entfernt liegenden Orte ist anzunehmen, daß ein sehr erheblicher Teil der Wehrfähigen des auf mindestens 55 000 Köpfe geschätzten Herero-Stammes den Kriegspfad beschritten hat. Ueber die militärische Stärke der Schutztruppe heißt es in der letzten amtlichen Denkschrift:

Der Etat der Schutztruppe ist infolge der zum 1. Oktober 1902 erfolgten Formierung einer zweiten Batterie (Gebirgsbatterie) um 1 Zeughausbediensteter, 1 Woffenmeister, 1 Feuerwerker und 60 Mannschaften gestiegen und betrug am Schlusse des Berichtesjahres: 34 Offiziere, 8 Sanitätsoffiziere, 1 Major und 785 Unteroffiziere und Mannschaften. Die neu formierte Batterie wurde vorläufig in Oshandja untergebracht; aus Gesundheitsrückgründen ist indessen deren anderweite Unterbringung zwischen Oshandja und Karibib in Aussicht genommen. Entlassen wurden während des Berichtesjahres 167 Unteroffiziere und Mannschaften, von denen 35 als Ansiedler im Säugetiergebiet blieben, während fünf dienstuntaugliche Voeten-Rekruten und Freiwillige waren. Neu eingestellt wurden in die Schutztruppe 216 Unteroffiziere und Mannschaften, darunter 23 Rekruten, von denen 15 boerischer Abstammung waren. Gestorben sind ein Militärarzt, sieben Unteroffiziere und Mannschaften. Die Zahl der wehrpflichtigen Personen des Verlaufslandes betrug am Schlusse des Berichtesjahres 780 (gegen 890 im Vorjahre). Der Rückgang beruht auf der nachträglichen Invalidation einer Anzahl im Säugetiergebiet als Ansiedler gebliebener ehemaliger Säugetiergruppen-Angehöriger, sowie auf der Entlassung von Arbeitern nach Beendigung des Molen- und Eisenbahnbaues nach der Heimat.

Ein Fragatransport von 50 Offizieren und 250 Mann befindet sich unterwegs nach Deutsch-Südwestafrika. Ferner hat das Kanonenboot „Sabich“ mit 120 Mann Besatzung von Kapstadt aus am Freitag die Reise nach Swakopmund, dem dem Herero-Gebiet nächstgelegenen Hafen, angetreten.

Die Forderung von weiteren 500 Mann zur schleunigen Entsendung nach dem Kriegsschauplatz ist ja bereits angeklagt worden.

Der Besig der südwestafrikanischen Sandwüste kann uns also verflucht teuer werden! —

Dr. E. Th. Förster richtet in der „Deutschen Tageszeitung“ an die Regierung folgende Anfrage:

„Beabsichtigt die Kolonialabteilung, die Hereros von demjenigen Landestheile zu verdrängen, die auf der Westküste des Reiches von Deutsch-Südwestafrika als Herero-Gebiet bezeichnet sind? Beabsichtigt sie, dieselben nach Osten zu drängen, um sie in den Besitz von Kronländern zu setzen, welche dann nach bestehenden Kontrakten an die englische South West Africa Co. übergeben würden, resp. an die Bahn bauende Diabi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft?“

Dr. Förster vermutet, daß die Regierung durch einen Krieg einen Teil des Hererolandes annektieren wolle, um es dann, wie sie verträglich verpflichtet sei, an die Diabi-Gesellschaft abzutreten, die die betreffende Landstrecke sonst von den Hereros habe kaufen müssen. Die Regierung habe ohne Bewilligung des Reichstages kein Recht, im Interesse der Diabi-Gesellschaft Geldauswendungen zu machen, es sei denn — durch einen Krieg! Der gerade jetzt abgegangene Ablosungstransport in Verbindung mit einer Reihe anderer Umstände lege den dringenden Verdacht nahe, daß der Krieg gegen die Hereros der Regierung gerade zur rechten Zeit gekommen sei.

Der Vorstoß des Dr. Förster in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt sich aus dem Umstand, daß in der Diabi-Gesellschaft größtenteils englisches Kapital investiert ist. Die Regierung wird die unglaublich klingende Vermutung des Dr. Förster jedenfalls schweigend dementieren.

Aus den Delegationen.

— Wien, 15. Januar.

Während es sonst die Bestimmung der Delegationen ist, die Vorlagen der gemeinsamen Regierung — wenn man die drei Reichsminister eine Regierung nennen kann — glatt und rasch zu bewilligen, kommen sie heuer aus den Schwierigkeiten nicht heraus, und es ist gar nicht abzusehen, wann die unbetrieblige Arbeit geleistet sein wird. Die verspätete Einberufung hat zur Folge gehabt, daß ein zweimonatiges Budgetprovisorium — eine natürliche Ergänzung der Provisorienwirtschaft, die sich in Oesterreich und in Ungarn definitiv niedergelassen hat — beschloffen werden mußte. Da aber der Kampf in Ungarn noch nicht aufgehört und Graf Tisza die hartnäckigen Obstruktionsisten unter allen Umständen aushungern will, so muß die ungarische Delegation beiseite treten; damit dem ungarischen Abgeordnetenhaus auch nicht ein Sitzungstag verloren geht. Es ist also leicht möglich, daß die zwei Monate, für welche mittels des Provisoriums notdürftig vorgesorgt wurde, vorübergehen, bevor die ungarische Delegation zur Aufnahme ihrer Thätigkeit gelangt — was wieder zur Folge hat, daß auch die österreichische Delegation ihre Arbeit nicht abschließen kann und dadurch die Einberufung des Reichsrates hindert. In seiner Art ein einziges Schauspiel: die Obstruktion im ungarischen Abgeordnetenhaus obstruiert auch die ungarische Delegation; diese die österreichische und diese wieder den Reichsrat, so daß die Obstruktionisten von Budapest im übertragenen Wirkungskreis auch den österreichischen Reichsrat obstruieren — eine Wirkung in die Ferne, die aber mit geradezu automatischer Sicherheit wirkt.

Vorläufig beschränkt sich also die Delegationsthätigkeit darauf, daß der österreichische Budgetausschuß tagt — eine Ueberflüssigkeit an sich, denn die sogenannten Ausschukverhandlungen sind rein politische Debatten, die ebenso im Plenum gehalten werden könnten (und dort eben wiederholt werden), von einer sachgemäßen Prüfung der Einzelposten, was sonst die Ausschukarbeit ausmacht und rechtfertigt, ist bei den Delegationsausschüssen keine Rede. Sehr glimpflich ist es diesmal dem großen Goluchowski ergangen, seine Balkanpolitik wurde allgemein gebilligt und da sie im großen und ganzen nur darin besteht, die Platte zu wandeln, die Graf Lambsdorff vorgezeichnet, waren auch die ezechischen Kritiker entwasfnet, die sonst den Dreieck zu einer totalen Ablehnung der Goluchowski'schen Politik veranlaßt hat; die österreichische Politik wird von den slavischen Delegierten deshalb gebilligt, weil Rußland ihr zustimmt. Das ist so österreichisches Staatsbewußtsein! Ein Nachhall jener alten Gegnerschaft war nur in den Reden des Dr. Kramarisch zu vernehmen, dem der klammerliche Gedanke der Feindschaft wider den Dreieck zu einer Art internationaler Bekanntheit verholfen und der sich in ihm nun ein Besitztum zurechtgeholt hat, das er nicht aufgeben mag, sondern mit emsigem Eifer pflegt. Noch eine Probe der kostbaren Artung des österreichischen Staatsbewußtseins haben die Delegationendebatten geliefert: die But der Serbier über das österreichisch-ungarische Veto gegen die Erwählung Rampoos ins Konklave. Der eiserne Satz schließt eigentlich zwei Beleidigungen ein: gegen den gewählten Papst, dem dadurch das Stigma der Mindertwertigkeit aufgedrückt wird, und gegen Kaiser Franz Joseph,

der aus seinem Souveränitätsrecht den Einspruch vorbrachte, der es also ist, der in jenen Angriffen beschuldigt wird, die Freiheit der Papstwahl beeinträchtigt zu haben. Dem ersten Ultramontanen geht aber das Interesse der römischen Kurie über alles, und wenn sich Dabburg gegen die ihm überlieferte Aufgabe auflehnt, Rom allezeit gehorsamster Diener zu sein, so geht der Musterpatriotismus der kirchlichen Thronstühle sofort zum Teufel.

Die Verhandlungen über das Heresbudget werden von zwei Thatsachen beherrscht: der Kanonenfrage und den ungarischen Forderungen. Um mit der Beschaffung der neuen Feldgeschütze beginnen zu können verlangt die Regierung für das Jahr 1904 „Fortsetzungswerte“ 15 Millionen Kronen, und es wäre also ganz begründlich, daß sich die Delegierten die Notwendigkeit einer Forderung genau überlegen würden, deren „Fortsetzungswerte“ Hunderte von Millionen verschlingen kann. Davon ist nun keine Rede: die Forderung steht überhaupt nicht in Frage und die ganze Diskussion beschränkt sich auf den Gegenstand: Stahl oder Bronze. Die Kriegsverwaltung will die neuen Geschütze in den Staatswerken aus Bronze, dem „österreichischen“ Material, herstellen, während die Industriellen für Stahl plädieren — obwohl von der Privatindustrie nur eine Firma in Betracht käme. Beide Parteien arbeiten mit sachmännischen Darstellungen und überstimmten die Deffenlichkeit mit Drucksachen und Gutachten, denen der Laie natürlich raslos gegenübersteht. Die Kriegsverwaltung hat noch ein Mehr gethan und hat den Delegierten im Wiener Arsenal eine sachliche Vorlesung mit Demonstrationen gehalten; an dem schließlichen Sieg des Bronzematerials ist auch nicht zu zweifeln. Da die neuen Kanonen nach menschlichem Ermessen ihre Tauglichkeit nie zu erproben haben werden, das Geld also für Stahl ebenso hinausgeworfen wäre wie für Bronze, so ist es immerhin ein Trost, daß die Bronzegeschütze weniger kosten — wenn sie auch darob weniger taugen sollen. Auf den naheliegenden Gedanken, die Kanonenforderung überhaupt abzulehnen, vertiel natürlich in der österreichischen Delegation, dieser Auslese des Privilegienparlamentarismus, niemand.

Was nun die „ungarische“ Armeefrage betrifft — die der Krone vom ungarischen Reichstage erprehten nationalen Konzessionen — so ist die „Abwehr“ recht schwächlich ausgefallen, und an dem Geschehenen könnte auch keiner etwas ändern. Der Ausschuß hat gegen die magyarischen Aspirationen eine ganz wunderliche Kriegserklärung bezogen: er hat nämlich erklärt, daß es nach den österreichischen Befehlen außer allem Zweifel steht, daß die Führung, Leitung und innere Organisation der Armee — also außer den Bedingungen für die Erfüllung der Dienstpflicht so ziemlich alles im Besitze der Armee — ein der Krone zustehendes persönliches Herrscherrecht sei, das ohne Mitwirkung der Regierung ausgeübt wird und auf welches dem Parlament kein Einfluß zukommt. Diese Selbstentmannung soll den Zweck haben, den Einfluß der ungarischen Regierung und des ungarischen Parlaments zu negieren — die sich aber darum blutwenig kümmern, die Vestreider ihren absolutistischen Freuden überlassen und munter fortzuführen, die staatsrechtliche Stellung Ungarns auch innerhalb der Armee auszubrüden. Der Reichs-Armeeminister — Freiherr v. Pietreih erschien nach seiner Ernennung heuer zum erstenmal vor „seinem“ Parlament — verhielt wieder, die nationalen Erhebungen als militärische Notwendigkeiten hinzustellen und als Rückschlüsse zu rechtfertigen. Er hielt sich also streng an die militärische Seite der Sache, trotzdem veranlaßte ihn Graf Tisza, den seine Opposition allzusehr bedrängt, der Militärrede in der heutigen Sitzung einen staatsrechtlichen Kommentar nachfolgen zu lassen, der die Stellung Ungarns als eines Staats — also nicht bloß einer Nation, wie sie die andern Völkergesellschaften im Habsburgerreiche repräsentieren — ganz ausdrücklich anerkennt. Die Lächerlichkeit der ganzen Delegationseinrichtung geht daraus hervor, daß Herr v. Pietreih den Kommentar, den Graf Tisza gegen die Obstruktion im ungarischen Abgeordnetenhaus denotiert, dem österreichischen Delegationsausschuß vortrug. Er wurde auch sofort dringlich und amtlich nach Budapest telegraphiert, damit Tisza das Bewichtigungsamt gegen die schon wieder aufgeregten Chauvinisten nicht fehle. So zeigt sich die Unhaltbarkeit des Dualismus auch in den formellen Einrichtungen, die sich nun selbst als unbrauchbar erweisen.

Ostasien.

Der „Birshemija Wjedomosti“ zufolge erklärte der Sekretär der Petersburger japanischen Gesandtschaft, Oda, weder Rußland noch Japan wollen den Krieg. Japan habe keinerlei Interesse, das internationale Prestige Rußlands zu untergraben. Im Mittelpunkt des Konfliktes stehe Korea, über welches eine Verständigung zu erzielen durchaus möglich sei. In nicht langer Zeit werde diese Verständigung Thatsache sein. Die der Gesandtschaft zugehenden Nachrichten trügen einen durchaus beruhigenden Charakter. Japan beanspruche nicht das Protektorat über Korea, sondern verlange nur das Recht des freien Handels in Korea und in der Mandchurie. Der Handel Japans in der Mandchurie könnte auf solche Grundlagen gestellt werden, bei welchen Rußland seinerseits als Äquivalent für die Verluste infolge der Eröffnung mandchurischer Märkte gewisse Vorteile erhalten werde. Rußlands Interessen könnten durch einen russisch-japanischen Handelsvertrag gesichert werden. Auf die Verteilung an der Lösung der Mandchurienfrage erbehe Japan keinen Anspruch. Ueber die Absicht der Londoner und Pariser Kabinette, ihre guten Dienste anzubieten, lagen der Gesandtschaft keinerlei Mitteilungen vor. Die Nachricht sei aber glaubwürdig, da alle europäischen Mächte die friedliche Beilegung des russisch-japanischen Konflikts wünschten. Die Beschlüsse der Haager Konferenz liegen eine fakultative Einmischung in den Konflikt zweier Mächte zu, die im gegenwärtigen Moment jedoch überflüssig erscheine, da der Stand der diplomatischen Verhandlungen einen günstigen Ausgang erhoffen lasse.

Mit dieser hoffnungsvollen Meldung aus Petersburg steht folgende Londoner Nachricht im schroffen Widerspruch:

Aus Tokio melden die „Times“: Der japanische Dampferdienst mit den Vereinigten Staaten, Australien und Indien soll in den nächsten Tagen ausgehoben werden. Die Schiffe sollen zur ev. Beförderung der Truppen der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Weiter wird aus Tokio berichtet, die dortigen Blätter sind der Ansicht, daß ein Krieg unvermeidlich sei. Die Aufmerksamkeit müsse man den militärischen Rüstungen zuwenden; die freiwilligen Unterstufungen gehen nunmehr dem japanischen Schatzkammer in reichlichem Maße zu. In einem weiteren Telegramm aus Tokio heißt es, die japanische Presse bespreche die Neutralität Chinas und weist darauf hin, daß die Lage des Landes es zu dieser Haltung zwingt.

Das Petersburger Bureau meldet aus Peking: Die der britische Konsul in Rintschwang berichtet, konzentrieren sich die russischen Truppen in Laotjang, Gaitshen und Tashitshia. Von diesen Punkten aus wird Rußland in der Lage sein, das Gebiet zwischen dem Liaofluß und der Großen Mauer in Besitz zu nehmen und sich der Strecke Rintschwang-Schanhaiwan der chinesischen Eisenbahn zu bemächtigen.

Rußland und Japan im Suezkanal.

Aus London wird berichtet: Es stellt sich heraus, daß die Nachricht, die japanischen Kreuzer seien auf der Reise nach dem Westen gesehen worden und würden wahrscheinlich ihren Weg über Kap Horn nehmen, eine Finte war, die den Japanern aber nichts nuzte, denn in Port Said wurden sie von einem Schwarm russischer Kriegsschiffe erwartet. Man ahnte in Port Said, als am Mittwoch zwei russische Kreuzer und sieben Torpedoboote einfloßen, daß

Legend etwas in der Luft liegen. In der Annahme täuschte man sich auch nicht, denn gegen 10 Uhr abends erschien tatsächlich der japanische Kreuzer „Kajuga“. Auf den russischen Schiffen machte sich eine große Aufregung bemerkbar. Niemand erhielt Erlaubnis, ans Land zu gehen, und da auch vom Lande aus niemand Zutritt zu den Kriegsschiffen erhielt, ist es unmöglich zu erfahren, was die englische Mannschaft des japanischen Schiffes von der russischen Begleitung denkt. Der zweite japanische Kreuzer wurde jeden Augenblick erwartet. Der russische Kreuzer „Dimitri Donski“, das langsamste Schiff des russischen Geschwaders, ging sofort nach Anlauf der russischen Schiffe in den Suezkanal, während der schnelle Kreuzer „Kurota“ mit den Torpedobooten die Japaner beobachtet. Wäre es den japanischen Kreuzern gelungen, vor Anlauf der Russen Port Said zu erreichen, so hätten sie das Vorrrecht gehabt, vor diesen die Fahrt durch den Kanal zu machen. Jetzt ist das Umgekehrte der Fall. Das russische Geschwader wird vor den Japanern in den Kanal einfahren und diese nach Möglichkeit aufhalten, um dem Admiral Wizenius mit dem russischen Linienschiff „Osliabla“ und dem Rest des russischen Geschwaders Gelegenheit zu bieten, heranzukommen. Der Admiral ist am Mittwoch von Suez nach dem Suezkanal abgefahren. Wenn die japanischen Kreuzer angeht, der ihnen bevorstehenden Begleitung durch neun russische Kriegsschiffe es vorziehen sollten, wieder in das Mittelmeer zurückzukehren, so würden sie doch nicht im Stande sein, den russischen Verfolgern ganz zu entgehen. Die Japaner hoffen übrigens immer noch, durch ihre größere Geschwindigkeit im Roten Meer vor den Russen einen Vorsprung gewinnen zu können. Jedenfalls ist die Lage der beiden japanischen Schiffe augenblicklich eine sehr peinliche. —

Deutsches Reich.

Horbach in Pirna. Ueber die Duell-Angelegenheit eines Oberleutnants der Garnison in Pirna, der wegen einer Ehebruchs-Affäre kürzlich mehrere Duelle mit anderen Offizieren im Fort bei Graupa ausfocht, wird dem „Pirnaer Anzeiger“ von „zuständiger Seite“ mitgeteilt, daß drei Zweikämpfe stattgefunden haben und dabei ein Offizier durch einen Schuß am Arm verwundet worden ist. Die Duell-Angelegenheit sei damit erledigt.

Auch für die vorgefente Militärbehörde? Wenn man sich noch der patriotischen Deklamationen der staatsbehaltenden Blätter anlässlich der Horbacher Ehebruchs-Affaire und der Beteuerungen erinnert, daß das Sakrament der Ehe gerade im Offizierscorps doppelt heilig gehalten werden müsse, so sollte man das kaum annehmen! —

Wir marschieren an der Spitze der Kultur. Bülow und der Müller haben das ja unlängst wieder behauptet.

Beveis: Der stiel Mineralogieprofessor Dr. Lehmann-Hohenberg ist auf dem Disziplinarwege seines Amtes als Universitätslehrer entsetzt worden, weil er den Richterstand beleidigt haben soll. Der holländische Parteigenosse van der Goez war im Anschluß des letzten großen Streiks wegen angeblicher Aufreizung und Aufforderung zum Ungehorsam zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt worden. Von der Goez ist Dozent für sociale Wissenschaft an der Amsterdamer Universität. Gefällig muß die Erlaubnis zu Vorlesungen alljährlich erneuert werden, und so erwarteten gewisse Kreise, daß unsern Parteigenossen diese Erlaubnis in Anbetracht seiner Verurteilung verweigert werden würde. Die Gemeindebehörde hat aber den Fall der juristischen Fakultät zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt und diese hat nun die Erklärung abgegeben, daß die Verurteilung kein Grund sei, den Dozenten seines Amtes zu entziehen, worauf seine Wiederbestätigung für das Jahr 1904 erfolgt ist. —

Gegen die Scherische Sportlotterie hat die freisinnige Volkspartei im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht. —

Der Präsident des sächsischen Reichstags, Dr. Wilhelm, der erst kurze Zeit dies Amt verjah, ist gestorben. —

Gegen Majestätsbeleidigung wurde heute die Genossin Rosa Lutz in Burg vom Juidauer Landgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die angeblende Beleidigung soll unsere Genossin in einer Wahlrede begangen haben. —

Die Debatte über die Beschlagnehmung des „Simplicissimus“ wurde am Sonnabend in der bairischen Abgeordnetenversammlung fortgesetzt. Justizminister v. Müller erklärt, der Vorwurf, daß die Staatsanwaltschaft in München auf nicht einwandfreien Wege in den Besitz der beschlagnahmten „Simplicissimus“-Nummer gelangt sei, sei unbegründet. Beim „Simplicissimus“ haben Verlag und Redaktion ihren Sitz in München, während Druck und Verlegung in Stuttgart erfolge. Nun bestimme das Preßgesetz, daß der Verlag von jeder Nummer, sobald die Verlegung beginnt, ein Exemplar an die Polizeibehörde des Ausgabe-Ortes anzuliefern hat. Der „Simplicissimus“ habe demgemäß stets an die Polizeibehörde in Stuttgart ein Exemplar abgeliefert, sobald die Verlegung begann. Der Minister fährt fort: Die Staatsanwaltschaft in Stuttgart ist zur Prüfung der Frage, ob der Inhalt einer Nummer des „Simplicissimus“ den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründet, daß vielmehr nach der Strafprozess-Ordnung der Staatsanwalt in München zuständig ist, weil München als Erscheinungsort anzusehen ist, da hier Verlag und Redaktion wohnen. Diese Auffassung teilt auch die Staatsanwaltschaft in München; infolgedessen kann daraus, daß der Staatsanwalt in Stuttgart gegen den „Simplicissimus“ nicht vorging, gar keine Schlussfolgerung gezogen werden. Ueber die materielle Begründung der Beschlagnehmung kann man sich hier nicht äußern, weil die Sache jetzt bei Gericht liegt. —

In der bairischen Kammer der Reichsräte stand, wie bereits kurz gemeldet, am Freitag der in der unteren Kammer zum Beschluß erhobene socialdemokratische Antrag Müller zur Verhandlung, betreffend die Einsetzung der in systematischen Soldatenmishandlungen beteiligten Offiziere und Unteroffiziere aus der Armee. Mit Rücksicht auf die Erklärung des Kriegsministers, es werde schon jetzt den Intentionen des Antrages entsprechend verfahren und in der Erwägung, daß dem Antrage formale Bedenken entgegenstehen, beschloß die Reichsräte, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

Die kurze Debatte, die bei der Behandlung des Antrages stattfand, lieferte aufs neue den Beweis, wie wenig sich die Privilegierten und Geldpöbeln dem Rechtsempfinden des Volkes anzupassen vermögen. Der dem Centrum sehr nahestehende Hr. v. Würzburg sagte über sich immer mehr geltend machende Töne, an dem Verhalten der Offiziere Kritik zu üben. Aus allen Ecken und Enden kroge man unerfreuliche Erscheinungen auf militärischem Gebiete zusammen und trete sie breit. Sogar dem Privatleben der Offiziere prüfte man nach. Von welcher Seite das ausgehe, könne man sich wohl denken. Aber das Schlimme sei, daß auch viele andere sich hinreichend lassen und die Geschäfte von Deuten besorgen, die sonst nichts mit jener Seite zu thun haben möchten. So konnte es, daß über unsere militärischen Verhältnisse ein falsches Bild und eine unbegründete Beunruhigung entstehe, und unter solchen Umständen sei wohl auch der Beschluß der unteren Kammer zu Stande gekommen. In ganz ähnlicher Weise äußerte sich der Herr Castell-Castell, der die Behauptung aufstellte, ein Parlament sei ein ganz ungeeignetes Forum zur Beurteilung von Soldatenmishandlungen. Das werde durch die Verhandlungen des Reichstages bewiesen.

Und will es scheinen, als gehörten — freilich höchst unfreiwillig — die bairischen Reichsräte auch zu den Leuten, die die Geschäfte „jener Seite“ besorgen. —

Die Deutheuer Richter haben sich am 15. d. M. wieder mit einem Artikel der „Gazeta Robotnicza“ befaßt. Anfang April 1903 hatte ein gräßliches Unglück auf der sächsischen „Königin Luise-Grube“ — dem größten Bergwerk Oberschlesiens — in Gärze über 20 Bergleute um ihr Leben gebracht. Das Jaborger

Komitee der Polnischen Socialistischen Partei veröffentlichte nunmehr in der „Gazeta Robotnicza“ einen Aufruf, in dem die Ursachen der Grubenkatastrophen erörtert wurden und weiter gefordert wurde, daß zu der Untersuchungskommission über die Ursachen der entsetzlichen Katastrophe Arbeiterdelegierte zugelassen werden. Schließlich wurde mit Nachdruck die alte Forderung der ständigen Arbeiterkontrolleure aufgestellt. Der Aufruf erinnert an die gräßliche Katastrophe von 1896 auf der „Aleophasgrube“ bei Kattowitz, bei der über 100 Bergleute ihr Leben einbühten, und lang in dem Aufruf aus: „Nieder mit dem Kapitalismus! Hoch der Socialismus!“ Der verantwortliche Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ Gen. Lulaczek wurde nur wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten angeklagt und im Juni von der Deutheuer Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob das Deutheuer Urteil auf, da es eine Aufreizung in dem inkriminierten Artikel nicht finden konnte. Bei der erneuerten Verhandlung vor der Deutheuer Strafkammer wurde Gen. Lulaczek wiederum zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wir werden auf das Urteil zurückkommen, sowie die schriftliche Begründung vorliegt. —

Polnische Briefadressen. Der polnische Probst Dr. v. Jazdzewski dachte in der Budgetkommission eine neue Feinheit der „Manichensjäger“ auf. Die Postbeamten in den Bezirken Posen und Bromberg schiden polnisch adressierte Briefe sehr häufig auch dann an das sogenannte Heberungs-bureau nach Posen, wenn der Empfänger der Sendung deutlich erkennbar ist. Aber diese Maßregel, die von den Polen als Unbill empfunden wird, erstreckt sich nur auf die in Deutschland ausgegebenen polnisch adressierten Briefe. Ein österreichischer oder russischer Pole darf also polnisch adressieren, ein deutscher aber in Deutschland nicht!

Der Abgeordnete Koerner erzählte, daß er bei einem Besuche beim Erzbischof von Osnabrück auf dessen Landgut Kröben ganze Stöße von Briefumschlägen aus dem Papierkorb habe greifen können, auf denen lediglich das Wort „Erzbischof“ polnisch gewesen sei; der Name des Bischofs — Dr. v. Stabilewski — komme aber in Kröben nur einmal vor und jedes Kind könne die Adressen richtig entziffern.

Dennoch bleibt Staatssekretär Kräfte dabei, daß die Postverwaltung weit entfernt sei, Polen Ghilands zu behandeln; im Gegenteil, die bösen Polen seien die — Karnickel! —

Ein Opfer ungesetzlicher Standesurtheile ist offenbar ein Mitglied der Familie Puttkamer geworden. Der frühere Lieutenant und jetzige Gefängnisinspektor Victor v. Puttkamer in Deutheuer (Oberschlesien), der sich vor dem dortigen Landgericht wegen mehrerer Vertragsfälle zu verantworten hatte. Er war angeklagt, sowohl Lieferanten des Gefängnisses wie insbesondere Unterbeamte desselben als seine Untergebenen um größere Beträge angepöppelt zu haben und zwar unter täuschenden Schilderungen seiner in Wahrheit sehr schlechten Vermögensverhältnisse. Er hat durch sein betrugliches Vergehen mehrere kleine Beamte nicht nur um ihre eigenen Ersparnisse gebracht, sondern sie auch noch in Schulden gestürzt. Da sie sich durch das Vertrauen ihres vornehmen und übrigens aus infolge seines menschenfreundlichen Verhaltens sehr beliebten Vorgesetzten geschmeichelt fühlten und für ihn unbedenklich auch Gelder von Verwandten und Bekannten liehen, die sie nun zurückzahlen müssen. Der angeklagte Junkerproh befand sich bei Begehung seiner Straftaten allerdings in einer verzweifeltten Lage und zwar wesentlich durch die Schuld des Militärs und der Anschaffungen, in welchen er aufgewachsen war. Ganz arm — sein Vater „verlor“ seine drei Rittergüter, als der Sohn vier Jahre alt war — mußte er trotzdem Offizier werden, da er aber nur seine Gage hatte, war die Herrlichkeit schon nach Jahresfrist aus, d. h. der Herr Lieutenant mußte schuldenhalber den Abschied nehmen. Mit Hilfe seiner selbst mittellosen Schwägerin brachte er es endlich nach Absolvierung eines längeren Vorbereitungsdienstes, der ihm keine Beförderung brachte, zum Gefängnisbeamten mit 1800 M. Jahresgehalt. „Sie haben ja wirklich kümmerlich gelebt, aber warum mußten Sie auch Lieutenant werden?“ sagte der Gerichtsvorsitzende in der Verhandlung, die mit der Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis endete, von welchen drei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt abgerechnet wurden. —

Ausland.

Die Polizeibehörden in der Arbeitshilfe.

Die am Freitag in der Kammer debattiert wurden, sind, wie der gestrige Bericht schon mitteilte, von der Regierung gemißbilligt worden, worauf die Regierung dann ihr Vertrauensvotum erbat. Der Hauptschuldige an den Ausschreitungen, der Polizeipräsident Lépine, der den Stambalen persönlich befohlen wurde, von der Regierung nicht getadelt, im Gegenteil durch Combes' Erklärung, Lépine habe das Eindringen in die Börse nicht angeordnet, indirekt in Schutz genommen. Trotz dieser unbefriedigenden Erklärung der Regierung wurde ihr vom „Bloc“ das Vertrauen ausgesprochen, um einen Sturz der Regierung zu verhindern. Dem „Berliner Tageblatt“ wird über die Sitzung telegraphisch gemeldet:

Combes' Situation war ungemein schwierig. Denn nahm er den Polizeipräsidenten Lépine in Schutz, so fiel der äußerste linke Flügel seiner Majorität ab. Versprach er dagegen, Lépine abzusehen, so fiel der rechte Flügel ab. Und in beiden Fällen waren die antiministeriellen Parteien bereit, von dieser Spaltung zu profitieren.

In seiner Verlegenheit drückte Herr Combes sich möglichst unklar aus und nahm zuerst die einfache Tagesordnung an, obwohl der Nationalist Herette sie vorgeschlagen und alle reaktionären Parteien dafür stimmten. Erst als er das Wohlgefallen seiner Gegner hörte und die verstimmtten Gesichter seiner Fremde sah, forderte er ein deutliches Vertrauensvotum und erklärte nun sehr entschieden: „Ich erhalte meine alte republikanische Majorität oder ich gebe sofort meine Demission.“

Auf der Tribüne äußerte er sich aber Lépine andauernd in gewundenen Worten. Den Deputierten des rechten Majoritätsflügels, die ihn persönlich befragten, versicherte er aber, er denke nicht an die Absetzung Lépines. So fand er schließlich 61 Stimmen Majorität, und nur acht Ministerielle wagten es, gegen ihn zu stimmen, während 47 sich der Stimmabgabe enthielten.

Die Sitzung bewies, daß die clerikalen Parteien mit allen Mitteln Combes vor der Auflösung der autorisierten Kongregationen stützen möchten. Sie bewies aber auch, daß der republikanische Bloc einstweilen noch zusammenhält.

Nach einem andern Telegramm erklärten in den Wandergängen nach der Sitzung Eingeweihte, Combes könne Lépine nicht absetzen, weil dieser vom Cléve gehalten werde und auch viele Abgeordnete Grund zu haben glauben, ihn sorgfältig zu schonen, er hoffe indes, daß der Präfeld die Labelsätze gegen seine Untergebenen auf sich nehmen und freiwillig zurücktreten werde. Daraus scheint Lépine aber nicht zu denken. —

Oesterreich-Ungarn.

Proletarier-Clend.

In den bestehenden kapitalistischen Staaten treten die Gegensätze zwischen Armuth und Reichthum im Winter am schroffsten hervor. Während die „vornehme Welt“ glänzende Feste feiert, wo Toilettenpracht und üppige Mahlzeiten bis aufs äußerste getrieben werden,

muß ein Teil des Proletariats frieren und hungern, nachdem er im Sommer dazu beigetragen hat, den Unternehmern der verschiedenen Schattierungen ihre unverhältnismäßig hohen Einkünfte zu erwerben. „Ordnungs“männer nennen diesen Zustand „göttliche Bestrafung“.

Dem Bericht eines österreichischen Schuldirektors entnehmen wir folgende Sätze über die traurigen Verhältnisse der Schullinder der Budapester Arbeiter:

„Meine Schüler sind zumeist Kinder armer Leute; Fabrikarbeiter und Tagelöhner liefern das weitaus größte Contingent, tausend an der Zahl. Mit dem zunehmenden Mangel an gesunder Nahrung schwindet auch ihr Verzeifer, wird ihr Pflichtgefühl schwächer. Da sie die allererste Pflicht, die Pflichten gegen sich selbst, zu erfüllen außer Stande sind, wie sollten sie dann den ihnen von andern aufgetragenen Pflichten ein willig Ohr leihen? Wenn jener bleiche Junge mit den eingefallenen Wangen, dem stieren blickenden Auge, mit dem trampfhaft geschwungenen Messer sich den Dissen Brot von seinem glücklicheren Mitschüler erkämpft, so ist es der Hunger, der die bösen Triebe im Herzen des Jungen zur Reiberei zwang. Ich überreibe nicht, ich kann bei der Vorlesung des VI. Bezirks die Anklagebank zeigen, auf der verbrecherische Schulkinder saßen. Aber Einschüchterung und Drohung sättigen den hungrigen Magen nicht; Strafe macht den aufs Böse gerichteten Verstand schlauer, hinterlistiger, das Gemüth finsterner, erbitterter, das Herz stumpfer, fähloser. Ein Stück Brot, eine warme Suppe tödtet ganz bestimmt eine größere Menge bacillen böser Triebe, als noch so wuchtige Stockschläge aus dem Leibe zu jagen vermögen. — Die Volksschule muß neben dem vollen Unterricht einen vollen Proctorbund neben dem Lehrsaal einen Speisesaal haben. Mit hungrigem Magen kann man nicht lernen, das ist physiologisch und psychologisch unmöglich; hungrige Augen sehen ganz anders, ein hungriger Körper fühlt ganz anders, ein hungriger Mensch befindet sich in einem anormalen Zustande. Ja, Brot und warme Suppe den hungernden Kindern! Aber, fährt dieser Mann der Praxis fort: „Woher soll ich für 200 bis 300 Kinder täglich Brot und warme Suppe nehmen?“ Es können in der That nur hundert Auserwählte gespeist werden, während hundert und wieder hundert hungern müssen.“ — Enthaltend diese Auslagen eines Mannes, der sicher nicht als gewöhnlichsmäßiger Nörgler bezeichnet werden kann, nicht die schwersten Anklagen gegen die bestehende Gesellschaft? —

Frankreich.

Patriotische Intrigen.

Paris, 15. Januar. (Eig. Ber.) Die Herikal-mélinistische Opposition sucht wieder einmal den Patriotismus in ihren Parteidienst zu stellen. Die Ausweisung des Herikalen eifrigen Abgeordneten Abbé Delfor wird von ihm im Namen der Abende für ein Attentat aufs Vaterland, für eine Verrätherung des französischen Friedens“ usw. ausgegeben. Kein Wort gegen die brutale Willkür der Maßregel an sich, kein Wort gegen das Gesch von 1849, das die administrative Willkür gegenüber Ausländern heiligt. Im Gegenteil. Die Proteste der Opposition beruhen gerade auf der Anerkennung der Rechtlosigkeit der Ausländer. Denn sie richten sich gerade dagegen, daß der Elsäßer Delfor, dem übrigens ein protestantischer Glorienkranz verliehen wird, als deutscher Staatsangehöriger, als Ausländer behandelt wurde. Ein Elsäßer diese von der französischen Regierung nie und nimmer anders als Franzose behandelt werden. Ketten wie also Elsäz-Lothringen und daneben die — Ministerposten!

Wohlgemerkt, es ist unmöglich, die patriotische Campagne menschenfreundlich auf parteipolitisch ungenügende Motive zurückzuführen. Hatte doch die Ausweisung nicht nur Delfors, des damaligen Abgeordneten von Straßburg, sondern auch des Elsäßers Buch, des damaligen socialdemokratischen Abgeordneten von Mühlhausen, im Jahre 1897 unter dem Kabinett Méline die volle Billigung aller Patrioten gefunden — sowohl in der Presse wie in der Kammer, als Jules Guéde darüber interpellirte. Die Ausweisung der zwei socialdemokratischen eifrigen Abgeordneten erschien den Herren vollkommen in der Ordnung, trotzdem die Ausgewiesenen im Gegensatz zum Abbé Delfor an keinerlei Einmischung in die innere französische Politik dachten, sondern vielmehr durch den Diktaturparagrafen gezwungen waren, den Versuch zu machen, auf französischem Boden vor ihren eifrigen Wählern zu sprechen, und trotzdem andererseits das Kabinett Méline unter diesen Bedingungen durch die Ausweisung der deutschen Regierung einen direkten Liebesdienst erwies. . . .

Die heuchlerische patriotische Campagne hat bereits gestern zu einem heftigen Scharrübel in der Kammer geführt. Das Vaterland kann nicht worten! Herr Ribot als Chef der Républicains und Herikal-Nationalisten verlangte die sofortige Berathung der Interpellation über den Fall Delfor. Und er ging — nach bürgerlich-patriotischen Begriffen — so weit, dem Ministerpräsidenten Combes, der wegen noch mangelnder Informationen einen Aufschub von acht Tagen beantragt hatte, die Absicht zu unterstehen, Information vom Auslande her zu erwarren. Combes entkamme nun seinerseits in patriotischer Entrüstung und erinnerte den Gegner an die verätherlichen Beziehungen seiner Herikal-monarchistischen Bundesgenossen mit dem Auslande (unter der großen Revolution) . . . Die Opposition mußte schließlich zurückweichen, die Interpellation wurde auf nächsten Freitag angezettelt. . . .

Die Regierung wird offenbar die Ausweisung rechtfertigen, nicht nur durch den Versuch Delfors, sich in die französischen Parteikämpfe einzumischen, sondern auch dadurch, daß die eifrigen Herikalen mit dem Deutschen Reich Frieden geschlossen haben. In diesem Sinne ist nämlich die Abwehr der gesamten ministeriellen Presse gegen die Opposition gehalten. Specieil Ribot wird heute in der „Pet. République“ von Gérauld-Richard entgegengehalten, daß er als Ministerpräsident 1895 ein französisches Geschwader zur Einweihungsfest des Suezkanals geschickt hat, was damals eine Protektion und eine Interpellation der Linksparteien zur Folge hatte.

Nur eine kleine Minderheit der Ministeriellen, worunter aber die geheimen vorlesungsfähigen Feinde des Kabinetts, protestirten gegen die Ausweisung im Namen des demokratischen Princips. Außerdem wird dieses Prinzip consequent angerufen von der revolutionären socialistischen Kammerfraktion. In ihrem Namen beantragte gestern Genosse Paul Constant einen Dringlichkeitsvorschlag auf Abschaffung des Ausweisungsparagrafen von 1849. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt mit 284 gegen 129 linksradikale und socialistische Stimmen (beider socialisistischer Fraktionen).

Ein nationalisistischer Dringlichkeitsantrag wollte die Elsäz-Lothringer allein von der Wirkung des Ausweisungsparagrafen befreit wissen. Er wurde abgelehnt mit 308 gegen 220 oppositionelle Stimmen bei Entziehung der namhaften Mélinisten, die sich also zur nationalisistischen Konsequenz doch nicht entschließen konnten.

Der Kongreß socialistischer Gemeindevertreter.

Der am Sonntag in Paris zusammentrat, war von 75 socialistischen Würdemeistern und Gemeindevertretern, die insgesamt 615 Gemeinden vertreten, besucht. Nachdem die einzelnen Fragen in der Kommission vorberaten waren, trat das Plenum zur Beschlußfassung zusammen. Zur Wohnungsfrage wurde eine Resolution angenommen, in der die socialistischen Vertreter aufgefordert werden, die Wohnungsfrage, namentlich unter Berücksichtigung billiger Arbeiterwohnungen, zu studieren. Sodann heißt es weiter: Ohne dem Vortreiben der Kommunen, die private Initiative zu begünstigen, entgegenzutreten, soll doch dahin gewirkt werden, daß die Kommunen selbst die Initiative ergreifen und einen Teil oder ihren Grundbesitz dazu verwenden, Wohnungen zu bauen. Die socialistischen Vertreter im Parlament haben dafür

anzukreuzen, daß die Gesetze, welche der Initiative der Gemeinde entgegenstehen, beseitigt werden. — Sodann erörtert die Kommission, welche über die Art und den Umfang der kommunalen Unterhaltungsarbeiten beraten sollte, ihren Bericht. Der Berichterstatter unterbreitet eine Anzahl Thesen, welche die Hilfsfähigkeit der Gemeinden regeln: Unterstützung der Kinder im Säuglingsalter; Unterstützung der Kinder vom 3. bis 13. Jahre (Schulkindern usw.); Alters- und Invalidenunterstützung für Arbeiter, geistweilige Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit; Organisation der ärztlichen Hilfeleistung im Hause und freie Behandlung in den Krankenhäusern sowie freie Abgabe von Medikamenten. Ferner wird verlangt die sofortige Verwirklichung sämtlicher Krankenhäuser. — Eine lange Diskussion entspannt sich über die Frage der öffentlichen Dienste und Unternehmungen der Kommune (Wasser, Beleuchtung, Transport). Hier sehen sich zwei Auffassungen diametral gegenüber. Charney unterbreitet eine Resolution, in der die Meinung zum Ausdruck gelangt, daß die Kommune alle unter ihrer Kontrolle hergestellten Produkte, wie Gas, Elektrizität usw., den Konsumenten zum Selbstkostenpreise abzugeben hat. Paul Brouse und andre treten dieser Auffassung entgegen; bei diesem System würden nur die Reichen den Vorteil, die Armen den Nachteil haben. Die ersteren würden zu billigen Beleuchtungs- und Verkehrsmitteln gelangen und die Stadt mühe sohn an andern Wege zu den notwendigen Geldern kommen, die zur Erhaltung des Gemeinwessens notwendig sind. Dadurch würden die Armen in höherem Maße belastet. Der Kongress stimmte schließlich der Auffassung des Genossen Brouse zu. — Auf Grund der angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wurde ein Programm ausgearbeitet und vom Kongress angenommen, in welchem noch einer prinzipiellen sozialistischen Erklärung die Minimalforderungen aufgestellt sind, welche die sozialistischen Gemeindevertreter in den Kommunen- und Gemeindeverwaltungen zu vertreten haben. Verlangt wird unter andern die vollständige Beseitigung des städtischen Cotrois, an dessen Stelle Steuern zu treten haben, welche die Arbeiter in keiner Weise belasten. Die Verhandlungen des Kongresses sollen in einer Broschüre vereinigt und den Kandidaten bei den nächsten Kommunalwahlen zur Verfügung gestellt werden. Ein Antrag auf Gründung einer Föderation der sozialistischen Municipalitäten wird angenommen und eine Kommission zur Vorbereitung derselben wird gewählt. Der nächste Kongress soll 1905 abgehalten werden. —

Spanien.

Valencia, 15. Januar. Eine Volksversammlung, die gegen die Erhebung von Oktrois Widerspruch erlob, griff heute das Steueramt an und steckte es in Brand, wobei von beiden Seiten Schüsse fielen. —

England.

Bei der Erziehung zum Unterhause in Norwich für den verstorbenen Sir Henry Russell (Konservativ) wurde Allett (Liberal) mit 8576 Stimmen gewählt gegen Wild (Konservativ), der 6756 Stimmen erhielt; auf den Arbeiterkandidaten Roberts fielen 2444 Stimmen. —

Russland.

Eine revolutionäre Organisation der Studenten.

Das wichtigste Ereignis der Bewegung unter den Studierenden, so schreibt man uns, ist die kurz vor Weihnachten stattgefundene Zusammenkunft der Delegierten der Organisationen, denen die Leitung der Bewegung obliegt. Man erwartet von dieser gemeinsamen Besprechung eine stärkere Konzentration und Vereinheitlichung des akademischen Kampfes, der in den letzten Monaten der Gefahr der Zerschmetterung ausgesetzt war. Das ist umfomehr notwendig, weil, wie an dieser Stelle schon früher berichtet wurde, die Regierung alle Elemente, die ihr dienlich sein könnten, in feste Gruppen organisiert, um diese dann der Opposition entgegenzuwerfen. Dieser Sammelpolitik der Regierung muß eine Sammelpolitik aller ehrlichen Kräfte der Hochschulen entgegengesetzt werden. In dieser Richtung sind in den letzten Wochen wiederholt Versuche unternommen worden, so z. B. in Charlows, wo die Bewegung in einer Anzahl von mehr oder weniger losen Gruppen aufgelöst war, auch in Niemo, Petersburg, Moskau und andern Städten. In Charlows konstituierte sich der „Nai des Verbandes der revolutionären studentischen Gruppen und Organisationen“, der bereits mehrere Flugblätter zu der Einigungsfrage erlassen hat. Diefelbe Frage ist auch in mehreren anderen Versammlungen in Niemo und Petersburg behandelt worden. Weisheitlich wird eingeleitet die Frage über die einzuschlagende Taktik und die Kampfmethoden ventiliert, wobei man sich allgemein zu der Anschauung neigt, daß der rein akademische Kampf, der in den letzten zwei Jahren vernachlässigt worden ist, nicht ganz fallen gelassen werden darf. In Niemo und Warschau finden fortwährend neue Verhaftungen unter den Studierenden statt. Aus Warschau berichtet man, daß man dort allgemein auf eine große Obstruktionsbewegung hinarbeite, und die Hoffnung sei vorhanden, daß diese sich auf sämtliche Universitäten ausdehnen wird. —

Amerika.

Montevideo, 15. Januar. (Werbung des Rentierschen Bureaus.) Gerichtliche Verurteilung, daß ein ernstes Gefecht zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen stattgefunden habe, wobei letztere starke Verluste erlitten hätten. —

Partei-Nachrichten.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Heft 2 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek: Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? Von Dr. med. R. Silberstein-Hildorf. Der Verfasser begleitet den Säugling vom ersten Atemzuge bis zum Ende des ersten Lebensjahres; in flotter, lebendiger Darstellung behandelt er die Pflege des Neugeborenen, die Ernährung an der Brust und die Entwöhnung, die künstliche Ernährung, die Fäulung, die Haut- und Mundpflege des Säuglings, unter steter Bezugnahme auf in Arbeiterkreisen verbreitete Irrtümer, Aberglauben und Vorurteile. Das lehrreiche Schriftchen sollte in keiner Familie fehlen und wird allen Arbeitermüttern zum Studium und zur Befolgung seiner Lehren empfohlen. Ein kräftiges und gesundes Geschlecht zu erziehen, liegt auch uns am Herzen und über Kraft und Gesundheit entscheidet oft schon das erste Lebensjahr. Das Heft kostet 20 Pf. Gleichzeitig machen wir nochmals auf das erste Heft dieser Sammlung aufmerksam, das „Die erste Hülfe bei Unfällen“ behandelt und das in keiner Familie, auf keiner Arbeitsstätte fehlen sollte. Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist in den Parteidiskussionen, sowie in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 69, zu haben.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Briquettpreise. Das Kohlen Syndikat, dem sich bekanntlich der frühere Briquetterkaufverein angeschlossen hat, ist andauernd bemüht, die deutsche Volkswirtschaft zu heben. Zunächst beabsichtigt es, wie aus Essen gemeldet wird, die Briquettpreise vom 1. April ab um 1 M. pro Tonne zu erhöhen.

Die Preispolitik des Spiritusringes treibt immer gefährlicheren Mitten. Der Ring hatte im Dezember des verfloffenen Jahres die Preise um 6 M. erhöht und jetzt im Januar hat er sie abermals um 3 M. heraufgesetzt. Hand in Hand mit diesen Preissteigerungen geht das Weichen des Ringes, die Großkonsumenten immer fester und abhängiger in seine wirtschaftliche Macht zu bekommen; so hat er jetzt mit der Erhöhung der Preise im Januar zugleich den Was verkindelt, daß er weiterhin nicht mehr auf Lieferung verlaufe, ein Was, das mit Recht gleichzeitig als eine indirekte Ankündigung weiterer Preissteigerungen aufgefaßt wird. Der sichtbarste Grund dieser fortgesetzten Preissteigerungen liegt vor allem in dem derzeitigen Mangel an Kartoffeln auf dem Welt-

markt, den sich der Ring zu uns macht. Die Kartoffel-Produktion war verhältnismäßig schlecht und für den deutschen Export bot sich deshalb eine günstige Gelegenheit, nach dem Auslande zu erhöhten Preisen zu verkaufen, wodurch die Knappheit der Ware und die Preise im Inlande noch mehr gesteigert wurden. Dingum, daß auch die Stärkefabriken ihren Konsum infolge des hohen Weltmarktpreises im Inlande stärker und zeitiger als sonst deckten. Eine besondere Schuld an der Knappheit und dem verstärkten Export trägt aber wieder die Preispolitik des Ringes selbst. Dieser hatte nämlich anfänglich, um die Kartoffelpreise zu drücken, von einer Produktionsbeschränkung, dann von einer Produktionsbindung verstanden lassen. Diese Gerüchte hatten den Export stark in die Höhe getrieben, und als der Ring dann das fatale Ende seiner Politik für sich selbst sah und seine ursprünglichen Absichten widerrief, war es zu spät, und auch sein eben veröffentlichter Beschluß, das Produktionsrecht der landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien weiter um 30 Proz., d. h. insgesamt auf 150 Proz. des ursprünglichen Produktionsrechtes, zu erhöhen, kann nichts mehr ändern. Dieser schicksalvolle Act des Ringes wird als Hauptgrund der Knappheit der Kartoffeln auf dem deutschen Markte betrachtet, und so ergibt sich das erbauliche Schauspiel, daß der Ring nun zur Entschuldigung seiner Preissteigerungen einen Umstand anführt, den er selbst in erster Linie verschuldet hat.

Die Folgen dieser Manipulationen des Ringes haben aber, wie die Dinge auf dem Spiritusmarkt jetzt liegen, die Konsumenten des Spiritus zu tragen, und die fortgesetzten Erhöhungen der Spirituspreise werden nachgerade gemeingefährlich.

Neue Abfälliger sind, wie Dr. E. Odenheimer in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift mitteilt, neuerdings in Finnland aufgefunden worden. Die Antwesenheit von Abfälliger war dort zwar schon seit einigen Jahren bekannt, doch hat es viel Zeit und große Anstrengungen gefordert, die abfällige Zone zu erkennen. Der an diesen Stellen sich vorfindende Reichthum an Abfälliger übertrifft alle Erwartungen, denn das Abfälliger kommt hier nicht in schmalen Adern und Säumen, sondern in ganzen Felsen und Gebirgen vor. Die Fundstätten liegen teilweise direkt am schiffbaren Wasser, in der Hauptsache aber in 30 bis 60 Kilometer Entfernung vom Seeboden, das über Wiborg Verbindung mit dem Meere hat.

Die rationelle Aufschließung und Ausbeutung dieser neuen Abfälliger dürfte der Technik außerordentlich willkommen sein, denn in den letzten zehn Jahren, seitdem der Abfälliger eine immer größere technische Anwendung gefunden hat, sind die bisherigen Lager in Kanada und Italien stark angegriffen und ihre Ausbeute hat der steigenden Anwendung des Abfälliger nicht entsprochen. Der Preis für Abfälliger ist daher außerordentlich gestiegen. Er wird bekanntlich vor allem zu Dichtungen und Packungen verwendet, zu Platten, Abfälliger und -Seilen, Filtern; seine Unverderblichkeit, seine Widerstandsfähigkeit gegen Druck, seine geringe Angriffsbarkeit durch Säuren und dergleichen haben hauptsächlich seine technische Verwendbarkeit gesteigert. Von neueren Verarbeitungen des Abfälliger erregt besonders das Abfälliger-Bergellan Beachtung, das dadurch gewonnen wird, daß gepulverter und mit Säuren behandelter Abfälliger in verschlossenen Kapseln sehr hohen Temperaturen ausgesetzt wird.

Der Leipziger Handelskammerbericht konstatirt, wie die meisten der bisher erschienenen Jahresberichte, daß sich die wirtschaftliche Lage während des abgelaufenen Jahres im Vergleich zu der des Jahres 1902 mehr und mehr gebessert hat, besonders in den letzten Monaten. Vornehmlich könnten die Eisengießereien und Maschinenfabriken auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken. „Fast aus allen Zweigen derselben“, heißt es im Bericht, „liegen Mitteilungen über erfreuliche Erhöhung des Absatzes, Erweiterung des Betriebes, Einstellungen von neuen Arbeitern, Verlängerungen der Arbeitszeit vor; dies gilt besonders für die Maschinen für Papierindustrie und das Buchgewerbe, für Maschinen für die Schuhfabrikation, Dynamomaschinen, Benzin- und Petroleummotoren, die für die Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen, die Herstellung von Drahtseilbahnen, von Holzbearbeitungs- und Werkzeugmaschinen usw. Eine allgemeine Mäßigung der Wagnisse und der damit verbundenen Fabrikation bilden allerdings die gedrückten Preise und die schlechte Zahlungsweise der Abnehmer. Die Arbeiterverhältnisse waren normale.“

Dagegen wird die Geschäftslage der Wollländer, und zwar sowohl des Woll- und Zugwollens als der Kammergarnspinnerei, als „wenig befriedigend“ bezeichnet. Einer lebhaften Entwicklung des Geschäftes zu Anfang des Jahres folgte auf dem Weltmarkt eine beträchtliche Preissteigerung und ein dauernd hoher Preisstand, während für Zug und namentlich Wolle entsprechende Aufschläge nicht zu erringen waren, so daß sich schließlich auch das Rohmaterial der Wirkung der weiterhin einwirkenden Störung nicht zu entziehen vermochte und Händler wie Spinner im ganzen wenig günstige Ergebnisse erzielt haben.

Eines relativ flotten Geschäftsganges erfreuten sich die Stahlgarnspinnerei, die Spitzen-, die Pömenten- und die Stoffhandelsfabrikation. Auch der Leipziger Tuch- und Wollhandel kann nicht klagen, während der Rauchwarenhandel das Jahr 1903 in einer sehr nützlichen Lage beschließt.

Aus der Frauenbewegung.

In die Frauen und Mädchen Berlins.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Aiken, Gajenheide 13/15, eine Volksversammlung statt, die für die Frauen von ganz besonderem Interesse ist. Der Reichstags-Abgeordnete Arthur Stadthagen wird an der Hand der Geschäftsberichte zeigen, wie der Ausspruch „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst“, der das Thema des Abends bildet, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung in seiner Welle zur Geltung kommt, sondern in das Gegenteil umschlägt.

Ihr arbeitenden Frauen und Mädchen, laßt auf ein paar Stunden die Sorgen zu Hause und kommt recht zahlreich in diese Versammlung!

Die Fingerringin.

Die Vertrauensperson für Treptow-Baumgartenweg, Genossin Mielich, erlitt am Mittwoch in öffentlicher Versammlung ihren Jahresbericht. Nach Genehmigung desselben legte sie ihr Amt nieder. In ihrer Stelle wurde darauf Frau Newes als Vertrauensperson gewählt.

Gegen den Jehnsundentag für Fabrikarbeiterinnen erklärte sich die Handelskammer für die ständige Niederlegung. Kommerzienrat Vahn, der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete für Sorau, erklärte, er sei in der nationalliberalen Fraktion des Reichstages mit Erfolg gegen den dem Jehnsundentag vorliegenden Antrag auf gesetzliche Einführung des Jehnsundentages aufgetreten. Die Handelskammer war einstimmig der Meinung, es müsse den Fabrikanten überlassen bleiben, die Arbeitszeit nach Bedarf zu verlängern.

Dienstmädchen-Bewegung in Helsingfors und in Stockholm.

In der Dienstmädchen-Abteilung der Arbeitervereinigung von Helsingfors wurde am Sonntag über die ablehnende Antwort beraten, die die Hausfrauen-Vereinigung von Helsingfors sowie die finnische Frauen-Vereinigung auf die Forderung der Dienstmädchen: Festschließung eines Maximal-Arbeits-tages von 10 Stunden, eines Minimallohnes und Extrabehaltung für Überstunden, erteilt hat. Die Verlesung des Antwortscheitens erweckte großen Unwillen und Witterkeit, die in der Diskussion in scharfen Worten zum Ausdruck kamen. Es wurde beschlossen, mit der Dienstmädchen-Vereinigung, der andern Organisation der Helsingforscher Dienstmädchen, die sich den Forderungen angeschlossen hat, in Verbindung zu treten, um gemeinsam über die weiteren Maßnahmen zu beraten.

Die Dienstmädchen von Stockholm haben eine Organisation zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gegründet. Die Hausfrauen können als passive Mitglieder dieser

Dienstmädchen-Vereinigung beitreten und verpflichten sich damit, den von der Organisation aufgestellten Arbeitsvertrag, der Bestimmungen über die Arbeitszeit und freie Zeit, Bezahlung der Überstunden mit 25 Proz. über Lohn, Stundungsfreiheit usw. enthält, zu unterzeichnen. In einem zweiten Teil, der von den Dienstmädchen zu unterzeichnen ist, enthält der Vertrag Bestimmungen über die Pflichten der Dienstmädchen. Der Vertrag zur Organisation wurde auf 4 Kronen pro Jahr für aktive Mitglieder (Dienstmädchen) und 3 Kronen für passive Mitglieder (Hausfrauen) festgesetzt.

Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Nügen hielt am 3. Januar bei Kamlow, Schönhauser Allee 135, seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorstand berichtete, daß im vergangenen Quartal zwei Vereins- und zwei Vorstandssitzungen abgehalten wurden. An Material ist nichts zur Verwendung gekommen. Der Kassierer hatte eine Einnahme von 87,87 M. und eine Ausgabe von 60 M., so daß ein Bestand von 27,87 M. verbleibt.

Weißensee. Am 6. Januar fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Faubmann seinen Bericht über die Gemeindevertretung gab. Redner kritisierte das Verhalten der bürgerlichen Gemeindevertreter und wies darauf hin, daß sie nur die Interessen der Bourgeoisie vertreten. In der Diskussion sprachen die Genossen Schumann, Hauffpild, Wegener und Hütchen ihre Bedauern über die schlechten Zustände im Orte aus. Im Armenhaus sieht es noch immer sehr traurig aus. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß das neu zu erbauende Armenhaus recht bald in Angriff genommen werde. Auch über die Thätigkeit des Schularztes entspann sich eine längere Debatte. In die nächsten Gemeindevertreter-Wahlen, die im März stattfinden, soll mit aller Kraft eingegriffen werden. In Aussicht vorhanden ist, auch einige Sitzge in der zweiten Klasse zu gewinnen. Das Wahlkomitee soll durch den Vorstand des Wahlvereins gebildet werden.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Rühlau-Schwiebus-Kroschen-Sommerfeld hielt am Dienstag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, seine Generalversammlung bei Großer, Tordienststr. 39, ab. Nachdem der Vorsitzende den Bericht über die Thätigkeit des Vereins, und der Kassierer den Kassierenbericht gegeben hatte, erfolgte die Wahl des Vorstandes. Als erster Vorsitzender wurde Genosse Vohl, als Kassierer Genosse Eitner, als Schriftführer Genosse Buchholz, als Beisitzer Genosse Kudo 1 p h gewählt. Es entspann sich sodann eine lebhafteste Debatte über die Kalenderverbreitung, die an den Weihnachtsfesttagen im genannten Wahlkreis stattfand. Die Genossen, die daran teilgenommen haben, sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß das Material nicht ausgereicht habe. Sie wurden von den dortigen Landbewohnern gut aufgenommen. Es ist dies ein Zeichen dafür, daß unsere Arbeit auf guten Boden gefallen ist und die Ernte nicht ausbleiben wird.

Johannisthal. In einer öffentlichen Versammlung im Senf-lebenden Saale sprach am Dienstag Genosse Albrecht über das Thema: „Der preussische Staat — ein Klassenstaat“. Seine Meinung über die Zustände in Preußen, namentlich die Unterdrückung, welche die preussische Volksgel der russischen in der Gewandung der russischen Staatsangehörigen leistet, fand die lebhafteste Zustimmung der Versammlung. Vom Vorsitzenden wurde am Schluß noch darauf hingewiesen, daß vom 15. bis 30. Januar die Gemeindevorläuferlisten ausliegen. Diejenigen Genossen, welche verhindert sind die Listen selbst nachzugehen, wollen sich an die Genossen Mertins, Roonstr. 2, und Mann, Bismarckstr. 7, wenden.

Die Gewerkschaften von Adlershof hatten am 11. d. Mts. in Wöllperts Lokal eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen einberufen, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: „Die Crimmitschauer Ausgesperrten“. Ludwig Bartels hatte hierzu das Referat übernommen. Er gestellte schon die Zustände in Sachsen, wo sich Polizei, Staat, Pfaffen- und Junkertum gegen die Arbeiter verschworen haben, und forderte die Arbeiterkraft auf, die Crimmitschauer Ausgesperrten mit allen Kräften zu unterstützen, damit ihnen zu einem ehrenvollen Siege verholfen werde. Heider Beifall lohnte den Referenten. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Ausgesperrten aufforderte, nicht etwa nach schwerem Kampfe bedingungslos in die Fabriken zurückzuführen. Die Versammelten sprachen außerdem den Ausgesperrten ihre Sympathie aus, und verpflichteten sich, nach wie vor dieselben durch Geldsammlungen zu unterstützen. Nach einem Appell an die Anwesenden, zu sammeln und sich selbst zu organisieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die gesamte Arbeiterkraft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Wahlrecht der Geistlichen.

München, 16. Januar. (B. L. Z.) Die Abendblätter besprechen den Antrag des Grafen Hoy betreffend das Wahlrecht der Geistlichen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ vermuten, daß der Antragsteller hauptsächlich eine Verschärfung des passiven Wahlrechts wolle, und bemerken, welche Vorgänge und Erscheinungen den Antrag in den Augen aller, denen die Religion so hoch steht, um sie zum Spielball und Deckmantel politischer Parteien zu erniedrigen, zu einem wohlbegründeten machen, welcher jedermann in Bayern. — Die „Allgemeine Zeitung“ betont, Graf Hoy bewies mit der Einbringung des Antrages unter den obwaltenden politischen Verhältnissen einen sehr anerkennenswerten Mut. Der Antrag weise in seiner Tendenz mit vollem Rechte auf die Verworfungen hin, welche die Beteiligung an den politischen Kämpfen unter dem Alter in immer steigendem Maße angerichtet hat. Das Blatt betont, daß Graf Hoy seiner Zeit die von der Mehrheit der Kammer gestrichenen 100 000 M. für Kunstforderungen dem Regenten zur Verfügung gestellt hat. — Der „Sächsische Kurier“ erblickt in dem Antrage eine schwere Verleumdung der Geistlichen, welche unter ein Ausnahmegericht gestellt werden sollen. Graf Hoy stehe Hofkreise nahe; sein Bruder sei bekanntlich Ober-Seremonienmeister. Man müsse für gewöhnlich annehmen, daß ein besonnener Politiker einen Antrag dieser Art nicht stelle, ohne mit dem ihm naheliegenden freien Beweis genommen zu haben. Volle Aufklärung hierüber sei das wichtigste an der Sache. — Die „Münchener Zeitung“ bemerkt, der Antrag sei sehr gut gemeint, da er für die Zukunft eine Verquickung von Politik und Religion verhindern wolle, aber er gehe doch zu weit.

Sturm Nachrichten.

Am Düsselbork, 16. Januar, wird berichtet, daß infolge des Sturmes auf der Hildener Gewerkschaft eine Giebelwand einstürzte. Ein Maurer wurde getötet, zwei schwer verletzt. — In Worms hat der heftige Sturm von dem zweistöckigen, 30 Meter langen Fabrikgebäude, das ganze, etwa 60 Centner schwere Wellblechdach mit einem Rud emporgeworfen und zur Erde geschleudert. Bis auf 60 Meter Entfernung wurden Fenster zertrümmert und Mauern und Dächer beschädigt. Menschen sind nicht verunglückt.

Kaiserslautern, 16. Januar. (B. L. Z.) Bei einem Brande in der Wohnung des Schlossers Jannetberger existiert heute, wie die „Sächsische Presse“ meldet, die vier Kinder Jannetbergers, die im Alter von zwei Monaten bis zu fünf Jahren standen.

Teplitz, 16. Januar. (B. L. Z.) Auf dem „Austriafahrt“ der Weisböhmischen Bergbau-Gesellschaft ist infolge von Lohn-differenzen ein Streit ausgebrochen.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung Sonnabend, den 10. Januar 1904, 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Frhr. v. Rheinbaben.
Ministerpräsident Abg. Schaffner (natl.) eröffnet die Sitzung kurz vor 1/2 Uhr.

Der Kaiserpräsident ist über seinen Vorschlag abstimmen. Das Haus entscheidet sich gegen die Stimmen eines Teils der Konservativen dafür, die nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr abzuhalten.

Abg. v. Seydewitz und der Laie (L) bittet, wenn möglich, die nächste Sitzung bereits Montag 2 Uhr abzuhalten. Der Landtag sei sehr spät einberufen und man werde jeden Tag ausnutzen müssen, um mit der Fertigstellung des Etats ohne Ueberarbeitung fertig zu werden.

Abg. v. Cauer (natl.) bittet, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen. Es werde sehr schwer möglich sein, die Mandatsprüfungen bis Montag zu erledigen.

Der Alterspräsident läßt über seinen Vorschlag abstimmen. Das Haus entscheidet sich gegen die Stimmen eines Teils der Konservativen dafür, die nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr abzuhalten.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 16. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Ministerpräsident Graf Bälou, Schönfeldt, Graf Poldowski, von Tzipig, Dr. Stadt, Frhr. von Rheinbaben und sämtliche übrigen preussischen Minister.

Das Haus ist sehr gut besetzt. Zahlreiche Mitglieder sind in Gala-Uniform erschienen. U. a. bemerkt man den Generalfeldmarschall Grafen Waldersee, General Grafen Hülsen-Haeseler, den Chef des Militärkabinetts, und seinen Vorgänger von Hofme. Auch Kaiser Landgraf von Hessen ist in Uniform. Ferner sind u. a. anwesend Reichstags-Präsident Graf Ballesire, Fürst Anton Radziwiz, zahlreiche Oberbürgermeister und Professoren.

Freiherr v. Mantuffel:

Nicht der Gewohnheit, sondern dem Drang unseres Herzens folgend, geben wir bei unserem heutigen Zusammentreten zunächst unsres geliebtesten Landesherren. (Die Mitglieder des Hauses und die Tribünenbesucher erheben sich von ihren Sitzen und hören die weitere Ansprache stehend an.)

heute bei der Eröffnung des Landtags im weichen Saale Se. Majestät unsren allergnädigsten Kaiser und König wieder in voller Frische und Mithigkeit seines hohen Amtes walten zu sehen!

Tage schmerzlichen Bangens und innigen Mitgeföhls kamen, als im vergangenen Herbst die Kunde durch das Land ging, daß Seine Majestät sich einer Operation habe unterziehen müssen. Inbrünstig fliegen die Gebete seines treuen Volkes zu dem Allmächtigen empor, daß durch Gottes Gnade Seiner Majestät baldige völlige Genesung beschieden sein möge, und daß diese Gebete erhört worden sind, dessen können wir jetzt, wo wir unsren allergnädigsten Herrn wieder in der unermüdblichen Ausübung seines Herrscheramtes thätig sehen, gewiß sein.

Und nun lassen Sie mich Ihren Blick lenken auf den Raum, in dem wir und heute zum erstenmal versammeln. Zwar ist es der alte Platz, an dem wir nach fünfjähriger Zwischenzeit wieder zurückkehren, doch welche Veränderung zwischen unserm damaligen Heim und dem jetzigen neuen! Es ist ein sehr schönes Heim, das man für uns bereitet hat, und nicht nur schön, sondern auch für unsren Gebrauch äußerst praktisch eingerichtet.

Neu sind die Räume, in denen wir jetzt tagen, aber der Geist, der das Haus belebt, wird der alte bleiben, der Geist der unerbittlichen Treue und Liebe zu unsrem erlauchten Herrscherhause, der Geist der Hingabe für das Glück und das Wohl unsres gesamten preussischen und deutschen Vaterlandes. (Bravo!) In dieser Gesinnung vereinen wir uns in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, er lebe hoch! (Die Mitglieder des Hauses stimmen dreimal laut in das Hoch ein.)

Ministerpräsident Graf Bälou:

Meine Herren! Im Anschluß an die Begrüßungsworte Ihres beehrten Herrn Vizepräsidenten, möchte ich meinerseits zurückgreifen auf die Glückwünsche, welche vor fünf Jahren bei der Eröffnung des neuen Abgeordnetenhauses mein Amtsvorgänger dem Landtage aussprach.

Fürst Hohenhausen wünschte damals dem hohen Hause, das Abgeordnetenhause möge als Begleiter in die neue Arbeitsstätte den Geist der Treue und Arbeitsfreudigkeit hinübernehmen, der über ein Jahrhundert an der alten Arbeitsstätte gewaltet habe. Heute, wo wir das neue Herrenhaus einweihen, sei es mir gestattet anzuknüpfen an eine Erwartung, die ich aussprach, als ich zum erstenmal die Ehre hatte, als Ministerpräsident vor Ihnen zu erscheinen, an die Ueberzeugung, daß diese Versammlung, in der so viel Erfahrung und Einsicht vertreten sind, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Se. Majestät der Kaiser und König, jener Hingabe, der der Herr Präsident eben so berechnend Ausdruck gegeben hat, die Staatsregierung unterstützen werde in dem Streben, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Landesvertretung das Wohl der preussischen Monarchie zu fördern. Es sei mir heute gestattet, diese Forderung jetzt zu erneuern.

Der große Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorbrachte hat, Fürst Bismarck hat gesagt, daß das Herrenhaus Träger sein müsse einer Politik, die sich nicht beeinflussen lasse durch die Strömungen des Tages, sondern den Regulator, den Ballast des Schiffes bilden müsse. Möge das Noblesse oblige auch fernher der Leitstern Ihrer Beratungen und Beschlüsse bleiben. Möge das Herrenhaus immer den Blick gerichtet halten auf das große Ganze, auf das Fundament der preussischen Monarchie als Grund- und Eckstein des Deutschen Reiches. Möge es immer ein Vorbild sein preussischer Gehmigkeit und preussischer Weisheit, möge es immer die Gesinnung betätigen, die ich zusammenfasse in die Worte: der König in Preußen voran, Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran. (Lebhaftes Bravo.)

Vizepräsident Freiherr v. Mantuffel:

Ich darf im Namen des Herrenhauses dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Staatsministerium, das vollständig hier erschienen ist, unsern Dank aussprechen für die Worte, die er an uns gerichtet hat. Die Marschroute, die Fürst Bismarck gegeben hat, möge von uns stets befolgt werden, das ist unser aller Wunsch. Wir erneuern heute das Versprechen, sie innezuhalten, und daß wir

es halten, dafür bürgen die Namen, deren Träger hier versammelt sind. (Bravo!)

In den Eröffnungsakt schließen sich einige geschäftliche Mitteilungen.

Es folgt die Wahl des Präsidenten, die durch Abgabe von Stimmzetteln erfolgt. Es sind abgegeben 212 Zettel, davon 20 unbeschrieben. Von den beschriebenen Zetteln haben erhalten Fürst zu Jan- und Anspach 188, Fürst Bismarck 2, Herzog von Ratibor 1, Fürst zu Dohna-Schlobitten 1, Fürst zu Jan- und Anspach ist somit zum Präsidenten des Herrenhauses gewählt.

Fürst zu Jan- und Anspach:

Sie haben mir eine so hohe Ehre erwiesen, daß ich mich verpflichtet fühle, das Mandat anzunehmen. Ich thue es zwar mit schwerem Herzen, denn wenn man im 77. Lebensjahre steht, so muß man bedenken, daß man nicht viele Jahre mehr vor sich hat. Ich habe die Ueberzeugung, daß ich Ihres Rates und Ihrer Hilfe vielfach bedürftig werde. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß ich mich nur als den Diener dieses hohen Hauses ansehe und daß es mich freuen würde, wenn meine Thätigkeit eine ersprießliche sein wird. (Lebhaftes Bravo!) Ich bin überzeugt davon, daß Sie alle mit mir einer Meinung sind, daß gerade in den heutigen Tagen, wo der Umsturz sich regt, dieses hohe Haus vor allen Dingen die Verpflichtung hat, treu zu König und Reich zu stehen. (Bravo!) Und wenn wir, die wir ja alle treue Unterthanen sind, das zum Ausdruck bringen, so wird das im Lande einen freudigen Widerhall finden. Wir sind doch an erster Stelle berufen, uns als treuonachlässig Gesinnte zu zeigen. Ich bin überzeugt, daß wir mit der Zeit auch in allen übrigen Branchen unsrer Thätigkeit das erreichen werden, was wir ernsthaft vorhaben. Wir haben für alle möglichen Fragen der Wissenschaft und menschlichen Kenntnisse Vertreter zur Verfügung, wie kaum ein andres Haus. Und ich hoffe, daß die rege Thätigkeit auch dieser Herren, die als Koryphäen bei uns gelten, zum Segen des Hauses gereichen werde.

Kun hat ja der Reichskanzler seiner Zeit und in erfreulicher Weise versprochen, daß seine Thätigkeit und die des Ministeriums uns stets zu Hilfe sein werde. Ich werde meinerseits keinen Moment vorübergehen lassen, den Appell an diese hohen Staatsorgane zu richten, wenn es sich darum handelt, die Interessen des hohen Hauses zu vertreten.

Ich bin überzeugt, daß durch ein Zusammenwirken von uns und von dort für unser Vaterland etwas Günstiges erreicht werden kann. Es ist mein erster Wunsch, nicht in halbtägiger Ueberstürzung die Geschäfte zu regeln, sondern ich werde mich bemühen, in ruhiger, besonnener Weise die Thätigkeit erfüllen, die unsrerseits nötig ist.

Auch ich bin meinem Vorgänger, dem Fürsten zu Wied, dankbar für die treue Pflichterfüllung, mit der er sein Amt erfüllt hat.

Ich empfehle mich Ihrem Wohlwollen und verspreche Ihnen, als Ihr Diener alles zu thun was im Interesse des hohen Hauses notwendig ist. (Beifall.)

Auf Antrag des Herzogs zu Ratibor wird der bisherige erste Vizepräsident Frhr. v. Mantuffel durch Reclamation wiedergewählt, ebenso auf Antrag des Frhr. v. Solmowich-Unterwieser der zweite Vizepräsident Oberbürgermeister Dr. Beder-Röhl. Beide Gewählte nehmen die Wahl mit Dank an.

Eingegangen ist u. a. eine Interpellation wegen des Verkehrs von Automobilen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Geschäftliche Mitteilungen; Bereinigung von neu eingetretene Mitgliedern; Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung von Vorlagen.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Crimmitschau.

Eine herbe Kritik

üben jetzt die Crimmitschauer Unternehmer an dem famosen Briefe des Herrn Haxreth's Schink in der „Christlichen Welt“, von dem wir unsren Lesern ja schon Mitteilung gemacht haben. Sie haben von demselben einen Separatabdruck veranstaltet und verbreiten diesen als Flugblatt. Besser konnte gar nicht illustriert werden, daß der Brief des Herrn Haxreth's Schink nicht unparteiisch ist, sondern die Interessen des Unternehmertums wahrnimmt. Die Erwiderung des Herrn Dr. theol. Kade in derselben Nummer der „Christlichen Welt“ ebenfalls mitzuteilen, unterlassen die Crimmitschauer Fabrikanten.

Ein wirklich vorurteilsloses Urteil

über Crimmitschau bietet Fräulein Alice Salomon in der „Socialen Praxis“. Wir entnehmen einem interessanten Artikel, den sie dort veröffentlicht, folgendes Thatsachenmaterial:

Nur ein kleiner Teil der Arbeiter der Crimmitschauer Textilindustrie bezieht Löhne, die es einem Familienvater möglich machen, aus Signem den Unterhalt der Familie zu bestreiten; das sind die Spinner und ein Teil der Weber (Stuhlarbeiter). Der durchschnittliche Lohn der letzteren geht allerdings noch den Martinischen Erhebungen auf 16,50 M. pro Woche herunter; mir wurde von den meisten Arbeitern ein höherer Verdienst genannt, der zwischen 18-22 M. schwankt. Vereinzelt kommen auch höhere Löhne vor; diesen steht aber die Unregelmäßigkeit der Lohnhöhe gegenüber. So teilte mir ein älterer Arbeiter mit, der durchschnittlich 20 M. verdient, daß er infolge schlechten Materials, einer schlechten Kette und dergleichen drei Wochen hintereinander nicht über 7-9 M. gekommen sei. Immerhin sind neben den Spinneern die Weber die Elite der dortigen Arbeiter. Viel schlechter stehen die Färbereiarbeiter, die mir alle ihr Einkommen auf 13-14 M. angaben, sowie die Stempelanzüger mit gleicher Lohnhöhe. Diese können den Familienunterhalt nicht bestreiten und schicken größtenteils ihre Frauen in die Fabrik. Mit Hilfe der Frau, die als Fadenanlegerin, als Auslegerin oder Druffierin 8 bis 10 M. verdient, erhöht sich das Einkommen dann so, um eine andere Arbeiterkategorie gewohnte Lebenshaltung zu ermöglichen.

Wie verbreitet diese Gewohnheit der Mitarbeit verheirateter Frauen ist, geht daraus hervor, daß von den 2800 Arbeiterinnen der dortigen Textilfabriken über 40 Proz. verheiratet sein sollen. Thatsächlich gehen meist nur Frauen, deren Männer ein Einkommen unter 18 M. haben, in die Fabrik. Es scheint aber in Fabrikantenkreisen ganz üblich zu sein, diese Mitarbeit als etwas Selbstverständliches anzusehen.

Wie spielt sich nun die Existenz solcher Familien ab, bei denen Mann und Frau gemeinsam den Unterhalt durch Fabrikarbeit verdienen? Professor Gruber hat in seinem Gutachten über die Berechtigung des Zehnstundentages die Frage aufgeworfen: „Welche Zeit bleibt bei vollständiger Arbeitszeit den Frauen zum Kochen, zur Versorgung des Haushalts, zur Fürsorge für die Kinder?“ Dieses Problem wird in Crimmitschau auf eine sehr einfache Weise gelöst: Die arbeitenden Frauen „halten eben nicht Haus“, weil sie gar keine Gelegenheit dazu haben. Die meisten heizen am Tage überhaupt nicht, kochen das Essen in der Fabrik oder wärmen es daselbst, und gehen nur zur Mahlzeit nach Hause. In dieser nehmen aber keine Kinder mit, sondern sie „in die Fabrik“. Alle Frauen, die ich sprach, schilderten mir ihren Lebensgang folgendermaßen:

Vom 12. bis 14. Jahre haben sie als Halbzeiter in der Fabrik gearbeitet, denn damals war die Kinderarbeit noch erlaubt und üblich. Dann haben sie die Fabrikarbeit in vollem Umfang aufgenommen, ohne nach der Verheiratung irgend eine Unterbrechung zu machen. Die Männer verdienen als Färberei-Arbeiter oder dergleichen etwa 14 M., die Frauen als Auslegerin 9 M., als Druffierin 10 M. Gelpart hatte man vor der Heirat nichts, da Eltern zu unterstützen waren. Einige mußten die Einrichtung auf Abzahlung nehmen und dafür mußte die Frau arbeiten. Als das erste Kind zur Welt kam, konnte der Verdienst der Frau gar nicht mehr entbehrt werden, so wurde das Kind zu Großeltern oder andern Verwandten gethan und 4 M. wöchentlich dafür bezahlt. Nach Hause kommen diese Kinder in den ersten Lebensjahren kaum, auch Sonntags nicht, da die Frauen meist der Ansicht sind, daß die Ungleichmäßigkeit der Verpflegung den Kindern schadet. Vielleicht sind sie auch selbst der Kinderpflege zu sehr entwöhnt. Als das zweite Kind kam, wurde auch dieses fortgegeben. Nun werden 7 M. pro Woche für beide Kinder gezahlt. Mein Einwand, daß dabei ja nur 2-3 M. vom Lohn der Frau übrigbleiben, die sie vielleicht durch bessere Versorgung des Haushalts einbringen könnte, wurde damit zurückgewiesen, daß der Ueberfluß doch ein größerer sei, da die Kinder zu Haus doch auch etwas kosten würden. Wenn mehr Kinder kommen, wird die Fabrikarbeit meist „der Not gehorchend“ aufgegeben. „Meine Frau kann nicht arbeiten“, sagte mir ein Weber mit 20-22 M. Wochenlohn; „wir haben sechs Kinder; da rentiert es sich nicht.“

Die Versorgung der Kinder durch die Mutter oder durch Fremde ist in Crimmitschau ausschließlich ein Rechenempehl. Eine Frau mit zwei Kindern sagte mir, sie arbeite in der Fabrik und säute die Kinder, seit sie schulpflichtig seien und seit die Großmutter, bei der sie früher in Ziehe waren, gestorben, tagsüber zu ihrer Schwester. Diese habe drei kleine Kinder. Da komme das Fortgeben der Kinder zu teuer, und sie arbeite deshalb zu Hause für die Fabrik und verdiene sich noch etwas durch Beaufsichtigung fremder Kinder. Sie zahle der Schwester dafür 1,50 M. pro Woche. Eine andre Frau, die nur ein Kind von zehn Jahren hat, steht dieses Kind höchstens einmal jährlich, da es mehrere Stunden von Crimmitschau entfernt bei ihren Eltern untergebracht ist. Sie zahlt dafür 8 M. wöchentlich. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren; sie sind typisch. Die meisten Arbeiterinnen können sich gar keine andere Versorgungsmöglichkeit für ihre Kinder vorstellen. Sie kennen es nicht anders.

Ihre Arbeitszeit ist meist von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit einständiger Mittagspause; oder bis 1/2 7 Uhr abends in einzelnen Fabriken, in denen noch eine halbstündige Frühstückspause hinzukommt. Ein Teil der Arbeiter arbeitet ohne jede Pause von 6 bis 12 Uhr. Die Fabrikanten weisen zwar darauf hin, daß die Arbeiter bei den betreffenden Maschinen, die keine Unterbrechung durch Pausen gestatten, so wenig angestrengt seien, daß sie während der Arbeit frühstücken, sogar Zeitung lesen können. Aber die Frauen halten an ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit unerschütterlicher Zähigkeit fest. Vor allem fordern sie die Verlängerung der Mittagspause auf 1 1/2 Stunden, die bei den immerhin beträchtlichen Entfernungen des Ortes absolut nötig erscheint. „Wir gehen nicht wieder in die Fabrik, bis uns das nicht bewilligt wird“, das kann man fast von allen Frauen hören. „Wenn die Fabrikantentfrauen nur einmal späten würden, wie einem des Abends beim Heimweg die Arme zittern, dann würden sie ihren Männern sagen, daß 11 Stunden zu viel ist“, sagte mir eine Arbeiterin. Die Frauen lassen sich anscheinend von Nachfragen, von dem Gedanken des Klassenkampfes viel weniger beeinflussen, als von den rein materiellen Forderungen. Das ist für sie das A und O des Kampfes, dafür wollen sie zusammenhalten und darben.

Und darben müssen sie thatsächlich. Das muß besonders hervorgehoben werden. Der Kampf legt ihnen schwere Lasten und Sorgen auf. Die vielfach verbreitete Ansicht, die Ausgesparten seien durch die Unterstützungen so reichlich versorgt wie nie zuvor, sie würden in der Höhe ihres sonstigen Einkommens unterstützt, ist durchaus irrig. Wohl ist es richtig, daß ein Wohlstrom der Unterstützungslosse zufließt, aber er muß für etwa 7000 Arbeiter und deren Familienangehörige ausreichen. Die Unterstützung beläuft sich für einen Familienvater, der Verbandsmitglied war, auf 9 Mark nebst Zuschlägen von 0,75 Mark pro Kind bis zur Höhe von 8 M. für vier Kinder. Frauen und alleinstehende Arbeiter erhalten 6-7 M.; in der ersten Zeit waren die Unterstützungen geringer; auch erhalten die Ausgesparten, die vor dem Kampfe noch nicht Verbandsmitglieder waren, eine etwas niedrigere Summe. Die Stellung des Einzelnen, seine Lohnhöhe wird nicht berücksichtigt. Man sieht, wie gerechtfertigt es ist, daß die deutsche Arbeiter-schaft die wackeren Crimmitschauer in so reichem Maße unterstützt. Möge diese Schilderung das Proletariat anfeuern, nicht nachzulassen in seinen Anstrengungen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bergarbeiter! Bei der Firma Müller u. Vogler, Rannhustraße 3 sowie Stallschreiberstraße 58 (in Firma Welner) sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug für sämtliche Branchen ist fernzugelassen. Der Ortsverein der Filiale Berlin.

Achtung! Schuhmacher!

Sonnabendabend sind sämtliche Zwider, Zwiderinnen, Einleister und Putzer in der Ritzschuhfabrik von Kusch, Wälsingstr. 8, entlassen worden, höchstwahrscheinlich um Lohnreduktionen zur Durchführung zu bringen. Bis auf weiteres ist die Fabrik gesperrt und eruchen wir den Zugzug streng fernzuhalten. In der Montagabend stattfindenden Generalversammlung (siehe Inserat in heutiger Nummer) wird über das Nähere berichtet werden.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Eine Bedrohung zwischen den Feilen. In der Staatsanwaltschaft in Stettin aus folgendem Handzettel heraus:

Achtung, Gasenarbeiter, Achtung!

Zwecks Anerkennung unsres Lohntarifs sind wir gezwungen, über die „Neue Dampfer-Compagnie“ die Sperre zu verhängen.

Es wurden also des Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung gleich neun Personen angeklagt und zwar acht Mitglieder der Lohnkommission des Gasenarbeiter-Verbandes, von denen eines die Zettel auch verbreitet hatte, und der — Drucker des Flugblattes! Unserem Stettiner Parteiblatt muß bei der Verichterstattung ein ungläubiger Schrei entfahren sein, denn es teilt mit, der Vertreter der Anklage habe zwar zugegeben, daß der § 153 der Gewerbeordnung den Arbeitern das Koalitionsrecht garantiere, aber § 153 lege eben die Ausnahme fest, daß andre Arbeiter nicht zum Streik aufgereizt werden dürfen! Wenn die Sache so einfach läge, dann brauchen allerdings unsere Schuhmacher nicht nach einem Zuchttafel zu schreien. Immerhin scheint das, was der „Stettiner Volksbote“ dem Vertreter der Anklagebehörde in den Mund legt, wirklich die Meinung einer großen Reihe juristisch und

nicht juristisch vorgebildeter Beamten zu sein. Viele Vorkommnisse bei Streiks lassen sich nicht anders deuten.
In dem Stettiner Falle erlaubte das Gericht natürlich ge-
zungenemahnen auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte je-
eine Woche Gefängnis (auch für den Drucker!) und für den Ver-
breiter der Handzettel noch 30 M. Geldstrafe extra beantragt.

Der Teufel als Bedroher.

Der Maurer Joseph Scholz in Weuthen soll bei Gelegen-
heit des dortigen Maurerstreiks mehreren arbeitenden Kollegen zu-
gerufen haben: „Wenn Ihr nicht aufhört zu arbeiten, kommt
Euch der Teufel auf den Kopf!“ — Jeder Unbefangene
wird eine derartige Wendung als eine leere Redensart ansehen; der
Staatsanwalt in Weuthen erblickte darin jedoch eine nach § 153 der
Gewerbeordnung strafbare Bedrohung. Er beantragte gegen
den Sinder, der den Teufel als Hundsgesossen anrief, zwei
Wochen Gefängnis. Das Gericht ging weit über diesen An-
trag hinaus. Es erkannte wegen Bedrohung aus § 240 des Straf-
gesetzbuches auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Auch eine Terrorismusgeschichte.

Das Mitglied des Deutschen Zimmererverbandes Konrad
Merckow in Kassel i. Hess. bemühte sich wiederholt, den Zimmerer
Ausschuss zum Eintritt in den Verband zu bewegen. Aber
alle Verheißungen waren vergeblich. Er wollte nicht, sein
patriotisches Herz streubte sich. „Es seien zu viel Socialdemokraten
in dem Verband“, damit verteidigte er seine Nichtorganisation. Bei
einer Auseinandersetzung über den Zweck der Organisation kam es
dann anfangs September 1903 zwischen den beiden zu einem
Wortwechsel. Gehrmann versäumte es, der Centrumpresse
eine Schauergeschichte über socialdemokratischen Terrorismus
anzuhängen oder in die schützenden staatsanwaltlichen Arme
zu eilen, er wollte persönlich seine ordnungsmäßig be-
leidigte Ehre herstellen. Etwas drei Wochen nach dem er-
wähnten Wortwechsel entsann sich G. nach reichlichem Alkoholgenuss
plötzlich der ihn durch Aufforderung zur Organisation gewordenen
Beleidigung, es kam ein heikler Jörn über ihn, er begab sich zu
Wesfelder und drohte: ich will mit Dir abrechnen! M. entfernte sich,
G. verfolgte ihn und stieß ihn wiederholt mit einem großen
Messer in die Brust. Der Gestodiene schwebte mehrere Wochen im
Lebensgefahr. Der Wesfelder hatte sich am Mittwoch vor dem
Schwurgericht in Dortmund unter der Anklage des versuchten Tot-
schlags zu verantworten. Die Geschworenen bejahen die Schuld-
frage, das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehr-
verlust. G. war schon wegen anderer schwerer Verbrechen vorbestraft.
Das sind die Elemente, die sich gern als die von der Socialdemokratie
Terroristen aufspielen. Ob die „Germania“ jetzt auch Entrüstungs-
artikel verbricht — über Terrorismus gegen freie Gewerkschaftler?
Das wird sie in christlicher Milde wohl unterlassen.

Weitere Konflikte im Schneidergewerbe. Die Bremer
Schneidermeister haben ihren Gehilfen den jetzt bestehenden Tarif
ebenfalls gelündigt. Auch in der alten Hansestadt dürfte es also in
kurzer Zeit zum Konflikt kommen. Das Vorgehen der Herren
Schneidermeister geschieht genau nach demselben Plane, nach welchem
die Scharfmacher auch in anderen Gewerben verfahren. Herr Ull-
mann in München, der Sekretär des Arbeitgeber-Verbandes, hat am
25. Oktober vorigen Jahres in einer Innungsversammlung zu
Lugzburg ganz ungeheuer die Pläne der Herren verraten. Er
sagte:

„Wir müssen versuchen, den Schneiderverband an verschiedenen
Orten in Konflikt zu verwickeln, damit wir denselben die Kasse
leeren und zum Weichhalten bringen. Wenn dem Arbeiterverband
dann kein Widerstand mehr möglich ist, müssen die durch denselben
eingeführten Lohnsätze wieder beseitigt werden.“

Das sind die Pläne, welche die Herren Schneidermeister verfolgen,
die Anschauungen, welche die Auspöcher in der Berliner Metallindustrie,
im Drochsengebetriebe zu Berlin und nicht zuletzt die große Auspöcher
in Crimmitschau herbeiführten. Dasselbe Vorgehen will man im
kommenden Frühjahr auch im Baugewerbe versuchen. — Wenn
dann die Arbeiterschaft den Betroffenen an die Seite tritt, um sie
vor den Folgen des Unternehmer-Terrorismus zu bewahren, wird
scheinbar auf die Socialdemokratie geschimpft, die angeblich eine
Wachstprobe versucht, die in Wirklichkeit von den Scharfmachern
begonnen wurde.

Husland.

Erfolge der Buchdrucker in der Schweiz. Auf einer Konferenz
von Vertretern der organisierten Buchdrucker und Principale wurde
die Schaffung von Schiedsgerichten und eines Einigungsamtes be-
schlossen und bezügliche Statuten angenommen. — In den Sektions-
orten Winterthur, Schaffhausen und Frauenfeld ist es den Buch-
druckern gelungen, auf friedlichen Wege eine Erhöhung des wöchent-
lichen Lohnminimums um je 2 Fr. auf 35 Fr. bezw. in den beiden
letzteren Orten auf 32 Fr. zu erreichen, also eine Erhöhung des
jährlichen Lohnsummens um 104 Fr. Die nützlich für die Arbeiter
doch die Organisation ist.

Die Lehrlingsfrage in der holländischen Diamant-Industrie.

Amsterdam, 14. Januar. (Fig. Ver.) Die das „Wochenblatt der
A. N. D. V.“ mitteilt, sind die Forderungen der Juweliere betr. das
Lehrlingswesen folgende:

1. Seitens der Arbeiterorganisationen soll der Beschluß des
A. N. D. V. (Amsterdamer Juwelier-Vereins) anerkannt werden, der den
Arbeiter in einem Brief vom 21. November 1903 mitgeteilt wurde.
Nach diesem Beschluß behalten die Mitglieder des A. N. D. V. sich das
Recht vor, Personen, welche sie in ihr Geschäft aufnehmen wollen,
eine oder mehrere Branchen ihres Arbeitszweiges zu lehren oder
lehren zu lassen.

2. Eine Lehrlings-Kommission soll gebildet werden, bestehend
aus Mitgliedern des A. N. D. V. und der Arbeiterorganisationen, um
alle Maßregeln, welche in gegenseitiger Uebereinstimmung beschlossen
werden sollen, in ihrer Ausführung zu kontrollieren.

3. Die Anzahl Lehrlinge, welche im ersten Jahre im Fache zu-
gelassen werden sollen, wird auf 750 festgelegt. Jedes Jahr im
Monat November soll in gegenseitiger Beratung zwischen den
Arbeiterorganisationen und dem A. N. D. V. besprochen werden, ob eine
Vermehrung der Arbeitskräfte wünschenswert ist oder nicht.

Die vereinigten Vorstände der vier Arbeiterorganisationen der
Diamantarbeiter haben nunmehr dem A. N. D. V. mitgeteilt, daß sie
diese Forderungen den Mitglieder-Versammlungen ihrer Organi-
sationen vorlegen und den Beschluß derselben vor dem 1. Februar
dem Arbeitgeberverein mitteilen werden.

Mit einem Siege der Hafenarbeiter Stockholms endete der lang-
wierige und mit großer Zähigkeit durchgeführte Kampf, der im
März vorigen Jahres begonnen hatte. Die Unternehmer haben ihre
Hauptforderung, den Stundenlohn herabzusetzen, nicht erreicht. In
dem neuen Tarifvertrag, den sie am Donnerstag mit dem Hafnar-
beiter-Fachverein abgeschlossen haben und der zunächst bis zum
1. April 1905 gilt, wird der Stundenlohn von drei Monaten, wird der
50 Cent-Stundenlohn beibehalten. Bei Alltagsarbeit wird dieser
Stundenlohn garantiert. Hinsichtlich der Festsetzung der Alltagspreise
ist man von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Arbeiter bei
forcierter Arbeitsleistung 50 Proz. über den festgesetzten Stundenlohn
verdienen müssen. Alle Arbeitskräfte sollen durch
einen vom Fachverein angestellten Statist-
fährer vermittelt werden. Durch diese Statistik über die
ledigen Arbeitskräfte, zu deren Unkosten die Unternehmer eine
Summe von 1800 Kronen zahlen, wird den Arbeitern eine gerechte
Verteilung der Arbeitsgelegenheit verbürgt. Das Herumlungern
nach Arbeit im Hafen wird dadurch bestraft, daß die Betroffenen
zu Arbeit in die Lüste gelehrt werden. Zur Schlichtung von
Streitigkeiten wird ein permanentes Schiedsgericht eingesetzt,
dessen fünftes Mitglied für einen Zeitraum von sechs Monaten ge-
wählt wird, und zwar das eine Mal aus der Arbeit-
geberklasse, das andere Mal aus der Arbeiter-
klasse.

Der neue Tarifvertrag tritt erst am 1. Februar in Kraft, um
den Unternehmern Gelegenheit zu geben, sich ihrer Verpflichtungen
gegen ihre jetzigen Arbeiter zu entledigen. Die Unternehmer hatten
benanntlich eine Anzahl Streikbrecher eingestellt, die sie auf einem
alten Schiff, das bei der Arbeiterschaft den Spitznamen „Lump-
Bena“ erhalten hat, unterbrachten. Sie haben nun offenbar ein-
gesehen, daß es doch besser ist, wenn sie ihre alten Fachvereinsleute
wieder einziehen und sich der Leute von der „Lump-Bena“ ent-
ledigen. — Unter den Unterzeichnern des neuen Tarifvertrages ist
auch die Firma „Progrek“, das während des Kampfes von den
Arbeitern gegründete Unternehmen.

Für die streikenden und ausgesperrten Weber in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

H. E., Rummelsburg 5.—, Rauchklub „Annohbrüder“ bei Boh.
Rummelsburg 4.—, Geburtstagsfeier, Dohlenlohnbeiträge 2,20. Stultsauer
Jüdische u. Genossen 5,25. R. Elegig 10.—, Handlungslehrlingsrat Rignier
(außer Schneider) 5.—, Hausgen. Nidd., Kallstr. 17, 1,50. Geburtstagsfeier
v. Brandt 2,40. Adolf Nabel, Rindlerstraße 20.—, Deutscher Arbeiter-
verein Bern 24,30. Berl. d. Socialpolit. Rundschau, Frankfurt a. M. 20.—,
Weserlamm u. Gewerkschaftsber. Nidershof 11. Januar 31.—, Arb. v.
Hagenow u. Vierbauer 9,75. Sparverein Nig u. Genett 20.—, Rauch-
klub „Korea“ 5.—, Turnverein „Nichte“, 11. Wänterabtl. 10.—, Firma
Frank, Admiralstraße 12, 3. Rate 1.—, S. u. C. Kasse, 3. Rate
6.—, Dittmars Niddelabrit, Borbagemstraße, 6. Rate 9,50.
Lithographen v. Litzner u. Boyen, 2. Rate 25,00. Bauhilfsverein Franke,
1. Rate 9,50. Neujahrsfest a. d. oberen Saal 4,25. Jüdische rote Graneure,
7. Rate 6,50. Eger d. Drucker Aug. Scherl, Hl. Tag, 6. Rate 10,35.
Abt. „Boche“, 7. Rate 6,96. Gen. Geld-Abt., 6. Rate 7.—, Oberher
Behrend, 6. Rate 5.—, Chirurgische Brände H. W. Anton, Elisabeth-Str. 4,50.
8,25. Geburtst. Sonnenburg 1,50. Tischlerei H. Huse, Wienerstraße 1,50.
Niddelabrit, H. Schulz, Rinderdorferstraße 10,50. Bergelder n. Kaspig 16,50.
Lille 11,50. 2,85. Amerik. Kaution einer Wilton-Web., 171. Stadiberg, Hl. Tag
17,25. Danneberg's Freunde 3,50. Karl stud. med., Freiburg i. B. 3,05.
Centralverb. d. Bureauangest., Mitgliedschaft Berlin 10.—, Verlobung f. Jung
d. Braut 2,50. Spandauer Verbandsbuchdrucker, 6. Rate 5.—, Bonn
Personal der Buchdruckereien: Ferd. Wehlein, 7. Rate 15.—, Emil
Willy, 13. Rate 11,10. H. Bürenstein, Verbandsmitglied, 10. Rate 24.—,
Dreier u. Kicola, 6. Rate 16.—, Deutscher Verlag, Gesamtpersonal 74,98.
„Deutsche Warte“, 7. Rate 15,30. Drei u. Wagner, Buchdruck-Abteilung,
Kaution eines Fiedlers 12,10. Otto Fisser 48,50. Gebrüder Ernst, 5. und
6. Rate 10,80. H. Greze 15,70. H. S. Hermann, 11. Rate 113,85. Otto
v. Holten, 5. Rate 18,60. Neinh. Rahn, 8. Rate 7,90. H. u. S. Löwenthal,
6. Rate 10,20. Karl Wargner 10,75. C. S. Wiltner u. Sohn, 8. Rate
53,20. Rudolf Woffe, Zeitung 3,85. „National-Zeitung“, 8. Rate
27,20. Norddeutsche, Saal 5 6,80. Bernh. Boul, 6. Rate 9,15.
Seidel u. Cie, 2. Rate 18,25. Seidel u. Cie, Nilspersonal 3,55. Julius
Littenfeld, 10. Rate 73,40. Julius Littenfeld, Rajshinmeister Saal 3 4,50.
H. Scherl, Rajshinmeister von „Tag“ und „Boche“, 8. Rate 16,50.
H. Scholen, 5. Rate 4,50. L. Schumacher 9.—, Strauß 11.—, Trompisch
u. Sohn 2,80. Wille u. Co., Accidenz, 10. Rate 38,85. Wille u. Co.,
Accidenz-Stereotypie 9.—, Wille u. Co., Rotations-Rajshinmeister 4,70.
Wille u. Co., Zeitung, 10. Rate 22,85. Wille u. Co., Zeitungs-Stereotypie
10,60. Gebr. Unger, 10. Rate 17,90. „Vormärts“, Zeitung, 10. Rate,
inklusive 3 Karl vom Genossen Augustin 33.—, B. 2. und F. Sch.
durch Cimer 6.—, Otto Walter, 5. Rate 6,35. Franz Weber 5,45.
Verb. deutsch. Buchdrucker, aus einigen Bezirken u. Mitgliedschaften 165.—,
Bei einer roten Dohse auf Krawatten gel. 7,50. Elat b. Brill 5.—,
Schmiede Hermann 1.—, Neujahr. Neubauberg d. Grubf. Kommande,
50.—, Socialdem. Stadterordn.-Faktion Spandau 10,50. Durch Abträge,
Kallstr. Charlottenburg 10.—, Handels- u. Transportarb., Rajshin-
Kassier 20.—, G. A. 2., Arndstr. 24, 5.—, Stammtisch Salzfische 5,30.
Gejangs „Unverzagt“ (darunter amer. Ruff, 3,57) 13,57. Eisen-
schiller Berlin d. d. Obmann auf Ruff, 4. Rate 58,50. Fob-
giererei Brauer, Strauß, 5. Rate 29.—, Weber u. Co. 9,95.
Kaution Strauscher Wehnachts-Elgarren Fr. Schwabers Geburtstags, 9,10.
Berl. d. Angel. d. Berl. Cafes u. Schokoladenfabr. Rötter 6.—, Centr.-
Verb. d. Konditoren, Mitgliedsch. Berlin 3,05. J. Weidant 1.—, Alb.
Kraus, Kallhadenstr. 7,05. 6331 I. Wählr. 10,85. Arb. Niddelabrit d. Beso-
brandenburg, Gault 7.—, Aus d. Schneidenden Berl. Ressource, Kom-
mandantenstr., 14. 1. 04. d. B. Schmidt 109,12. Köhler Lese d. Friedrichs-
hagener „Armen Zeitsch.“ 20.—, Firma Balow 6,75. 111 392. Walter
v. Schneider u. Sohn, 4. Rate 7,20. 11 391 4,90. 11 393 6,50. 11 394 7,02.
11 395 6,25. Kautionfabr. Dohn u. Co., 4. Rate 19,30. Schlein u. Stefani
2. Rate 7,25. Tischlerei Sauerwein, 8. Rate 8,75. Etat-
u. Letterleub „Gammegrin“ 6,20. Aus Rindsdorf 1,20. Personal
Vag u. Garzel, 7. Rate 50.—, do. Buchdruckerei II, 2,55. Lotterleub
verein „Brüderchaft“ 3.—, Graveure v. Daniel 3,50. Wite 11467 6.—,
Verb. d. Zimmerer, Bez. 7, 4. Rate 11,60. Ueberich u. Bergin, d. Theater-
vereins „Gut Freund“ 63,25. Arb. v. Carol Weil 1,50. C. Vetterman,
Wilmstr., Ritterstraße, 2. Rate 4.—, Wite 6415, 1. Wählkreis 42,35. An-
tenarbeit v. Schäfer u. Walder, Banahl. 4,20. Tischlerei Berlich 3,20.
Stammgäste u. Forderung, Frankfurter Allee 50 19,85. 4. Kreis Dt. 6817.
Hülshend u. Kroll, Saal III 11,50. Bergin d. socialdemot. Wählvereins
Spandau 129,70. D. Berl. Ver. d. A. C. G., Adersstraße, Witen 1785 27,75.
8449 10,05. 8453 14,50. 8454 25,75. 8455 21,50. 8456 16,50. 8457 19,15.
8459 Rüller II, 4. Rate 29,65. 8460 23,70. 8461 23.—, 8462 23,55.
Verb. d. Schiffsverf. Kauti, Sivalan, 5. Rate 16,85. Von einigen aus dem
Reiche Duhde, Eblrien 4.—, Tischlerei v. Ritter d. Rauter, 3. Rate 6,75.
„Dumme Lotte“, 5. Rate 5.—, Bauhilfsverein Dante, Adolstr. 9,80. Arbeits-
lose Schlossergesellen 0,54. Langlehreverein „Solidarität“, 3. Rate 10.—,
Erste Rate vom Ueberich der Dohse: Crimmitschau unter
Belagerung z. Zustand“ durch Buchhandlung Vormärts 3500.—,
Wite 5913. Zmelter Kreis 15,80. H. D., Gummitreibl. Saal 22.
3. Rate 27,05. Textilarbeiter-Verband 120.—, Wählpollerei J. E. Waff
18,50. Gef. von Eblert 1,5. Amerik. Kaution eines kleinen Kautmacher 2.—,
Wite 6387 I. Wählr. 41,70. Arbeiter und Arbeiterinnen von Michaelis,
Oranienstraße 5,50. L. Wittmann, Bufareit 5.—, Sammlung bürgerlicher
Frauen durch A. E. 300.—, Arbeiter der neuen Berliner Genossenschafts-
Bühne 5, u. 6. Rate 25.—, Von Buchdruckern in Dogen, Trost (40 Kronen)
54,13. Frau Clara Gr., Grinauerstr. 40 5.—, Eduard Baron, Subapost
(24 Kronen) 20,49. C. A. 7. Rate 50.—, J. u. M. G., 6. Rate 50.—,
Handels- u. Transportarb.-Verband, Bez. 87 3.—,
Summa 6756,78 M., bereits quittiert 204 657,16 M., Gesamtsumme
211 413,94 M.

In Nr. 10 33. Zeile vor Schluss der Listung muß es statt „A. C. G.“
Gillssarbeiter“ heißen „Hilfsfabrik“.
Die von den Vertrauensleuten d. A. C. G. abgeliefert und in Nr. 302
vor 38. 1. Spalte quittierte Liste 1792 mit 20 M. ist bei Firma Kleber,
Beuthstraße, gesammelt.
Weitere Beiträge werden in unserem Bureau in der Zeit von 9—1 und
6—8 Uhr entgegengenommen. Gelder, welche mit der Post eingelangt
werden, sind an H. Körten, Engel-Str. 15, zu senden.
Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Soziales.

Das Ziel der Kertzebewegung.

In der neuesten Nummer der „Medizinischen Reform“ schreibt
Dr. Runter in Berlin über die Kertzebewegung. Er bezeichnet
dabei als das ihm sympathische Ziel der Kertzebewegung:

„Abkündigung aller ärztlichen Monopole in allen organisierten
Krankenkassen durch Einführung der organisierten freien Arztwahl.“

Das ist klar und einfach. Die Ueberfüllung des Berufs und
nicht die niedrige Bezahlung durch die Krankenkassen wird damit
als die Ursache der Kertzebewegung anerkannt und die Krankenkassen
sollen durch höhere Honorierung der Einzelleistungen die Mittel
schaffen, daß auch der zu großen Anzahl Kertze noch die Erzielenz
ermöglicht wird.

Wir sind jederzeit bereit, auch Krankenkassen gegenüber für die
Interessen der Kertze einzutreten, wenn sie nachweisen, daß die von
der Kasse gewährte Bezahlung für den vollbeschäftigten Arzt un-
genügend ist oder wenn sie ungehörig behandelt werden, aber wir
denken nicht daran, zur Befreiung der Notlage des ganzen Kertze-
standes auf dem Wege mitzuwirken, daß einfach die Ansprüche an
die Arbeiter-Krankenkassen erhöht werden.

In Köln finden gegenwärtig Verhandlungen statt, die von der
Aufsichtsbehörde veranlaßt worden sind. In der ersten Zusammen-
kunft der Kassenvertreter erklärten die Vertreter der Aufsichtsbehörde
ausdrücklich, daß sie nur zum Zwecke des Versuches einer friedlichen
Verhandlung eingriffen; den eingegangenen Beschwerden keinen Wert
beilegen, da man ihnen ansehe, wie sie zu Stande gekommen seien.
Die meisten der anwesenden Kassenvertreter erklärten, daß sie sehr
gern den Frieden mit den Kertzen wollten, aber die materiellen
Forderungen der Kertze seien unerfüllbar. Sie fordern neben freier

Arztwahl die Erhöhung des Kauflohn von 3 M. auf 5 M. bei dem
Ortslohn und auf 6 M. bei den Betriebskassen; bei Familien-
behandlung 15 M. bezw. 18 M. Es ist ganz klar, daß es den
Kassen unmöglich ist, solche plötzliche Vermehrung ihrer Ausgaben zu
tragen. — Die Verhandlungen werden durch eine Kommission
geführt.

Die Leipziger Ortsklasse hat an sämtliche Ärzte Deutsch-
lands folgendes Schreiben gerichtet:

Leipzig, 11. Januar 1904. Sehr geehrter Herr Doktor! Wie
Ihnen nicht unbekannt geblieben sein wird, hat die Kertze der
hiesigen Kassenärzte ihre Verträge für den 31. März l. J. gelündigt
und zwar, weil der ergebnis unterzeichnete Kassenvorstand nach
pflichtmäßigen Ermessen sich nicht in der Lage befindet, die
Forderung der freien Arztwahl zuzustimmen, und weil er
über sein, den Kassenärzten freiwillig gemachtes Angebot,
das Arzthonorar um 22 Prozent zu erhöhen, nicht hinaus-
zugehen vermag. Der ergebnis unterzeichnete Kassenvorstand
sicht sich deshalb nach Lage der Dinge, und zwar unter dem Schutze
der Behörden, veranlaßt, zu dem System der selbstbestimmten Kassen-
ärzte überzugehen und zu diesem Zwecke mit anderen Herren Ärzten
in Verbindung zu treten. Vorbehaltlich endgültiger Festsetzung sind
folgende Bedingungen in Aussicht genommen: 1. Das garantierte
vertragsmäßige Mindesteinkommen beträgt 6000 M. pro Jahr; der
Vertrag wird auf eine beiderseits zu vereinbarenden Reihe von
Jahren abgeschlossen. 2. Die Ausübung des betreffenden Platzes
nach Niederlassung bleibt vorbehalten, doch werden etwaige Wünsche
nach Möglichkeit berücksichtigt. 3. Umzugskosten werden zu einem
Teile vergütet. 4. Die Ausübung der Privatpraxis ist gestattet.
Die unterzeichnete Kasse zählt gegenwärtig 138 000 Mitglieder und
hat die Familienversicherung seit dem Jahre 1884 eingeführt. Sollten
Sie, geehrter Herr Doktor, auf eine solche Kassenarztsstelle reflektieren,
so wollen Sie sich fremdbiligt recht bald mit uns in Verbindung
setzen. Discrete Behandlung dieser Angelegenheit wird gern zu-
gesichert. Hochachtungsvoll Der Vorstand der Orts-Klassenklasse für
Leipzig und Umgegend, Dr. Wilmar Schwabe, Vorsitzender.

Der Kertzeverein bezeugt das garantierte Mindesteinkommen
von 6000 M. als zu dürftig.

Wegen schwindelhafte Bauunternehmer wird im Bereiche der
preussischen Staatsverwaltung jetzt scharfer vorgegangen. Der
Minister für öffentliche Arbeiten hatte vor einigen Monaten an die
ihm unterliegenden Behörden einen Erlaß gerichtet, worin er darauf
hinwies, daß Unternehmer von Staatsbauten die Arbeiter und Hand-
werker vielfach dadurch um ihren Lohn prellen, daß sie die Forderungen
aus dem Verträge mit der Staatsverwaltung an Lieferanten und
Gewerber abtreten. In den bisherigen Verträgen hatte sich die
Staatsverwaltung nur in sehr beschränktem Maße der Interessen
der Arbeiter und Handwerker in diesem Punkte angenommen, indem
sie sich die direkte Bezahlung derselben nur für den Fall vorbehalten
hatte, daß das angemessene Fortschreiten der Arbeiten oder Lieferun-
gen infolge der Nichtbefriedigung der Arbeiter und Handwerker
in Frage gestellt wurde.

Jetzt ist jedoch die entsprechende Vorschrift der allgemeinen
Vertragsbedingungen für die Ausführung von Staatsbauten scharfer
gefaßt worden; sie hat nun folgenden Wortlaut:

„Der Unternehmer hat der Verwaltung über die mit Hand-
werkern und Arbeitern wegen der Ausführung der Arbeiten und
Lieferungen abgeschlossenen Verträge und deren Erfüllung jederzeit
auf Erfordern Auskunft zu erteilen. Die Verwaltung kann die
Leistung einer Abschlagszahlung oder der Schlusszahlung verweigern,
bis eine ihr genügende Auskunft vorliegt.“

Sollte der Unternehmer die ihm aus den Verträgen mit seinen
Handwerkern und Arbeitern obliegenden Verpflichtungen nicht oder
nicht pünktlich erfüllen, so bleibt der Verwaltung das Recht vor-
behalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen
Rechnung aus seinem Guthaben oder der gestellten Sicherheit un-
mittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die
hierzu erforderlichen Lohnlisten und sonstigen Unterlagen der Ver-
waltung zur Verfügung zu stellen, auf Erfordern auch eine Er-
klärung abzugeben, ob und inwiefern er die Ansprüche der Hand-
werker und Arbeiter als begründet anerkennt. Weht die Erklärung
nicht in der bestimmten Frist ein, so kann der Unternehmer Ein-
wendungen gegen die Ansprüche der Verwaltung gegenüber nicht
geltend machen.“

Diesem Vorgehen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten
hat sich jetzt auch das Handelsministerium angeschlossen.

Wann ist Schulverhältnis strafbar?

Eine wichtige Rechtsfrage betreffend das Verhältnis der „ge-
nügigen Entschuldigung“ zur Schulveräußerung hatte das Kammer-
gericht zu entscheiden. Es handelte sich darum, ob eine nicht ent-
schuldigte, aber an sich entschuldigte Schulveräußerung
überhaupt strafbar ist. Wie die entsprechenden Polizei-
verordnungen aller Bezirksregierungen Preußens, bedroht auch die am
21. Dezember 1895 für den Regierungsbezirk Arnberg erlassene Schul-
Polizeiverordnung die Eltern, Vormünder u. mit Strafe, die ihre
Kinder bezw. die ihres Pflege besohlenen Kinder, ohne genügende Ent-
schuldigung die Schule veräußern lassen“. Auf Grund dieser Ver-
ordnung wurde Herr M. aus Hagen mit einer Geldstrafe von
1,25 M. belegt, weil seine Tochter an anderthalb Schuljahren die
Schule veräußert und er sie nicht entschuldigt hatte. M. beantragte
richterliche Entscheidung und machte nunmehr geltend, seine Tochter
habe die Schule nicht besuchen können, weil ihr einziges Paar Stiefel
so lange beim Schuhmacher gewesen sei. Dieser habe die notwendige
Reparatur nicht gleich gemacht, und Angeklagter, der mittellos
gewesen sei, habe andre Schuhe nicht beschaffen können. Seine Be-
hauptungen wies er vor Gericht nach. Er wurde darauf frei-
gesprochen und das Landgericht Hagen verwarf die Berufung des
Staatsanwalts und führte aus, die Bestimmung über die
Strafbarkeit der Schulveräußerung ohne genügende „Ent-
schuldigung“ müsse so ausgelegt werden, daß nur strafbar sei,
der seine Kinder ohne genügenden „Grund“ die Schule veräußern
lasse, ganz gleich, ob er der Schulbehörde gegenüber die Veräußerung
selber entschuldigt habe. Ein genügender Grund sei aber hier er-
wiesen. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und auch der
Oberstaatsanwalt am Kammergericht bekämpfte den Standpunkt des
Landgerichts. Eine genügende Entschuldigung müßte vorliegen, und
dazu gehöre auch das rechtzeitige Vorbringen, nämlich der Schule
gegenüber.

Der Strafenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision
der Staatsanwaltschaft und führte aus: Den Standpunkt der Staats-
anwaltschaft habe der Senat früher vertreten, er vertrete ihn aber
nicht mehr. Die Grundlage solcher Schulverordnungen, wie der hier
angezogenen bilde § 48 II 19 des Allgemeinen Landrechts. Nur
so weit, als es hier erlaubt sei, könnten Eltern, Vormünder u.
bestraft werden auf Grund von Polizeiverordnungen. Danach
solle aber die Obrigkeit darauf sehen, daß die Eltern u. die Kinder
zum regelmäßigen Schulbesuch anhalten. Es sollten also durch
Strafen nur die nachlässigen Inhaber der elterlichen Gewalt ge-
troffen werden. Danach sei es unzulässig, die an sich entschuldigte,
aber nicht entschuldigte Schulveräußerung zu bestrafen. Strafbar sei
ein Vater, der nachlässig sei, aber die Veräußerung entschuldigt,
nicht bestraft werden könne der Vater, der eine Schulveräußerung nicht ent-
schuldigt, für welche ein wirklicher Grund vorlag. M. sei mit Recht
freigesprochen worden, wenn er seinen „wirklichen“ Grund auch erst
im Gerichtsverfahren geltend machte.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz. In Genf soll es 800 Arbeitslose
geben, zu deren Unterstützung ein Komitee aus Männern aller Par-
teien gebildet wurde.

Keine staatliche Unterstützung des Arbeitersekretariats in Basel.
Der Basler Arbeiterbund hatte die Regierung um Unterstützung des
Arbeitersekretariats ersucht, die sie unter der Bedingung einer weit-
gehenden Kontrolle und der Wahl des Arbeitersekretärs durch Dele-
gierte aller Arbeiterorganisationen (also auch der katholischen und
evangelischen Arbeiter-Vereine usw.) gewähren wollte. Nach dem
Grundlage „eine demokratische Rechte gegen materielle Vorteile“
berzichtigte der Arbeiterbund auf die Forderungen der Regierung.

Erster Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Dräfers Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Zur Eröffnung des preussischen Landtages. Referent: Genosse Dr. Leo Arons. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Osten).

Montag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, in der „Urania“, Bräugelstr. 10:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Singer über: „Nächste auf das Jahr 1903“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. 242/3 Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (O.).

Dienstag, den 19. Januar 1904, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes: Es scheiden aus der erste Vorsitzende, der erste Schriftführer, der erste Kassierer und der Beisitzer. 3. Wahl der Revisor. 4. Vortrag des Stadtm. Hugo Heimann über: „Rückblick auf das Wahljahr 1903“. 5. Diskussion. — Mitgliederbuch legitimiert.
Um zahlreichen Besuch ersucht 242/4 Der Vorstand.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 17. Januar 1904, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Karl Wiesenhal: „Warum wird die Socialdemokratie siegen?“ 2. Diskussion.
Nachher: Gemütliches Beisammensein.
219/3 Der Vertrauensmann.

VI. Wahlkreis.

(Schönhauser Vorstadt.)

Sonntag, den 17. Januar 1904, abends 5 Uhr, im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Zweiter Vortrag des Genossen Bartels über: „Karl Marx' ökonomische Lehren“. 2. Diskussion.
Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein. Zu zahlreichen Besuch dieser Versammlung ladet ein Der Vertrauensmann.

Musikinstrumenten-Arbeiter-Fachverein.

Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Rannistr. 27:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von der Urania-Vorstellung und vom Weihnachtsgelangen. 2. Abrechnung vom IV. Quartal. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Bekanntgabe der im letzten Quartal aufgenommenen Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten.
Zur Beachtung! In der Versammlung gelangt der Jahresbericht für 1903 zur Ausgabe. Jedes Mitglied muß erscheinen. Mitgliederbuch legitimiert.
Den Kollegen im Norden zur Kenntnis, daß im Restaurant Beyer, Schönhauser Allee 33, eine Zahlstelle eingerichtet ist.

Sonnabend, den 13. Februar: Schnegelbergs Festsäle, Joh. Wilh. Noack, Hasenheide 21, Ede Zahnstraße.

In allen Sälen

Grosser Wiener Maskenball

Billet 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Billets sind in der Versammlung, in den Zahlstellen und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. 141/1

Der Vorstand.

Berliner Konsum-Verein

Abteilung III, Moabit.

Mittwoch, den 27. Januar 1904:

Kunst-Abend

im großen Saale der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49, unter Leitung des Herrn Dr. Max Alberty und Mitwirkung mit erstklassiger Orchester (Gesang, Geige, Cello und Violation).
Anfang präcise 9 Uhr abends. Billets 40 Pf. Programm und Text gratis.
Rauchen nicht gestattet!

Mittwoch, den 20. Januar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Abteilungs-Versammlung

in Ahrens' Brauerei, Turmstraße (kleiner Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Neuwahl der Abteilungsleitung. 5. Verschiedenes.
Um recht zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Die Abteilungsleitung. 105/9

Um recht zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Die Abteilungsleitung. 100/2

NB. Der diesjährige Maskenball findet am 20. Februar im „Schweizergarten“ statt. — Billets a 50 Pf. sind im Bureau, in den Zahlstellen und bei den Vertrauensleuten zu haben.

Verein deutscher Schuhmacher.

Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 12:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht für das 4. Quartal 1903. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Bericht und Neuwahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Wahl von vier Delegierten zum Heimarbeiterschuß-Kongress. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliederbuch und Lokalfaxe sind am Eingange vorzulegen.
Die Ortsverwaltung. 100/2

NB. Der diesjährige Maskenball findet am 20. Februar im „Schweizergarten“ statt. — Billets a 50 Pf. sind im Bureau, in den Zahlstellen und bei den Vertrauensleuten zu haben.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Eiskeller, Chausseestr. 88:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Alberty über: „Der Socialismus in Rußland“. 2. Diskussion. 3. Antrag des Genossen Marx. Zahlreichen Besuch erwartet

Achtung! Frauen! Männer!

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokal des Herrn Klie m, Hasenheide, großer Saal.

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Arthur Stadthagen über: „Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst.“

Genossen, sorgt dafür, daß auch eure weiblichen Angehörigen diese Versammlung zahlreich besuchen. 1/1

Die Vertrauenspersonen der Frauen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). — Fernspr.: Amt 4, 3578

Heute, Sonntag, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sociale Dichtungen.

Anfang 6 Uhr. Billet 50 Pf.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal V):

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Branchen-Kommission. 2. Diskussion und Neuwahl der Kommission. 3. Verschiedenes.
NB. Die Kollegen werden ersucht, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu agitieren. — Desgleichen machen wir die Kollegen auf die Verbands-Bibliothek aufmerksam, es sind in letzter Zeit wieder eine Anzahl neuer Fachschriften angeschafft worden. 77/17

Die Branchen-Kommission.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Heute, Sonntagvormittag 10 Uhr, finden in sämtlichen Bezirken die

Bezirks-Sitzungen

statt. Montagabend 7 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 10a:

Kommissions-Sitzung.

Der Obmann.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal V):

Branchen-Versammlung

der Parkettleger

Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission vom 4. Quartal 1903. 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, da ihnen der Bericht der Kommission ein klares Bild über sämtliche Firmen geben wird. Der Obmann.

Kammmacher.

Dienstag, den 19. Januar, abends präc. 8 1/2 Uhr, bei F. Kienitz, Große Frankfurterstraße 133:

Branchen-Versammlung

der Kammmacher und aller in der Celluloid-Kaarschmuck-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Montag, den 18. Januar, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Jalousie-Arbeiter u. Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Hierzu sind sämtliche Arbeiter aller Branchen der Jalousien-Fabriken, auch Nichtmitglieder, eingeladen. Der Obmann.

Verband der Tapezierer (Filiale Berlin)

Engel-Ufer 15, Zimmer 33.
Fernsprechanschl.: Nummer 920 der Vermittlungsanstalt Nr. 4.
Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Mitgliederbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. 177/1

Rixdorf!

Dienstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstraße 151/152:

General-Versammlung

der Zahlstelle Rixdorf des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom vierten Quartal. 2. Bericht der Ortsverwaltung. 3. Neuwahl derselben. 4. Verbandsangelegenheiten.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 77/16
Ohne Mitgliederbuch kein Eintritt! Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler.

Die Mitglieder obiger Kasse werden zu der am Dienstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18 c, stattfindenden

General-Versammlung

ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die vom Vizepräsidenten genehmigten Statuten. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. 998/8

Berlin, den 16. Januar 1904.
Der Vorstand.
G. Kneiff, Vorsitzender.

Frauen-Begräbniskasse

d. Schriftgeisser-Gehilfen zu Berlin.

Dienstag, d. 2. Februar, abends 6 Uhr, bei Zimmermann, Wilhelmstr. 2,

General-Versammlung.

Cigarren-Fabrikanten,

welche Verbindung mit erstklassiger Bremer Robtabakfirma suchen, be-lieben Anfragen einzureichen: O. S Expedition des „Vormärts“. 10175

Töpfer-Träger Berlins und Umgegend!

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin und Umgegend.)

Dienstag, den 19. Januar 1904, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57:

Gruppen-Versammlung der Töpfer-Träger.

Tages-Ordnung:
1. Die Verhandlung mit dem Ammungs-Vorstand und das Ergebnis derselben. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 185/2
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Sterbekasse ehemals Pflugscher Arbeiter

(Hebelsche Kasse).

Sonntag, 24. Januar 1904, vorm. 10 Uhr, in Wilkes Saal (früher Rümmer), Brunnentstr. 188:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Protokolls der Generalversammlung vom 26. Juli 1903. 2. Kassenbericht des Kassierers pro 1903 und Bericht der Revisoren. 3. Beratung über event. Erhöhung des Sterbegeldes (8 1/2). 4. Verschiedene Stellenangelegenheiten. 5. Wahl des 2. Vorsitzenden und des 1. Schriftführers. 6. Wahl von 3 Revisoren. 10148
Mitgliederbuch legitimiert. Der Vorstand. V. v. Otto Winkler.

Bildhauer!

Dienstag, den 19. Januar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Bereins-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Stellungnahme zu dem Artikel: „Berufsethre und Charakter“. 3. Modelleur-Angelegenheiten: Wie stellen sich die Modelleure zu der in Aussicht genommenen Einstufungs-Angelegenheit. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der speziell für die Modelleurbranche wichtigen Tages-Ordnung mache ich jeder Modelleur, Antragser sowie Gespölsdruher zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. 20/3
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Voran“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 24. Januar 1904, nachmittags präc. 6 Uhr:

Gründliche General-Versammlung

im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57.

Tagesordnung:
1. Protokollüberlesen. 2. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 3. Vorlegung der Bilanz und Genehmigung derselben. 4. Ergänzung des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand. 105/8
Paul Liere, Otto Kranz.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Sektion der Gips- und Cementbranche. Gruppe: Rabitzputzer.

Mittwoch, den 20. Januar 1904, abends 8 Uhr, in den Arminshallen, Kommandanten-Strasse 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes. 136/8
Der Vorstand.

Schöneberg.

Socialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im Obfischen Lokale, Weiningerstraße 8:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zabel: „Rückblick und Ausblick“. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Vereinsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Zu recht zahlreichem und pünktlichem Erscheinen ladet ein Der Vorstand. 15/1

Naturheilk. Reform. Helland. Köpcke-Str. 72. Sprechst. 11-2, 6-8.

Männer-Vortrag

morgen Montag, Roabiter Casino, Wilbrandstr. 63,

Dienstag, 19. Januar, Alexanderstr. 27 c, Englischer Garten, nur für Frauen. Freitag, 22. Januar, Kommandantenstr. 20, Arminshallen, für Männer über: Verhütung und Heilung von Frauenleiden, erklärt an Lichtbildern. Ref.: prof. Naturheilk. Grundmann. Entr. 20 Pf. u. Zeitf. Abends 8 1/2.

Grösstes Maskenverleih-Institut W. Gerloff,

Neue Rosstr. 14, empfiehlt reiche Auswahl Damen- und Herren-Kostüme. Größere Posten gebe in Kommission. Aufträge nach auswärts werden prompt effektiert.

In den Gemeindevahlen in den Vororten.

Parteilosen! Versäumt nicht, die bis zum 30. Januar ausliegenden Wählerlisten nachzusehen oder sie durch die bekannt gegebenen Personen einsehen zu lassen. Die Wählerlisten liegen aus:

In Adlershof von 8 bis 3 Uhr im Gemeindebureau. Folgende Genossen sind bereit, die Listen für andre einzusehen: August Beck, Hadenbergstr. 29; Hermann Hildebrandt, Schloßstr. 14; Verthold Löwenthal, Hadenbergstr. 3; Paul Schmidt, Wisnarestr. 7, 2 Tr.; Gust. Tempel, Kronprinzengr. 6; Ernst Loh, Wisnarestr. 10.

In Grünau während der Amtsstunden sowie Sonntags von 10 bis 11 Uhr im Gemeindebureau.

In Nichtenberg von 8 bis 3 Uhr und Sonntags von 9 bis 12 Uhr im Rathaus, Dorfstraße, Zimmer 17. Wer keine Zeit hat, wende sich, mit Legitimation versehen, an eine der durch Plakate kenntlich gemachten Sammelstellen.

In Groß-Lichterfelde von 8 bis 3 Uhr auf dem Rathaus, in Pantow zu derselben Zeit auf dem Gemeindeamt.

Pantow: Im Rathaus, Zimmer 6, täglich 8—3 Uhr, Sonntags 9—1 Uhr.

Nieder-Schönhausen: Im Gemeindebureau wochentäglich 8—12, 2—5 Uhr.

Franz-Buchholz: Im Gemeindebureau wochentäglich 8—12, 2—5 Uhr.

In Ober-Schöneweide von 8 bis 8 Uhr auf dem Gemeindebureau. Wer keine Zeit hat, wende sich an Restaurateur Schäfer, Wilhelmminenhofstraße, oder an Restaurateur Kaufholt, Wilhelmminenhofstraße 18.

Kummelsburg: Im Gemeindebureau, Zimmer 26, täglich von 8—3 Uhr. Zur Einsichtnahme sind bereit: Otto John, Prinz Albertstr. 5a; Hugo Lindner, Türschmidtstr. 37; Voh, Kanistr. 47; Gust. Tempel, Alt-Vorhagen 56; Wenger, Neue Prinz Albertstr. 17; Karl Burgenger, Kanistr. 44.

In Steglitz im Rathaus, Zimmer 15, während der Dienststunden. Zur Einsichtnahme sind bereit: Günther, Elisen- und Albrechtstrassen-Ecke; Kramer, Marksteinstr. 1; Krüger, Heesestr. 1; Lauterbach, Herderstr. 5; Weg, Flora- und Dillstrassen-Ecke; Scheibach, Thonstr. 15a; Warendorf, Schloßstr. 117; Wolf, Schildhornstraße; außerdem für den Südend-Ortsteil A. Franz, Potsdamerstr. 9.

In Tempelhof während der Dienststunden im Gemeindebureau.

In Treptow-Baumgartenweg im Amtshaus, Neue Krug-Allee, Zimmer 6, von 8—3 Uhr, Sonntags von 9—10 Uhr.

In Weißensee im Verwaltungsgebäude, Albertstr. 6, Zimmer 15, wochentags von 8—3 Uhr. Wer verhindert ist, die Listen einzusehen, wende sich an die mit roten Plakaten versehenen Stellen.

In Wilmersdorf im Rathaus, Brandenburgische Straße, von 8 bis 3 Uhr. Zur Einsichtnahme sind bereit: Wilhelm Rudloff, Bruchsalstr. 13; Aug. Ratusch, Uhländstr. 71; Wilh. Ridel, Uhländstr. 113; Emil Witte, Berlinstr. 40; Emil Sella, Brandenburgische Straße 100; Wilh. Müller, Fischebener Straße 14; in Halensee Paul Hilpert, Aurfürstendam 126.

In Waidmannslust im Gemeindebureau während der Dienststunden. Wer selbst verhindert ist, nachzusehen, wende sich in Dalldorf an John Adam, Hauptstraße, oder an Bernhard Clausius, Oranienburgerstraße; in Borsigwalde an Paul Kienast, Schubertstr. 43, oder an Hermann Straube, Käufstr. 57; in Waidmannslust an Frh. Tessel, Wildhauer, oder an Ernst Hüto, Kapuzier, Waidmannstraße.

In Zehlendorf während der Amtsstunden Hauptstr. 88, Zimmer 4. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste sind sofort zu Protokoll zu geben!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste.

Berlin. Eine Anzahl Mitglieder der Freien Volksbühne sind zu einer Vorrede über die Bildung des gemischten Chores zum Dienstag, den 19. Januar, abends 9 Uhr, nach dem Saale des Fürstend. Frau, Rosenthalerstr. 33, eingeladen worden.

Wir machen die Eingeladenen darauf aufmerksam, daß obiges Lokal nicht in der Lokalliste aufgeführt ist, daher der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung steht.

Am Sonnabend, 6. Februar, veranstaltet der Männer-Vereinsverein „Fortuna“ einen Radtenniss in den Concordia-Festhallen, Andreasstr. 64. Sollten zu diesem Vergnügen Billets angeboten werden, so weise man dieselben zurück, da das Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung steht.

Tegel. Der Wandolinclub in Tegel feiert am Sonnabend, den 13. Februar, im „Seemannshaus“ sein Stiftungsfest.

Da dieses Lokal zu Versammlungen für die Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, so weise man die angebotenen Billets zurück und weide das Vergnügen aufs strengste. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet in Dräsel's Resthällen, Neue Friedrichstr. 35, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Dr. Leo Kron über „Die Gründung des preussischen Landtages“ spricht. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten zahlreichen Besuch. Die Vertrauensleute.

Der Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hält am Dienstag in den Andreas-Festhallen, Andreasstr. 21, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Revisoren. Ergänzungswahl des Vorstandes. Wahl der Revisoren. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Hugo Seimann über Rückblick auf das Wahljahr 1903.

Ober-Schöneweide. Morgen (Montag) abends 8 1/2 Uhr findet bei Kaufhold, Wilhelmminenhofstr. 18, eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Walter über: „Erstes und Letztes aus den Werken eines Volksdichters“ referieren wird.

Schöneberg. Dienstag, den 19., bei Döb, Weiningerstraße 8: Versammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Frh. Rubell: „Rückblick und Ausblick“. — Frauen als Gäste haben Zutritt.

Lichterberg. Dienstag findet bei Girsch, Frankfurter Chaussee 86, die Versammlung des Wahlvereins statt, in der außer einem Vortrag des Genossen Grempe Bericht aus der Gemeindevertretung auf der Tagesordnung steht.

Tegel. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die am Dienstagabend 8 Uhr bei Weermann tagende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht. Vortrag des Genossen Kampffmeyer über: „Die Befreiung des Menschen und der Socialismus“. Ferner stehen Massenbericht, Waifeier, Stiftungsfest und Gemeindevahlen auf der Tagesordnung.

Französisch-Buchholz. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet in Stänes Resthällen die regelmäßige Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: Vorlesung. Gäste willkommen.

Zossen. In der Versammlung des Wahlvereins am Mittwoch hält Genosse Dr. Alberty einen Vortrag über Socialismus in Ruhland.

In Wilmersdorf findet Dienstagabend Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen treffen sich abends 7 Uhr in folgenden Lokalen: Hilpert, Aurfürstendam 126; Ratusch, Uhländstr. 71, Witte, Berlinstr. 40, Rudloff, Bruchsalstr. 13. Donnerstagsabend ist bei Witte, Berlinstr. 40, eine Volksversammlung, in der die socialdemokratischen Gemeinde-Verordnungen über ihre Tätigkeit Bericht erstatten werden.

Friedman. Dienstag hält der Wahlverein bei Grube eine Versammlung ab, zu der Gäste Zutritt haben. Auf der Tagesordnung stehen: Die Gemeindevahlen sowie Berichterstattung von der Vorstandssitzung des Central-Wahlvereins.

Zehlendorf. Dienstagabend 8 Uhr findet die Mitglieder-Versammlung bei Giese, Teltowstr. 23, statt. Referent: Genosse Eward Buchs. Gäste willkommen.

Friedrichsfelde-Karlshorst-Wahlbezirk. Dienstagabend findet bei Haberland eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Die geschichtliche Entwicklung von Friedrichsfelde. Wahl eines Wahlkomitees für die Gemeindevahlen.

Der Wahlverein von Adlershof hält Donnerstagabend Punkt 8 1/2 Uhr bei Jodner in der Oppenstr. 56 seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Hildebrandt über die Gemeindevahl, Massenbericht, Delegiertenwahlen und Anträge zur Generalversammlung. Von heute (Sonntag) ab beginnt wieder das Einlesen der Beiträge durch den Hilfskassierer. Die Bibliothek ist außer an den Versammlungsabenden Sonntags vormittags von 11—12 Uhr geöffnet.

Lokales.

Socialdemokratie und Alkohol.

Am Donnerstag voriger Woche widmeten wir der Abstinenzbewegung in der Arbeiterschaft einige teilnehmende Worte. Dieser Artikel wird jetzt von dem Organ der deutschen Judenbarone, der „Rein-Best. Jg.“ aufgegriffen, um die landesüblichen Thorheiten und Verächtigungen gegen die Socialdemokratie anzukramen. Zeitmotiv des nationalliberalen Aufwalses ist die These: Die socialdemokratische Parteileitung kämpft nicht gegen den Alkohol, sondern sie steht im Gegenteil gern, wenn die Arbeiter sich besaufen, weil der Branntwein die socialdemokratischen Parteizwecke fördert. Mit demselben Recht kann man zwar auch behaupten, daß die Socialdemokratie am Import des Kartoffelalkohols ein Interesse habe; aber der Ordnungskampf gegen den Unkraut ist etwas so Erhabenes, daß er des Hilfsmittels der Bahrhaftigkeit getrost entzaten kann.

Dann kommt bei der Verächtlichmachung noch ein Taschenspieler-Kunststück in Betracht. Man schüttelt die Abstinenzbewegung und Enthaltensbewegung alle Augenblicke durcheinander und behauptet dann von neuem, daß die Socialdemokratie des Jufels zur Ausmalung ihres Zukunftsstaates bedürfe, weil sie weder im Parteiprogramm, noch sonstwie die völlige Abstinenz als Postulat aufgestellt habe. Daß keine einzige andre Partei ihre Mitglieder auf die Enthaltensbewegung des geistigen Getränkes verpflichtet, thut nichts zur Sache; verlangt ein Votum von der Socialdemokratie die Eigenschaften der Madame Lenormand, so darf das Organ der Grubenbarone es untrer Partei auch zum Vorturf machen, daß der dritte Teil des deutschen Volkes noch nicht zur Abstinenz befehrt ist.

Aber noch ein anderer mit dem zuerst angeführten zusammenhängender Grund hält nach der Behauptung der Schamacher die Socialdemokratie von der Bekämpfung des Alkohols ab. Danach braucht die Socialdemokratie die „Partei-budiker“ für ihre Zwecke, denn diese, so heißt es, sind die wichtigsten Vertrauenspersonen und es ist daher kein Wunder, wenn die Parteileitung alles vermeidet, diesen so nötigen und nützlichen Genossen das Dasein zu erschweren. Das ist zwar Blech. Andererseits, wenn die Unwahrheit des Schamacher'schen Wahrsinns wäre, stünde dem Parteibudiker nichts im Wege, statt der Alkoholika wie jetzt schon zum Teil Whisky, Kaffee und Limonade in den Versammlungen zu verfrachten. Aber auch diese Methode paßt so schön auf die socialdemokratische Waise und sie muß daher dem Ordnungstreuen erhalten bleiben.

Betrachten wir nun diesen Anshuldigungen gegenüber die Stellung, welche die Socialdemokratie, die moderne Arbeiterbewegung, bisher zur Alkoholfrage eingenommen hat, so ergibt sich, daß sie durch ihr Dasein an sich schon die Arbeiterschaft von alkoholischen Erzeugnissen abhält. Man denke doch einmal an die Trinkfitter, die vor dreißig, vierzig Jahren in Arbeiter- und Handwerkerkreisen gang und gäbe waren. Damals war der blaue Montag ein unbestrittenes Vorrecht der arbeitenden Bevölkerung und blutige Holzgerien auf den Wesselenherbergen wiederholten sich von Woche zu Woche. Eine nicht geringe Kategorie von Arbeitern gefiel sich zwei, drei Tage der Woche im „Durchbrennen“, um dann, wenn der letzte Groschen in Schnaps verthan war, durch ein bis in die Nacht währendes Schufens das Verlorene wieder einzubringen. Daß diese entsetzlichen Zustände allmählich ein Ende genommen haben, ist gewiß nicht allein, aber doch zu einem sehr beträchtlichen Teil ein Verdienst der modernen Arbeiterbewegung. Trunkenbolde mögen als arbeitsunfähige, nichtdurstig ihren Platz ausfüllen, in den Reihen gesellschaftlich und politisch organisierter Arbeiter haben sie keinen Platz. Sie sind ein Hindernis für die Erbringung besserer Leben- und Arbeitsbedingungen, da der Unternehmer mit Zug solcher Leute die wichtigsten Argumente entgegenhalten kann. Und schon aus diesem Grunde ist es selbstverständlich, daß die socialdemokratische Arbeiterschaft als Trägerin einer Kulturbewegung mit aller Macht die Mäßigkeit im Alkoholgenuß zu fördern hat. Andererseits steht fest, daß den Interessenten an der heutigen Ordnung der Dinge der Branntwein ein Bundesgenosse ist. Stets sind es die rückständigsten, in Arbeitsverdienst und Arbeitszeit am elendesten gestellten Arbeiter, die mit hungrigem Magen dem Schnaps fröhnen; und eine infame Heuschrecke ist es, wenn Kapitalisten über diese Armen die Kasse rumpfen und ihnen, am Ende eine Flasche Laubenheimer vor sich auf dem wohlbestellten Tisch, Enthaltensamkeit predigen.

Hat die socialdemokratische Arbeiterschaft an der Mäßigkeit im Alkoholgenuß mit ein überaus großes Interesse, so ist es ein andres Ding, ob sie sich der Enthaltensamkeitsbewegung mit Haut und Haar verschreiben, ob sie in ihren Reihen nur Leute dulden soll, die auf keinen Fall geistige Getränke anrühren. Im Vorbeigehen fällt uns ein, daß diese Frage schon nicht richtig gestellt ist. Auch unter den Temperenzlern giebt es zwei Richtungen. Als wir vor einiger Zeit ahnungslos dafür eintraten, daß in den Gastanstalten usw. den Arbeitern unentgeltlich Kaffee zur Verfügung gestellt werde, las ein Abstinenzblatt von der strikten Observanz und ernsthaft die Leviten. Wir wollten das Volk leiblich ruinieren oder ob wir nicht wußten, daß in Kaffee, Thee und ähnlichen Getränken starke Gifte verborgen seien? Aber auch von der Förderung solcher Thorheiten ganz abgesehen, wäre die Verpflichtung zur völligen Enthaltensamkeit von geistigen Getränken für uns ebenso ein Unbding wie für eine der christlichen Kirchen. Wohl unterliegen wir gern die Enthaltensamkeitsbewegung unter der

Arbeiterschaft, weil sie eine wirksame Reaktion gegen die Schnapspest ist, aber ins Parteiprogramm gehört die Verpflichtung zur Abstinenz nicht hinein. Bei der Förderung unserer Ziele ziehen wir die Macht der Dinge in Betracht und verfahren läßt realistisch. Der uns jetzt zu Unrecht gemachte Vorwurf, daß wir einem Volkensackdickheim nachgäben und Heuschrecke trieben, könnte uns dann mit gutem Grund von denen gemacht werden, für die heute selbst das Dichterwort noch zu gut ist:

Ich weiß wohl, sie trinken heimlich Wein Und predigen öffentlich Wasser.

Heuschrecke ist immerhin eine Konfession an die Tugend. Unvergleichlich aber handeln die Ordnungshüter, die, hinter dem vollen Weinlaß sitzend, es der Socialdemokratie zum Vorturf machen, daß sie nicht Wasser predigt!

Gegen die Erhöhung der Hundsteuer. Auch die zweite Parteiverammlung, die für Freitag von den Bezirken für Tiergärt bezw. für Hundezucht und Hundeliebhaberei einberufen war, um gegen die geplante Erhöhung der Hundsteuer Einspruch zu erheben, war recht gut besucht und endete mit der einstimmigen Annahme der an die städtischen Behörden zu richtenden Eingabe. Das einleitende Referat hatten diesmal der Arzt Dr. Girschfeld und der Rechtsanwalt Wahn übernommen. In der Diskussion wurde verlangt, daß man den städtischen Behörden gegenüber einen schärferen Ton anschlägt, doch begnügte man sich schließlich mit dem höflicheren Wortlaut der bereits gedruckten Eingabe, die auch schon zahlreiche Unterschriften gesunden hat. Letzt kräftiger und darüber äußerte sich freilich in der Versammlung die Erregung der Hundebesitzer und Hundefreunde.

Beim Berliner Gewerbegericht, Zimmerstraße 90/91, werden Klagen nicht nur täglich in den Geschäftsstunden (9 bis 3 Uhr), sondern außerdem noch jeden Montagabend von 6—1/2 Uhr unentgeltlich aufgenommen.

Polizeiverordnung zu Gunsten der Radfahrer. Der Entwurf einer Polizeiverordnung betreffend die Aufhebung des Radfahrverbotes für gewisse Straßen ist, wie verlautet, dem Magistrat nunmehr zugegangen. Seit Jahren war es den Radfahrern bekanntlich unterlagt, eine ganze Reihe von Straßen zu befahren bezw. sogar zu kreuzen! In den letzteren gehörten namentlich die Straße Unter den Linden, die obere Friedrichstraße, die Spandauerstraße, des Aurfürstendamms, der unteren Potsdamer, der Spandauerstraße u. c. Damit war indes das Verzeichnis der verbotenen Straßen noch nicht erschöpft. Unsere Verkehrspolizei ist nun der Ansicht, daß die Mehrzahl dieser Verbote für das leichte Radfahren heute nicht mehr aufrecht erhalten läßt, zumal in vielen anderen Großstädten aus der Freigabe aller Straßen keinesteils Mißstände erwachsen und die Radfahrer schon durch die Pflicht, eine Legitimation bei sich zu führen, den Führern anderer Verkehrsmittel (Wagen u. c.) gegenüber ungünstiger gestellt sind. Dazu kommt, daß das Zweiradfahren sehr abgenommen und das Publikum sich schon durch die Dreiradfahrer mehr an dies moderne Verkehrsmittel gewöhnt hat. Aus diesen Gründen glaubt die Behörde dem seit Jahren geäußerten Wunsch der Radfahrerverbände nachzugeben und jenes Verbot um wesentlichen aufheben zu müssen. Nach dem erwähnten Entwurf hießen den Radfahrern nur die folgenden Straßenzüge verschlossen: die Straße Unter den Linden einschließlich des Pariser Platzes und des Lustgartens, die Friedrichstraße von der Leipzigerstraße bis zum Stadthausplatz, Friedrichstraße, die Leipzigerstraße einschließlich des Spittelmarktens und des Potsdamer Platzes und die Potsdamerstraße vom Platz bis zur Potsdamer-Brücke. Aber auch dieses Verbot wird durch die Entschärfung noch gemildert, daß das Kreuzen der „Linden“, der Leipziger, Friedrich- und Potsdamerstraße auf den gesperrten Strecken gestattet sein soll. Damit werden die Radfahrer schon zufrieden sein!

Die Steuererheber Berlins haben nunmehr auch in einer Petition den Magistrat um Änderung der jetzigen Gehaltsliste ersucht. In der Petition u. d. ausgeführt, daß die Steuererheber im Gegensatz zu den anderen Beamten seit 30 Jahren keine Aufbesserung des Gehalts erfahren haben. Während sich das Gehalt des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters um je 6000 M., das des Kammerherrn um 3600 M. und das der sämtlichen andren Beamten ebenfalls merklich verbessert hat, haben sich nach der Petition die Einnahmen der Steuererheber verschlechtert. Früher betragen die eintägigen Bezüge ohne Einschränkung 1800 bis 2700 M., jetzt aber zerfallen sie in 1800—2200 Gehalt und 100 bis 700 M. in der eintägigen Funktionzulage. Rommel ist zwar das Einkommen heute um 200 M. höher; dafür aber sind die Nebeneinkünfte auf ein Minimum gesunken oder überhaupt in Fortfall gekommen. Weiter hat der Magistrat sich das Recht vorbehalten, die Steuererheber nach seinem Ermessen in die Stellung der Magistratsdiener zu versetzen. Dadurch ist es möglich, daß ihnen die Funktionzulage jederzeit entzogen werden kann. Sie verlangen daher, daß ihnen ein festes Gehalt mit einem Anfangssatz von 1800 M. und einem Höchstbetrage von 3600 M., außerdem vom Beginn der Beschäftigung als Steuererheber eine Stellungzulage von jährlich 300 M. gewährt werde.

Rieselfelder und Rieselfwärter. Aus den Kreisen der städtischen Rieselfwärter wird uns geschrieben: In dem Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Rieselfelder wird zum Schluß gesagt, daß sich der neue Landwirtschaftsdirektor Wadhaus ein großes Verdienst erwerben würde, wenn es ihm gelingen sollte, die Einnahmen aus den Gütern zu steigern. Hoffentlich geschieht dies nicht etwa, wie jetzt durch die Verwaltung von Falkenberg, auf Kosten der Arbeiter. Wiederholt ist von uns schon darauf hingewiesen worden, daß die Bezahlung der Wärter und Arbeiter sehr zu wünschen übrig läßt. Ein Tagelohn von 2,75 M. und ein Städtchen Land für Kartoffeln muß hinreichen, um die Bedürfnisse einer Familie zu beden. Der Administrator von Falkenberg hält eine solche Bezahlung aber noch für zu hoch und mutet den Leuten zu, bei einer Dienstzeit von 12 1/2 Stunden bei jehiger Jahreszeit für 2,50 M. zu arbeiten, während die Wärter in Walsdorf und Wlankensfelde nur 6 Stunden Dienst thun. Da ist es dann kein Wunder, wenn dieses Gut mit einem Ueberschuß von 118 890 M. an der Spitze der gewinnbringenden Güter steht. Es bleibt abzuwarten, ob der neue Direktor diesen unbilligen Zustand beseitigen wird, indem er neben der Erzielung von Ueberschüssen der sozialen Seite seines Wirkungsbereiches Rechnung trägt und die materielle Lage der Angestellten bessert. Bisher hat man es nicht für nötig gehalten, die bescheidenen Forderungen des Personals zu bewilligen oder den Leuten auch nur auf ihre Gesuche zu antworten.

Museums-Eröffnung. Das alte Wort von den Gegenständen, die sich berühren, ist gestern von neuem zur Wahrheit geworden. Zwei Paläste stehen sich in der Leipzigerstraße gegenüber, von denen der eine, das Warenhaus Wertheim, die modernste Neuzeit verkörpert, der andre hingegen vom Wanderer nicht ohne Schauer der Ehrfurcht betrachtet werden sollte, weil er eine ferne, ferne Vergangenheit uns lebend vorführt. Er birgt die kostspielige Sammlung lebender Dinosaurier in sich, die gestern wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Die Knochen des Instituts stellen sich auf 4 1/2 Millionen Mark, die innere Einrichtung kostet 1 Million Mark, die Objekte selbst, die es birgt und die in der Belegung der Ausstellungen die Subjekte fungieren, sind unbeschreiblich. Der offizielle Name des Museums ist „Herrnhäuser“; die Inschrift des Hauses, welche erst später angebracht wird, soll daher auch „Für Herrn“ lauten.

Härsorgeschänter. Freitagabend 7 Uhr sind aus dem Magdalenensystem in Teltow die seit über einem Jahre dort internierten

Mädchen Hedwig Müdenburg aus Sietlin, Marie Koberitz und Minna Jacobson aus Berlin entwichen. Alle drei waren, weil sie sich gut geführt hatten, in dem sogenannten Mutterhaus, wo sie einige Vergünstigungen genießen, untergebracht. Von hier entwichen sie und kamen in der Nacht nach Berlin. Zur sogenannten "Douloullenteller" von Hoffmann in der Weinmeisterstraße saßen die drei bis gestern morgens 4 Uhr in ihren Anstaltskleidern bei ihren "Freunden". Die Mädchen gaben an, daß sie geflohen seien, weil sie schlecht behandelt wurden und nicht satt zu essen hatten.

Zwei Kirchenräuber sind festgenommen worden. Der Polizei war mitgeteilt worden, daß man in einer Provinzstadt kurz vor und nach einem Kirchendiebstahl zwei Männer mit Knäsfäden gesehen hatte, die dann verschwinden waren. Man ermittelte in einem Gasthause im Osten der Stadt zwei Männer, die mit je einem Knäsfad, wie sie beschriebene wurden, eingetieft waren. Als die Beamten sich diese Leute etwas näher ansehen wollten, war der eine wieder weggegangen. Der andere hatte sich unter dem Namen Heinz in das Fremdenbuch eingetragen. Ihn entlarvte der Erkennungsdienst als den Scherenschnitzer Joh. Lehmann, einen wiederholt befristeten Einbrecher. In dem Knäsfad Lehmanns fand man das schönste Einbrecherwerkzeug, einen geladenen Revolver und verschiedene Kirchengerätschaften. Der eine Räuber ist O. Chr., der andere O. Carl genannt. Lehmann spielte sofort den wilden Mann, und in dieser Rolle verhielt er. Sein Helfer, ein gewisser Schme, lehnte nach einem Ausfluge ahnungslos in den Gasthof zurück und wurde von Beamten in Empfang genommen. Er ist ebenfalls schon wiederholt befristet.

Eine diebische Mieterin geht wieder um. Es ist eine junge Frau, die nach den ausgehängten Zetteln sieht und sich dann die Wohnung zeigen läßt. Bei der Befichtigung fällt ihr bald dieses oder jenes ins Auge. Sie lenkt die Aufmerksamkeit darauf und benützt die Gelegenheit, anderes heimlich in die Tasche zu stecken. In der Urbanstraße steht sie einer Frau, während diese auf ihre Veranlassung sich mit dem Hausverwalter besprach, aus der Stube das Portemonnaie und eine silberne Brosche. Sie hatte sich hier als die Frau eines Polizeibeamten vorgestellt. Die Brosche ist ein Lübecker Thaler von 1752 (48 Schilling) mit einem Doppeladler auf der einen und einem Wappen und der Aufschrift 1752 auf der anderen Seite. Die Diebin, vor der die Inhaber zu vermieternder Wohnungen gewarnt seien, ist etwa 22 Jahre alt, mittelgroß und sehr schlank, hat ein oboles Gesicht, große, dunkle Augen und blondes Haar und trug Pelzbaret, Ruff und Boa von schwarzer Farbe, einen dunklen Rock und einen halbblauen schwarzen Sacco.

Sam Tode gerettet wurden gestern Abend drei kleine Kinder, die von ihren Eltern unbeaufsichtigt in der Küche zurückgelassen worden waren. Hausbewohner bemerkten, wie aus einer verschlossenen Wohnung in der Schulstraße 7 Rauch hervordrang und benachrichtigten die Polizei und Feuerwehre. Noch vor Anbruch der Feuerwehre drangen Säuglinge, als sie hörten, daß Kinder sich in der Wohnung befinden sollten, ein und holten die Kleinen, die schon fest schliefen, aus der verqualmten Stube heraus. Dort hatten sich Kacheln vor der Kochmaschine entzündet. Nur durch das eingeschlossene Vorgehen sind die Kinder gerettet worden.

Zwei große Brände beschäftigten in der Nacht zu gestern die Feuerwehre in der Verlichingstraße, wo es erst kürzlich gebrannt hat, und am Elisabeth-Ufer. Nach Mitternacht wurde die Wehr alarmiert. Am Elisabeth-Ufer 59 stand die Bäckerei von Wädele in Flammen. Diese hatten schon eine große Ausdehnung erlangt. Es brannte die Bäckerei im Keller und im ersten Stock das Mehlager. Um das Feuer zu löschen, mußte die Wehr kräftig aus mehreren Schlauchleitungen Wasser geben. In der Verlichingstraße 14/15 stand ein Neubau in Flammen. Durch den herrschenden Sturm angefaßt, hatten die Flammen im Duergebäude die Zwischenbeden vom ersten bis vierten Stock ergriffen. Um die große Gefahr zu beseitigen, wurde mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfsprizen vorgegangen und es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Gestern Abend um 10 Uhr kam auf dem Hof des Deutschen Amerikanischen Theaters in der Köpplerstraße Feuer aus. Auf den ersten Alarm eilte die Theaterwache herbei und löschte die Flammen, die in einem Müllkasten ausgekommen waren.

Verbrannte Liebesbriefe. Sicher geborgen glaubte eine Frau J. in der Rigauerstraße ihre Schmuckstücke und ihr Geld, als sie in einem Holzständer im Helraum eines nicht gebrauchten Ofens ihrer Wohnung untergebracht hatte. Dieser Tage war nun eine bei Frau J. wohnende Dame über das Verhalten ihres Bräutigams deartig erbittert, daß sie im Juni ihre Liebesbriefe zusammenraffte, und sie in dem eigenartigen "Selbstmord" verbrannte. Erst gestern entdeckte Frau J. den Schaden, den ihr der Feuerstich der Liebesbriefe gebracht hatte. Das Schmuckstück war ein Ring der Flammen geworden. Außer andern Gegenständen fanden sich in der Asche die Lebersteine goldener, mit wertvollen Steinen besetzte Broden, Armbänder usw., sowie mehrere geschätzte 20 Markstücke. Drei Hundertmarkstücke, die Ersparnisse langjähriger Arbeit, waren gleichfalls verbrannt.

Wie die Wilden gehaut haben Einbrecher in der vorgestrigen Nacht in dem Konfektionsgeschäft von Cohn, Vahjir, B. und dabei Waren im Werte von 3500 R. gestohlen. Die Diebe drangen von dem Hinterhaus aus in eine leerstehende Wohnung des ersten Stocks und suchten zunächst zwei Türen zu eröffnen, die aus einer Stube nach dem angrenzenden Lagerraum der Konfektionsfirma führten. Sie gaben aber die Arbeit auf, als sie erkannten, daß die Thüröffnung ausgemauert war und sprengten die nach der Vordertreppe führende Thür der Wohnung. Dann versuchte die Bande, die mit Eisenblech beschlagene Thür des E. iden Lagerraums einzubringen und da auch das Sicherheitsblech Widerstand leistete, bohrten sie unter dem Schloß ein Loch, schoben dann ein Stenmeißen hinein und drückten den Schloßriegel zurück. Aus dem Lagerraum, sowie dem im Parterre gelegenen Laden eigneten sich die Diebe, die den gesamten wertvolleren Bestand an Wäusen und Paletots an, indem sie nur seidene oder auf Seide verarbeitete Waren ansahen. So fielen ihnen viele Kleidungsstücke im Gesamtwerte von über 3500 R. in die Hände. Dann rissen die Einbrecher Gegenstände, die sie nicht mitnahmen, von den Säubern und traten mit Füßen darauf herum, verunreinigten sämtliche Räume im Erdgeschoß und des ersten Stocks und beschnitzten auch vielfach Wäusen und Mäntel bis zur Unbrauchbarkeit. Der Schaden, den der Konfektionär dadurch erlitten hat, ist bedeutend. Von den Dieben, die ihre Beute nach außerhalb gebracht haben dürfen, fehlt bisher noch jede Spur.

Das Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34/36, veranstaltet in der kommenden Woche, abends 8 Uhr, folgende öffentliche Herren und Damen zugängliche Vorträge: Montag, den 18. Januar, spricht Vize-Admiral A. D. Freiherr von Kalkhahn über "Das Meer als Operationsfeld und als Kampffeld"; Dienstag, den 19., und Freitag, den 22., spricht Dr. L. Brühl über "Die Produkte des Meeres in der Wirtschaft des Menschen", mit Lichtbildern; Donnerstag, den 21., spricht Prof. Dr. Erich von Drygalski über "Die deutsche Südpolar-Expedition" mit Lichtbildern; Sonnabend, den 23., spricht Geheimrat Koser über "Der große Naturfürst und Friedrich der Große in ihrer Stellung zum Seehandel und zur Marine". Einlaßkarten sind wochentags von 12 bis 2 Uhr mittags und an den Vortragstagen selbst von 6 Uhr ab im Institut und von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins, Fernburgerstr. 35 I, erhältlich. Die Eintrittskarten zu den Vorträgen über "Die deutsche Südpolar-Expedition" sind bereits vergriffen.

Der dritte vollständige Vortragabend von Maria Holgers findet heute Sonntag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, SO., Engel-Ufer 15, statt. Zum Vortrag gelangen Dichtungen von Goethe, Ada Negri und Ernst Precajan. Als musikalische Mitwirkende sind Herr Jean El und Herr Minnie gewonnen. Herr Jean El wird die "Fantasia appassionata" (für Violine und Klavier) von Bizet spielen, Herr Minnie den "Zug der Jünger" von Grieg und "Frühlingsrauschen" von Schubert. Eintrittskarten zu 30 Pf., Garderobe eingeschlossen, bei Maria Holgers, W., Aurfürsten-

straße 111, III, im Gewerkschaftshause bei Hofsch und abends an der Kasse.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wir machen darauf aufmerksam, daß zu dem heute Abend in Kellers Festsaal stattfindenden Stiftungsfest auch Wäusen an der Kasse a 50 Pf. zu haben sind. Die Teilnehmer wollen frühzeitig erscheinen, um Störungen zu vermeiden. — Der Unterricht in Rede-Übung beginnt Freitag, den 22. Januar.

Aus den Nachbarorten.

Eine Anzahl Bons sind in einem Dororte gefunden worden. Der Verlierer wird ersucht, sich in der Redaktion unseres Blattes zu melden.

In Steglitz machen sich die Nachwehen der Landtagswahlen im Kriegerverein bemerkbar. Weil sie sozialdemokratisch gestimmt haben, sind fünf Männer aus dem Verein ausgeschlossen worden, darunter auch der Tambour des Vereins, der 27 Jahre Mitglied war. Dieser wollte in der Sitzung, in der sein Ausschluss verfügt wurde, noch das Wort zu einer Erklärung darüber versetzen haben, ob er von den Beiträgen, die er die 27 Jahre hindurch bezahlt habe, nichts herausbekäme. Der Vorsitzende, Redungsrat und Hauptmann A. D. Krause, bedeutete ihm aber, daß er den Saal zu verlassen habe. Dies Verhalten kennzeichnet den Geist der tapferen Krieger. Gerecht kann ein Sozialdemokrat ebenso wenig einem Kriegerverein wie einer andern politischen Organisation seiner Gegner beitreten. Etwas anders ist es aber um solche Personen, die als Mitglied eines Kriegervereins allmählich zur besseren, sozialdemokratischen Ueberzeugung gelangt sind und die der Verein dann, wenn sie offen ihrer besseren Ueberzeugung Ausdruck geben, durch Entziehung der Unterstufungen schädigt, auf die sie durch ihre Beitragsleistungen einen Anspruch erworben haben. Der Appetit kommt beim Essen, und so ist es denn kein Wunder, daß die Sozialistenvertreter auch solche Mitglieder aufs Korn nehmen, die gleichzeitig der Lichterfelder freien Hilfskasse angehören. Einige Krieger meinen, daß diese Krankenkasse aus Sozialdemokraten bestehe und man daher nicht gleichzeitig ihr und dem Verein als Mitglied angehören dürfe. Wenn unsere Gegner wieder einmal über den Terrorismus der Sozialdemokraten tommern sollten, ist es angebracht, ihnen mit einem Hinweis auf die Kriegervereine zu begegnen.

Gerichts-Zeitung.

Hinterwälderisches aus Berlins Umgebung. Die Sicherheitszustände am Spandauer Schifffahrtskanal lassen viel zu wünschen übrig, welches hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß jene Gegend des polizeilichen Schutzes entbehrt. Der dort an einer recht einsamen Stelle wohnende Schankwirt Dnd wurde am Abend des 6. Februar das Opfer eines rohen Ueberfalls. Er bemerkte gegen 10 Uhr, daß mehrere verdächtige Gestalten sein Haus umschwärzten. Bald darauf betreten auch mehrere derselben das Lokal. Einer der Männer verlangte von Dnd Schadensersatz, weil ihm seine Hofe von dessen Hund gerissen worden sei. Dnd erwiderte, daß er jetzt nicht in der Lage sei, die Verurteilung dieser Forderung zu prüfen, sie möchten am folgenden Vormittag wiederkommen. Nun war die Gelegenheit zum Ständemachen geboten. Es gelang dem Wirt und seinem Schwiegerohn mit Mühe, die Ruhestörer hinaus zu drängen. Diese eröffneten dann ein regelrechtes Steinbombardement gegen das Haus, alle Fensterheben wurden zertrümmert. Dabei riefen sie gefährliche Drohungen aus, einer rief: "Wir sind alle Jagdschüssler und wisst 21 Mann, heute muß die Vude noch in die Luft fliegen!" Ein Bewohner des ersten Stockwerks gab in seiner Angst zwei Gewehrshübe zum Fenster hinaus in die Luft ab, seine Hoffnung, dadurch Hilfe herbeizurufen, ging aber nicht in Erfüllung. Schließlich drang die Bande wieder ins Lokal, wo es zu einem ersten Handgemenge kam. Einer der Eindringlinge, der Tischler Karl Köhl, sah dabei wie toll mit einem Taschenmesser um sich. Nachdem die Bande wie die Banditen gehaut, entfernten sie sich. Es gelang, drei von den Rowdies zu ermitteln, den Tischler R ö h l, den Möbelpolier Georg Baum und den Arbeiter Gustav Kätsch. Köhl wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, während die beiden Mitangeklagten Baum und Kätsch mit je zwei Monaten Gefängnis davonkamen.

Vom Professor Dr. Moritz Weher. Vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II sollte gestern eine Privatklage verhandelt werden, in welcher das unter dem Verdacht der Hochverrats in Haft sitzende Prof. Dr. Moritz Weher'sche Ehepaar als Privatkläger auftraten sollte. Die Privatklage richtete sich gegen den Kaufmann Weher, der über die Kreditüberstellung seitens des Ehepaars Weher und das Treiben in deren Wohnung in der Partierstraße Andeutungen gemacht hat, durch die sich die Privatkläger beleidigt fühlen. In dem Termin sollte auch das Dienstmädchen des Prof. Weher geladen werden, welches bekanntlich vorübergehend auch in Haft genommen worden war. Die Ladung kam als unbestellbar zurück, da das Mädchen eben verhaftet worden war. Infolge dessen hat der Amtsrichter den Termin auf. Der Anwalt der Privatkläger, Rechtsanwält Hugo Caro, hatte noch gestern durch Rohrpost-Vertrag dafür gesorgt, daß das Mädchen zur Stelle war, inzwischen war aber die Mitteilung von der Aufhebung des Termins ergangen und es befehlt dabei sein Verwendung.

Wegen Zerschlagung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hatte sich gestern der Maurer Karl M o l d e n h a u e r vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Bei der Firma "Deutsche Steinindustrie" in der Rehterstraße war am 13. August vorigen Jahres wegen Lohnunterschieden ein Streit ausgebrochen. In einem Lokal beleidigte er den Werkmeister Schwarz und einen Arbeitwilligen. Der Angeklagte ist, wie Rechtsanwält Dr. Heinemann durch Jengen bemies, infolge eines vor 11 Jahren erlittenen Baunmfalls ein leicht erregbarer Mann. Der als Sachverständiger vernommene Prof. Dr. Sonnenfeld konnte begünstigen, daß der Angeklagte als geistig minderwertiger Mensch zu betrachten, aber doch für seine Handlungen verantwortlich sei. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aber mit Rücksicht auf das ärztliche Gutachten nur auf 14 Tage Gefängnis.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen Montagabend 9 Uhr nächste Übungsstunde in der Alilale Brunnensr. 154. Vortrag über Ertrinken, Ertrinken, verschiedene Formen der Bewußtlosigkeit. Nachher praktische Übungen. Neue Teilnehmer können in den Übungsstunden aufgenommen werden. Einmalige Teilnahme steht jedem als Gatt frei. Willkomm für Teilnehmer unentgeltlich. Einschreibebogen sowie Monatsbeitrag 25 Pf. Allgemein Kranke und Sterbende der Metallarbeiter (E. S. 29, Landstr.). Alilale Berlin 2. Mitglieder-Vermählung am Sonntag, 17. Januar, vorm. 10¹/₂ Uhr, im Märchen Hof, Admiralstr. 18c. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stagemeyer; Alters- und Invalidentage.

Vermischtes.

Ein Arzt als Mörder. Wegen Gattenmordes ist in Kerker der Arzt Dr. Braunstein aus Halle a. S. verhaftet worden. Dr. B. ein 45-jähriger Mann, zog im Jahre 1903 nach Halle a. S., wo er in der Buchererstraße eine Wohnung mietete, angeblich um an der dortigen Universität Vorlesungen zu hören. Bald darauf lernte er das 36 Jahre alte Fräulein Minna Wege kennen. Er bewarb sich um die Dame und wählte sie derart zu umgarnen, daß sie mit ihm die Ehe einging. Die Hochzeit wurde am 12. November vorigen Jahres in einem Hotel in Halle gefeiert. Nach Aufhebung der Tafel hatte Dr. B. nichts Eiligeres zu thun, als mit seiner jungen Frau und deren Vermögen die Stadt zu verlassen. Fräulein W. besaß 150 000 R., wovon 70 000 R. in Hypotheken fest angelegt, 80 000 R. aber leicht realisierbar waren. Mit 80 000 R. begab sich das neuvermählte Ehepaar auf die Hochzeitsreise; Fräulein W. war mit der Flüssigmachung der Summe einverstanden, weil Dr. B. mit ihr vereinbart hatte, sich nach der Rückkehr von der Reise in München

aussäßig zu machen und seine ärztliche Praxis aufzunehmen. Nach einiger Zeit erhielt die Cousine der jungen Frau von dieser eine Postkarte aus San Remo, worauf sie schrieb, daß sie sich sehr krank und elend fühlte; das Unwohlsein sei nach dem Genuß eines Beefsteaks eingetreten, und sie vermute, daß ihr Mann sie vergiftet habe. Durch ein anonymes Schreiben aus München erhielt die Cousine erst Nachricht, daß Frau Dr. B. in Italien gestorben und ihre Leiche im Krematorium zu Mailand verbrannt worden sei. Zustwischen war Dr. B. wieder in München eingetroffen, wo er mit einer zweifelhafte Person aus Halle a. S. in Saal und Braus lebte. Es wurde nunmehr gegen ihn Anzeige erstattet. Dr. B. hatte aber hiervon Wind bekommen, weshalb er schleunigst München verließ und nach Regvi flüchtete, wo jetzt seine Verhaftung erfolgt.

In Geseemünde hat ein steifer Westurm eine Sturmflut verursacht. Die See ist über ihre Ufer getreten. Der Wind hielt mittags noch mit voller Stärke an. Bei Hoya ist die Weser rapid gestiegen; der Wasserstand ist um einen Meter gewachsen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königliches Opernhaus. Geschlossen.
Königliches Schauspielhaus. Sonntag: Prinz Friedrich von Homburg. Montag: Das große Licht. Dienstag: Wenn wir allein. Die Romanzen. Mittwoch: Im stillen Götchen. Donnerstag: Romeo und Julia. Freitag: Nathan der Weise. Sonnabend: Läßige Schönheit. Die Schule der Ehre. Sonntag: Im stillen Götchen. Montag: Läßige Schönheit. Die Schule der Ehre.
Neues königl. Opern-Theater. Sonntag: Mignon. Montag: Die Wälschler von Nürnberg. Dienstag: Lindu. Mittwoch: Manon. Donnerstag: Areltag und Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Samson und Dalila. Montag: Geschlossen.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Sonntagnachmittag: Die Ehre. Sonntagabend: Die Stützen der Gesellschaft. Montag: Ein Duell. Ein Sonnenstrahl. Dienstag: Kollege Crampton. Mittwoch: Der Compadrona. Donnerstag: Ein Duell. Ein Sonnenstrahl. Freitag: Die Stützen der Gesellschaft. Sonnabend: Die Stützen der Gesellschaft. Sonntagnachmittag: Die Räuber. Sonntagabend: Was ihr wollt. Montag: Ein Duell. Ein Sonnenstrahl.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Sonntagnachmittag: Die Brut von Melina. Sonntagabend: Uriel Acosta. Montag: Wilhelm Tell. Dienstag: Uriel Acosta. Mittwoch: Kollege Crampton. Donnerstag, Freitag und Sonnabend: Uriel Acosta. Sonntagnachmittag: Kollege Crampton. Sonntagabend: Die Ehre. Montag: Uriel Acosta.
Deutsches Theater. Sonntagnachmittag: Der arme Heinrich. Montagabend: Novella d'Andrea. Dienstag: Novella d'Andrea. Mittwoch: Novella d'Andrea. Donnerstag: Novella d'Andrea. Freitag: Cyrano von Bergerac. Sonnabend: Novella d'Andrea. Sonntagnachmittag: Die Weber. Sonntagabend: Novella d'Andrea. Montag: Novella d'Andrea.
Berliner Theater. Sonntagnachmittag: Ein Wintermärchen. Sonntagabend: Maria Theresia. Montag: Alt-Heidelberg. Dienstag: Maria Theresia. Mittwoch: Alt-Heidelberg. Donnerstag und Freitag: Maria Theresia. Sonnabend: Hof von Verlichingen. Sonntagabend: Maria Theresia. Montag: Alt-Heidelberg.
Verling-Theater. Vom Sonntag, den 17. Januar bis Montag, den 23. Januar: Hapfenkreuz.
Neues Theater. Sonntag: Minna von Barnhelm. Montag: Logg des Herzogs. Salome. Dienstag: Der Strom. Mittwoch und Donnerstag: Minna von Barnhelm. Freitag: Logg des Herzogs. Salome. Sonnabend: Der Strom. Sonntag: Minna von Barnhelm. Montag: Der Strom.
Theater des Westens. Sonntagnachmittag: Martha. Sonntagabend: Die Hedermaus. Montag: Der Hedermaus. Dienstag: Goli Goli. Mittwoch: Die Hedermaus. Donnerstag: Martha. Freitag, Samstag und Sonnabend: Die schöne Helena. Sonntagnachmittag: Der Jockel. Sonntagabend: Die schöne Helena. Montag: Martha.
Luise-Theater. Sonntagnachmittag: Der Affenbäcker. Sonntagabend: Der Sohn der Bildnis. Montag: Der Affenbäcker. Dienstag: Einem von unterm Real. Mittwoch: Der Sohn der Bildnis. Donnerstag: Ethel. Freitag: Real. Sonnabend: Der Affenbäcker. Sonntagnachmittag: Der Affenbäcker. Sonntagabend: Real. Montag: Der Affenbäcker.
Reiters-Theater. Sonntagnachmittag: Seine Kammerjose. Sonntagabend: Der teufliche Galimur. Von Montag bis Sonntag: Der teufliche Galimur. Sonntag, den 21. Januar, nachm. 3 Uhr: Das beste Mittel. Montag: Der teufliche Galimur.
Kleines Theater. Sonntagnachmittag: Terentius-Plautus. Dienstag: Doppelgänger-Romdie. Mittwoch: Elektra. Donnerstag: Nachtbl. Freitag: Elektra. Sonnabend: Nachtbl. Sonntagnachmittag: Schöne Seelen. Sonntagabend: Terentius-Plautus. Montag: Elektra. Dienstag: Doppelgänger-Romdie.
Trianon-Theater. Vom Sonntag, den 17. Januar bis Sonnabend, den 23. Januar: Madame X. Sonntagnachmittag: Biscotte. Sonntagabend und Montag: Madame X.
Thalia-Theater. Sonntagnachmittag: Charles Fante. Sonntagabend: Der Hochmuth. Sonntagnachmittag: Charles Fante.
Central-Theater. Sonntagnachmittag: Die Hedermaus. Sonntagabend: Das Schwalbennest. Sonntagnachmittag: Das Schwalbennest. Sonntagabend: Das Schwalbennest. Montag: Das Schwalbennest. Dienstag: Das Schwalbennest. Mittwoch: Das Schwalbennest. Donnerstag: Das Schwalbennest. Freitag: Das Schwalbennest. Sonnabend: Das Schwalbennest. Sonntag: Das Schwalbennest.
Carl Weh-Theater. Sonntagnachmittag: Die Jungfrau von Orleans. Sonntagabend: Der Reineidauer. Montag: Die Jungfrau von Orleans. Dienstag: Der Reineidauer. Mittwoch: Die Kreuzelöhre. Donnerstag: Die Jungfrau von Orleans. Freitag: Bruder Martin. Sonnabendnachmittag: Die Hedermaus. Sonnabendabend: Der Reineidauer. Sonntagnachmittag: Die Schule des Lebens. Sonntagabend: Die Jungfrau von Orleans. Montag: Bruder Martin.
Deutsches-amerikanisches Theater. Abends: Ueber'n großen Teich.
Apoll-Theater. Sonntagnachmittag: Gendebell. Abends: Frühling. Sonntagnachmittag: Gendebell.
Metropol-Theater. Abends: Durchaus Kadetschen.
Capito-Theater. Sonntagnachmittag: Der verkaufte Sohn. Abends: Die einst im Mai. Die Bengel.
Strel-Theater. Amienstraße (Ude Friedrichstraße). Täglich: Der große Cohn und andre Sortage.
Passage-Theater. Täglich: Entführung.
Palast-Theater. Abends: Wäusche und Träume.
Wintergarten. Täglich: Spezialitäten.
Kronia-Theater. Laubstr. 48/49. Der Erdball als Träger des Lebens. Mittwoch, Donnerstag und Sonnabendnachmittag: In den Sem Ober-Italien.

Marktpreise von Berlin am 15. Januar 1904

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.				
*Weizen, gut D.-Gr.	16,25	16,80	7,00	5,50
" mittel	16,25	16,20	1,80	1,20
" gering	16,15	16,10	1,70	1,10
*Roggen, gut	12,85	12,84	1,00	1,00
" mittel	12,83	12,82	1,80	1,20
" gering	12,81	12,80	1,80	1,10
†Gerste, gut	14,00	12,90	2,60	2,00
" mittel	12,80	11,80	1,00	0,50
" gering	11,70	10,70	2,40	1,20
†Hafer, gut	15,50	14,60	2,80	1,40
" mittel	14,50	13,60	3,00	1,20
" gering	13,60	12,60	2,40	1,20
Nichtthod	3,82	3,50	1,80	0,80
Heu	7,20	4,80	3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	26,00		
Linse	60,00	30,00		

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 16. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. d. G.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. d. G.	
Emmende.	749	SW	5	5	Saparanda	782	NO	4	bedekt	-10
Hamburg	748	SW	3	1	Petersburg	746	SE	2	bedekt	1
Berlin	752	SW	3	0	Uerl	764	SW	4	heiter	3
Königsbr.	753	SW	3	bedekt	Aberdeen					
München	758	SW	3	bedekt	Paris	758	SW	3	Regen	3
Wien	761	SW	3	bedekt						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 17. Januar 1904. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Niederlagen und frischem westlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 17. Januar.
Freie Volkshöhne. Nachmittags 2 1/2 Uhr:
11/12. Abt.: Metrop. Theater: Mercabel.
1. Abt.: Leffing Theater: Der Weineidbauer.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Montag: Das große Licht.
Neues König. Opern-Theater. Wagnon.
Montag: Die Meisterfänger von Rürnberg.

Deutsches. Novella d'Andrea.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Der arme Heinrich.
Montag: Donna Sanna.
Berliner. Maria Theresia.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Ein Wintermärchen.

Montag: All-Edelberg.
Leffing. Janfentreich.
Montag: Die kleine Vorstellung.
Deutsches. Die Fiedermans.
Nachm. 3 Uhr: Martha.
Montag: Der Waffenschmied.
Neues. Minna von Barnhelm.

Montag: Salome. Vorher: Logis des Herzens.
Residens. Der letzte Gastmahl.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Central. Das Schwalbennest.
Nachm. 3 Uhr: Die Fiedermans.
Montag: Das Schwalbennest.

Thalia. Der Hochtourist.
Nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.
Montag: Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Berliner.
Nachm. 3 Uhr: Ein toller Einfall.
Montag: Der reichste Berliner.

Carl Weich. Weineidbauer.
Nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Montag: Die Leut von Oberammern.
Apollo. Frühlingluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht.
Montag: Nur eine Nacht.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater): Die Gäste der Gesellschaft.
Nachm. 3 Uhr: Die Öhre.
Montag: Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Uriel Acosta.
Nachm. 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Montag: Wilhelm Tell.
Luffen. Der Sohn der Wildnis.
Nachm. 3 Uhr: Der Affenbinder.
Montag: Der Weichenreifer.

Reines. Die Doppelgänger-Komödie.
Nachmittags 3 Uhr: Sechensinnus. Zwischenstücke. Liebesträume.
Montag: Elektra.
Tranon. Madame X.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Deutsches-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Casino. Wie einst im Mai. Die Wenzel.
Nachm. 4 Uhr: Der verlaufte Sohn.

Montag: Wie einst im Mai. Die Wenzel.
Winter-Garten. Diéro. Otto Reutter. Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Passage-Theater. Enthauptung. Spezialitäten. Anfang 3 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Der Erdball als Träger des Lebens.
Montag: Diefelbe Vortrag.

Im Hofaal abends 8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: Die astronomischen Ansichten der Alten und des Mittelalters bis auf Kopernikus.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Central-Theater. Heute nachmittags 3 Uhr halbe Preise: Die Fiedermans.
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß. Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest. Operette in 3 Akten v. R. Debois.
Morgen und folgende Tage abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

Luisen-Theater. Nachmittags 3 Uhr zu keinen Preisen: Der Aktienbukler.
Abends 8 Uhr:
Der Sohn der Wildnis. Montag: Der Weichenreifer.
Dienstag: Einer von unsrer Leut.
Mittwoch: Der Sohn der Wildnis.
Donnerstag: Diefelbe.
Freitag zum erstenmal: Frau.
Sonntag: Der Weichenreifer.

Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungsszene mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett. Wie damals im Monat Mal.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rechen überall gestattet.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Montag 8 Uhr: Dies. Vorstellung.
Hofaal 8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: Die astronomischen Ansichten der Alten und des Mittelalters bis auf Kopernikus.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen

Herkules-Brüder

Der Indianer-Riese
Hianko Karoo.

ALT-CHINA

Kunst-Ausstellung

Leipziger-STRASSE 12



Täglich geöffnet 10-8.
Heute Entree 50 Pf.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Salome. Logis des Herzens.

Minna von Barnhelm.

Anfang 8 Uhr!
Zum GASTSPIEL
AD. PHILIPP
Ueber'n

142. GROSSEN TEICH

Apollo-Theater.

Nachm. 3 Uhr, kleine Preise:
Gesinde-Ball
und die neuen glänzend. Spezialitäten.
Abends 7 1/2 Uhr:
Mit grossem Erfolg!
Frühlingluft
mit dem Ballett Blütenhochzeit.
Pomer: Martin Kettner mit neuen Schlegeln und die glänzendsten Spezialitäten.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag z. 100. Male: Frühlingluft.

Residenz-Theater

Direktion S. Lauenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachmittags 3 Uhr, bei beschränktem ermäßigten Preisen:
Liebesträume. X Familienidyll.
Kollegen.
Serenissimus-Zwischenspiele.
Abends 8 Uhr:
Die Doppelgänger-Komödie.
Morgen: Elektra.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Leffingstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: Die Wenzel
und das brillante Januar-Programm.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der verlaufte Sohn.

Madame X.

Anfang 8 Uhr.

Fröbel's Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebtesten Norddeutscher Sänger.
Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Entree 30 Pf. Sperrsch. 50 Pf.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Foen-Palast.
Heute nachmittags 3 Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung.
Halbe Kassenpr. Zum 2. u. letzten Mal:
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten (9 Bildern) von Raupach.
Heute abends 8 Uhr:
2. letzte Sonntag-Vorstellung von
Berlin, wie es weint und lacht.
Holtstadt mit Gesang in 9 Bildern
von Raupach. Musik von Comrad.
Aufzutreten erkrankter Spezialitäten.
Morgen Montagabend 8 1/2 Uhr:
Zum vorletzten Male:
Berlin, wie es weint und lacht.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.



Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Öhre.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Gerhart Hauptmann. Deutsch von Wilhelm Lange.
Montagabend 8 Uhr:
Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.
Dienstagabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion Jean Kran und Alfred Schönfeld.
Heute nachm. 3 1/2 Uhr bei H. Brechen:
Charleys Tante.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.
Sonntagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.
Montagabend 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Dienstagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Belle-Alliance-Theater. Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Direktion Jean Kran und Alfred Schönfeld.
Heute nachm. 3 Uhr bei H. Brechen:
Ein toller Einfall.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der reichste Berliner.
Grosse Ausstattungs-Posse in 4 Akten.

Cirkus Schumann.

Heute: 2 Vorstellungen 2. Nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:
Nachmittags 1 Kind frei, mehrere Kinder zahlen halbe Preise.
Nachmittags die beliebteste Pantomime **Pierrots Weihnachtsfest** mit dem Festumzug 6 Meter.
Sonntagabend 8 Uhr:
offene Loop.
25 Löwen des Herrn Dressierte Tiere
Seeth. des Clown Gontard.
Abends 7 1/2 Uhr:
Babel. Gr. Ausstattungspantomime der Gegenwart.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Enthauptung
einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schlager:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Sonntag, den 17. Januar 1904, nachmittags 3 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Posse in 3 Aufzügen von Delacour und Hennequin.
Abends 7 Uhr:
Ein vorfichtiger Mann.
Grosse Posse mit Gesang in 3 Akten von Jacobson.
Montag: Grosse Extra-Vorstellung: Der Lumpenjammer von Paris.
Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit

Mit-Moabit 47/49.
Sonntag, den 17. Januar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Herr und Frau Doktor.
Schauspiel in 4 Akten v. H. Hermann.
Anfang 6 Uhr.
Dienstag: Der jüngste Leutnant.

Germania-Prachtsäle

Schauffstraße, 103. Arnold Scholz.
Jeden Sonntag:
Familien-Tanzkränzchen.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Im weissen Saale von 5 Uhr ab:
Grosser Ball
bei stark beleuchteter Orchester.

Steidl-Theater

Linienstrasse 132 Oranienburger Thor.
Neu! Das Neu!
teure Vaterhaus.
Lebensbild von Felix Steidl.
Letzte Woche:
„Der grosse Cohn“.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Ost-Casino

Inh.: Carl Pirnau.
106, Frankfurter Allee 106.
Empfehle meine Säle für Festlichkeiten unter günstigen Bedingungen.
Im Restaurant täglich:
Grosses Künstler-Konzert.
Familien-Verkehr.

Urania.

Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagzettel.
Empfehle mein Lokal für Festlichkeiten und Versammlungen.
39122* C. F. Walter.

Cirkus Busch.

IX. Berliner Saison.
Sonntag, den 17. Januar 1904:
Zwei große Vorstellungen,
nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: **1 Kind frei,** mehrere Kinder (sofern sie Familienangehörige sind) zahlen auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
In beiden Vorstellungen:
- **Mr. Richard Sawade** - mit seiner berühmten Tiger-, Löwen- und Bären-Dressur.
Die besten Clowns der Welt: **Robert Belling, Gebrüder Fratellini, Alfred Daniels, Albano u. Dale, und Bimbo.**
Nachmittags 4 Uhr:
Berliner Winterfreuden.
Abends 7 1/2 Uhr:
Aus den Alpen.
Ferner zum erstenmal:
Debüt! Debüt!
Konjunktur

Satan aus Paris

in seinem Original-Akt
Offene Schleife
(8 Meter Sprung).
Sanssouci.
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.
Dienstag, d. 15. Januar:
Don César.
Romant. Schausp. in 5 Akte.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Harry Rochez Hundredresseur.
Wood u. Bates Amerik. Excentric.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydos Gymnastiker.
Cook u. Clinton Amerik. Kunstschützin.
Meers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annetto Gillard Pariser Opersänger.
Mlle. Diéro Spanische Tänzerin in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thereses Komischer Hypnotiseur.
„Karnavalsgeister“ Wiener Ballett. Biograph.

Etablissement Bughenhagen

Moritzplatz.
Im Kaiserpalast:
Künstler-Ensemble „Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn Rudolf Schaus.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
In den unteren Sälen:
Gärisch-Konzert und Vorträge.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli, Georg u. Papi Wagner.
Berlotti-Millardo-Rossa.
Zum Schluß: 8. Zum Schluß:
Zeitkomödie mit Gesang.
Nach der Vorstellung: Mittwochs, Sonnabends u. Sonntags: **Tanz.**

Deutscher Hof

Luckauerstr. 15. Am Moritzplatz.
Heute sowie jeden Sonntag
Unterhaltungs-Konzert
des Berliner Tonkünstler-Orchesters
Dirigiert: **Paul Gossen.**
Anfang 6 1/2 Uhr.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. Einlaß 75 Pf.

Alhambra

Wallnertheater-Str. 15.
Jeden Sonntag:
Grosser Extra-Ball bei doppelt beleuchteten grossen Orchester. Anfang 5 Uhr.
Empfehle mein Lokal für Vereine und Versammlungen.
39112* A. Zameitat.

Neu-Tivoli.

Treptow.
Neue Krug-Allee 59.
Elegante Räume.
Gepflegte Biere.
Angenehmer Aufenthalt für Familien.
Zwei Kegelbahnen.
Heute von 4 Uhr ab: **Tanz.**
Es ladet ergebenst ein
Fritz Preuss.
1040b

Klosterneubau Marientelde.

Jahrgeldbergütung von der Ringbahnstation Papestrasse.
9565 **Heid & Francke.**

Heinrich Stäbner

Unserm Freund und Genossen
Heinrich Stäbner
zu seinem heutigen Siegenfeste am **donnerdes Hoch,** das das ganze Blau-Ufer wadelt. 40192
Die Genossen vom Heinrichsplatz und Umgegend.

Centralverein für alle in der Hut-u. Filzwaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

(Filiale Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Mitglidern zur Kenntnis, das unser Kollege
Georg Schittko
am Donnerstag, den 14. Januar, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Jrenz-Anstalt Döllberg aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
2945 **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

E. H. 29, Hamburg, Filiale 5.
Die ersuchen hiermit die traurige Pflicht, den plötzlichen Tod unseres geehrten und geliebten Freundes, des Drehschlers
Paul Müller
anzukündigen.
Wir verlieren in demselben ein zu jeder Zeit pflichtgetreues Mitglied, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden!
10185 **Die Ortsverwaltung.**

Paul Müller

Sage hiermit allen Freunden, Bekannten und Kollegen und dem Herrn Meister nebst Frau für die schönen Krandspenden und Beileidigung bei der Beerdigung meines lieben Varnies, unseres guten Vaters den tiefgefühlten Dank.
Die trauernde Witwe **Sellenbruch** nebst Kindern.
40222

Dankfagung.

Sage für die rege Beteiligung und Krandspende bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders
Alfred Moebius
den besten Dank. 10125
E. Moebius u. Familie.

ELYSIUM

Landsberger Allee 40-41.
Jeden **Grosser Ball.**
Sonntag:
Anfang 4 Uhr. Entree frei.
Jeden Mittwoch:
Harburger Sänger.
Nachher: **Frei-Tanz.**
Anfang 8 Uhr. Entree 10 Pf.
Abis: Sonnabende im April, Mai, Juni unter coulantur Bedingung zu vergeben, sowie Osterfesttage zu Ratineen. 40032*
Amt 7, 2617. **Karl Eisermann.**

Stichtenberg!

Gudrunstr. 1 (Ecke).
Weg zum Central-Friedhof.
Den Genossen und Jacobstabsbesuchern empfehle meine **Volksläden,** Speise u. Getränke, Kaffee-lochen, Angenehmer Aufenthalt. 9555
Karl Bastian Nachf. (Ernst Wolff).

Achtung! Günstig für Anfänger!

Die Einrichtung meiner Wund-fabrik will ich ich billig verkaufen.
Prinzenstraße 35 Hof III. 10095*

Von 40 Mk. an!!

Gehrock oder Frackanzug nach Maß; seine reinte Tuch-Stimmung, beste Zuschnitt. 2 Anpr. für tadellosten **Ein goldene Medaille.** Komme mit Koffer, Kapseln, auch außerhalb. Bitte Postkarte. **Ludwig Engel, Bremenamer. 23 II Alexanderplatz. Gebr. 1892. 104/10**

Von der Reise zurück!

Dr. med. Schaper
Homöopathischer Arzt, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsgrätzerstrasse Nr. 27.

Dr. Simmel,

Prinzenstr. 41.
Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

J. Baer

Badstr. 26. Ecke Herren- und Knaben-Moden. Berufskleidung. Elegante 3927L*
Joppen. Grosses Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Mass. Allerbilligste, streng feste Preise.

Kredit.

10 Mark - kleine Anzüge
Balletts nach Maß
Der Stoff auch billigste Preise.
Schneiderstr. 55.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Rohtabak.

Gelamit beste Qualitäten.
F. Wienert Nachf. L. Lehmann, Rosenthalerstr. 98.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16/17
Ecke Leipziger Strasse

Belle Alliance-Strasse 1/2
Am Blücherplatz

Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Andreas-Strasse

Von Montag den 18. Januar bis Sonnabend den 23. Januar soweit der Vorrat reicht.

Damen- und Herren-Regen-Schirme

Sonst 7²⁵ M. jetzt

5⁴⁰ M.

MARKE

„ROLAND“

„Reine Seide“ mit Taffet-Futteral

Sonst 7²⁵ M. jetzt

5⁴⁰ M.

1000 Tage Garantie gegen regulären Verschleiss in den Lagen.

Damen-Regen-Schirme „Marke Salome“ Gloria mit Taffet-Futteral, eleganter Metall-Griff mit Metall-Börse oder Schreibblock 4²⁵ M.

Das **Vertrauen** der **Hausfrau** hat

sich wohl selten ein Produkt in so hohem Grade erworben wie

MAGGI'S Suppen- WÜRZE.

Sie ermöglicht große Ersparnis im Haushalt.

Sehr ausgiebig! Nicht überwürzen!



Bekanntmachung!

Die Versorgung mit Elektrizität aus unseren Werken wird im laufenden Jahre auf den südlich des Landwehrkanals belegenen Stadtteil ausgedehnt werden und sich bei genügendem Bedarf auf alle Strassen in dem Gebiete erstrecken, das von dem Landwehrkanal, der Strasse am Urban, der Urban- und Fichtestrasse, der Hasenheide, der Bergmann-, Belle-Alliance- Kreuzberg- und Hükernstrasse begrenzt wird.

Interessenten bitten wir, Anträge möglichst bald an unser Bureau, Luisenstrasse 85, einzureichen, woselbst jede gewünschte Auskunft bereitwilligst erteilt wird.

Berlin, im Januar 1904. 4007L*

Berliner Elektrizitäts-Werke.

Vorwärts

schreitet die Technik

der Schuhfabrikation. Den besten Beweis für die grossen Fortschritte der jüngsten Zeit finden Sie in unserer neuen

Marke Salamander

Herren-Stiefel



Damen-Stiefel

Einheitspreis:
Mark 12.50

Rudolf Moos Neu eröffnet!

Königstrasse 47
Ecke Hoher Steinweg

Stammhaus Friedrichstrasse 221.

Jamaica-Rum echt und echt Verschnitt Ltrfl. 4,50, 3,10, 2,50, 2,10, 1,00.
Rum No. 3 Paq., Ltr. M. 1,—, 10 Ltr. M. 9,—.
Glühwein-Extrakt hochfein: Ltr. M. 1,20
10 Liter M. 10,—.

Med. **Ungarwein** süß, Ltr. M. 2,—.
Stonsdorfer vorzüglich, Ltr. M. 1,—.
Deutscher Cognac
angenehm, mild im Geschmack 4017L*
a Literl. M. 2,10, 2,50, 3,—.

Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676. Genthinerstrasse 29.
Neue Friedrichstr. 21a, a. d. Königstrasse. Wilsnackerstr. 25.
Schöneberg, Hauptstrasse 129.

Rohtabak.

Havanna-Blätter mit Decke, feine Qualität a 135 Pf.
S. Hammerstein Filiale.
Vertr. Gustav Soy, 188.
Berlin N., Brunnenstr. 188.

Rohtabak!

Größte Auswahl u. bill. Preise!
Filialen in Berlin:
im Norden: Brunnenstr. 25.
im Osten: Kopenstr. 9.
im Südost: Kottbuserstr. 2.
Filiale in Sachsen:
Chemnitz, Brückenstr. 18.
Filiale in Schlesien:
Ratibor, Jungfernstr. 11.

Emil Berstorff, Berlin G. 2.
Kaiser Wilhelmstrasse 39.

Roh-Tabak.

Große Auswahl, billigste Preise.
Formen: Original-Fabrikpreise.
5. J. Fränkel, Promenade 5.
11. Kottbuser Strasse 11.
Ad. Buhl, Brunnenstr. 181.

Bremer
Rohtabak-filiale
Billigste dießige Bezugsquelle.
Carl G. Lahmann,
Berlin N., Brunnenstrasse 195.

Glänzende Existenz!
mit 70 Mark können Sie sich sofort dauernd gründen (Verstellung von Drehbänken, eines beliebigen lohnenden Handelsgewerbes). Kein Schwindel, sondern angenehmes, lohnendes Geschäft. Preis d. C. Beilke, Stolz.

Cotillon-Artikel

empfehlen
Pohl & Weber Nachf.
Fabrik und Versand:
Berlin S., Neue Jakobstrasse 8.
Zweigniederlage:
Alexandersonstrasse 51/52, I. Etage,
Edo Preussnerstrasse.
Man verlange Kataloge.

Damen u. Herren

erhalten eleg. Garderoben nach Maß in hervorragender guter Ausführung u.abellosent Zeit bei nur geringer Teilzahlung. 39022*

Werkstatt im Hause.

J. Kurzberg, Neue Königstr. 47, II.
direkt am Alexanderplatz.

Roh-Tabak

Sumatra-Decken-
Abtall à Pfd. 95 Pf., enorm billig. 39022*
W. Hermann Müller,
Berlin O., Alexanderstr. 22.

Nähr Malzkaffee

bestes und Nahrungs- und Genussmittel
Ceylon Kaffeesatz



der **Ceylon-Malzkaffee** u. Kaffee-Surrogatfabrik
Röhndorf-Chemnitz.
Vertretung und Engros-Lager bei
E. Borgmann, Berlin.
Fernsprecher IX 7064 Parisierstr. 2.

Apotheke z. goldenen Adler
Alexandersonstr. 41.
Hämorrhoidallikör
a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.

Billigste Bezugsquelle aller Art Musikinstrum. u. Saiten.

Lederer & Kreinberg
Markenackstr. 18, 58.
„Jede Instr. u. wickl. preisw. u. Jederm. zu empfehlen.“
Chr. Parusel
Kun.-Direct.

Stegdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wilsnackerstr. 72, wo auch alle Stegdecken aufgearbeitet werden.
S. Girshmanbel, Berlin 14.
Häufigster Preis-Katalog gratis.

Anzüge nach Mass
24 Mk. 30 Mk.

Paletots nach Mass 22 Mk. an,
fertige ich aus prima Stoffresten unter Garantie des guten Sitzes mit guten Zuthaten in sauberer Verarbeitung.

August Löther, Prinzenstr. 38, I am Moritzplatz.
(vormals Leiter der Hesterhandlung Bellealliancestr. 98, I.)

Total-Ausverkauf.

Wegen Umbau und Vergrößerung der Geschäftsräume habe die Preise für sämtliche Waren bedeutend herabgesetzt. Ehertere, so lange der Vorrat reicht.

Gehrock-Anzüge, elegant ausgest. von 22 Mk. an.
Winter-Paletots, modern gearbeitet, von 9 Mk. an.
Jackett-Anzüge neuester Façon, von 10 Mk. an.
Stoffhosen, solid und dauerhaft, von 3 Mk. an.
Winter-Joppen, warm gefüttert, von 5 Mk. an.
Knaben-Anzüge von 3 Mk. an.

U. Pincuss, Wilsnackerstr. 48, Ecke Birkenstrasse.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 16. Januar 1904.

Der Rechenhallsbericht der russischen Staatskontrolle. — Russische Finanzen. — Der Budget-Voranschlag für 1904. — Bilanzierungsfragen. — Der deutsch-kanadische Zollstreit. — Der deutsch-englische Zollstreit. — Der Rückgang der deutschen Regierung. — Das Verhalten der liberalen Presse. — Liberales Handelsvertrags-Hoffnungen.

In letzter Woche sind zwei russische Aktienstücke zur Veröffentlichung gelangt, die in Anbetracht des russisch-japanischen Konflikts im fernsten Osten auf weitestgehende Beachtung Anspruch erheben dürfen, da sie einen interessanten Beitrag zur russischen Finanzlage liefern: der vom Petersburger „Regierungsbote“ veröffentlichte Rechenhallsbericht der russischen Staatskontrolle für 1902 und der Budget-Voranschlag für 1904 mit dem üblichen Finanzbericht. Der Rechenhallsbericht hat die größere Bedeutung. Es ist an dieser Stelle bereits mehrfach an früheren Staatsabrechnungen nachgewiesen worden, wie prächtig sich das russische Finanzministerium auf das Bilanzieren und das „Verdrehen“ der ihr unbecommenen Summen versteht. Selbst Herr Erner und Konsorten hätten in der Wittenbergschen Schule noch manches lernen können, obgleich bekanntlich auch in den Büchern der Leipziger Bank trotz des kolossalen Defizits rechnerisch alles auf das genaueste stimmte. Doch Herr Witte in seiner Abrechnung für das Jahr 1902, die noch von ihm vor seiner Abberufung selbst aufgestellt ist, nach andern als seinen bisherigen Grundsätzen verfahren sein sollte, dürfte nicht anzunehmen sein, und wenn auch die Reichskontrolle gewöhnlich einiges an Herrn Wittes Rechnungsabzählungen zu korrigieren und zu bemängeln liebt, bleibt doch in ihren Rechenhallsberichten noch immer eine ansehnliche Portion Bilanzoptimismus zurück. Um so schwerer fällt uns Gewicht, daß nach dem soeben veröffentlichten Bericht auch die Haushaltsrechnung für das Jahr 1902 wieder mit einem Defizit von ca. 40 Millionen Rubeln schließt. Nach dem Bericht haben nämlich die Einnahmen 1902,4 Millionen Rubel erreicht, den Voranschlag also um 104,6 Millionen Rubel überschritten; doch noch mehr sind die Staatsausgaben in die Höhe geschwollen. Sie stellen sich für 1902 auf insgesamt 1946,6 Millionen Rubel, darunter 170,6 Millionen Rubel für sogenannte außerordentliche Ausgaben.

In den letzten zehn Jahren ist nach dem Bericht der Staatskontrolle der Gesamtbetrag der Einnahmen Russlands um ungefähr 860 Millionen Rubel gestiegen; aber diese Zunahme entspringt nicht etwa einer natürlichen Steigerung der Steuerkraft des russischen Volkes, sondern ist aus ihm durch schärferes Anziehen der Steuer-schraube und Aufzwingung neuer Abgaben herausgequetscht. Beinahe drei Fünftel der Steigerung sind beispielsweise durch die Einführung des Branntweinmonopols und durch die Ausdehnung des Staatsbahnbahnsystems erzielt worden. Leider nur steht dieser rechnerischen Vermehrung der Staatseinnahmen durch die Erträge der Staatsbahnen eine noch weit stärkere Vermehrung der Ausgaben für die Staats- und die subventionierten Privatbahnen gegenüber, so daß, wenn man den Eisenbahnetat pro 1902, losgelöst von den übrigen Posten, also für sich betrachtet, sich ein Defizit von beinahe 130 Millionen Rubel ergibt. Nichts ist demnach verheerender als den von Jahr zu Jahr steigenden russischen Staatseinnahmen auf eine entsprechende Steigerung des russischen Nationalertrags oder gar des Volkswohlstandes zu schließen; teils haben die betreffenden Summen nur rein rechnerische Bedeutung, d. h. ergeben sich lediglich aus der befolgten Abrechnungsmethode, teils sind sie aus der Volksmasse durch weitere Verschärfung des Steuerdrucks herausgepreßt.

Nach den Versicherungen der russischen Regierung ist allerdings nicht nur die Finanz-, sondern die gesamte Wirtschaftslage des russischen Reichs eine recht günstige. Der in der Wittenbergschen Schule gedrehte neue Finanzminister beneidet in seinem dieser Tage veröffentlichten Bericht zu dem in seinen Hauptzügen nach von Herrn S. J. Witte selbst aufgestellten Budget für 1904, daß, wie weit er sonst auch hinter seinem Vorgänger an Fähigkeit zurückstehen mag, er ihm doch die Kunst des Begleitendens höchster Klasse gründlich abgesehen hat, so daß, wer die früheren Finanzberichte des Herrn Witte kennt, in dem neuen Bericht nichts von dem früheren Rache vernimmt. Zwar ergibt der Voranschlag der Einnahmen für 1904 insgesamt nur 1852,8 Millionen Rubel, obgleich die Erträge aus den Steuern weit höher angesetzt sind als im Voranschlag für das Staatsjahr 1903 und z. B. die Zoll-Einkünfte um 12,8, die Erträge aus dem Branntweinverkauf um 25,5 Millionen Rubel (einen um 6,5 Millionen Rubel höheren Ertrag erhofft man aus der Ausdehnung des staatlichen Branntweinverkaufs auf die Gouvernements Irkutsk und Jemisskaja sowie auf das jakutische und transbaikalische Gebiet herauszuziehen) höher veranschlagt erscheinen, während sich die Ausgaben (ordentliche und außerordentliche) auf 2178,6 Millionen Rubel stellen, so daß ein Defizit von beinahe 196 Millionen Rubel bleibt, das, nach der stereotypen Redensart, aus dem „freien Verarbeiten der Reichsrenten“ gedeckt werden muß. Aber dieses Defizit scheidet den jetzigen Finanzminister ebensowenig an, wie Herrn Witte seine früheren Unterbilanzen; denn durch eigenartige Buchungen ist es gelungen, von den Eisenbahn-Ausgaben nur 21,6 Millionen Rubel als ordentliche, die übrigen ca. 210 Millionen Rubel aber als außerordentliche Ausgaben, als neue Kapitalanlage, erscheinen zu lassen, und auch noch sonst entdeckt der neue russische Finanzminister allerlei günstige Momente für Russlands schnellen wirtschaftlichen Fortschritt: die russische Getreide-Ernte des Jahres 1903 war eine relativ gute, die Getreidepreise sind im Steigen begriffen, der internationale Geldmarkt hat sich günstiger gestaltet, die russische Kohlen- und Eisenindustrie erholt sich von der Krise der letzten Jahre, und die letzten Wollpreise waren recht gut von Käufern und Veräußern besucht — folglich hat Russland die schönsten wirtschaftlichen Aussichten. Doch ich will dem Leser nicht den Genuß rauben, einige Proben dieser finanzministeriellen Hoffungslosigkeit im Original zu lesen.

Ueber die letzte Getreide-Ernte äußert z. B. der Bericht: „In Bezug auf die Getreide-Ernte steht das Jahr 1903 gegen 1902 etwas zurück, übertrifft jedoch erheblich eine ganze Reihe früherer Jahre. Der Rohertrag an Getreide überstieg 1903 den mittleren Ertrag für das vorhergehende Jahrzehnt um mehr als 400 Millionen Rub., auf jeden Einwohner entfielen gegenüber dem durchschnittlichen Ernte-Ertrag für dieses Jahrzehnt 2 Rub. mehr. Allerdings muß bemerkt werden, daß die Ernte des Jahres 1903 sich sehr ungleichmäßig verteilte. Es dürfte nicht unbedeutend gelassen werden, daß die reichen Ernten der beiden letzten Jahre in Russland keinen Preisfall des Getreides im Gefolge hatten. Im Durchschnitt hielten sich die Preise auf der Höhe des vorhergehenden Jahrzehnts, das mehrere ungünstige Erntejahre aufwies, und übertrafen recht erheblich die Preise der vorerzählten Jahre 1893 und 1894.“

Betreffs der Lage der russischen Metallindustrie heißt es: Die schwierigen Verhältnisse, mit denen in den letzten Jahren einige russische Industriezweige, namentlich die Metall- und Steinindustrie, zu kämpfen hatten, begannen 1903 ihren akuten Charakter zu verlieren. Es lassen sich, so fährt der Bericht fort, bereits einige Kennzeichen der Beruhigung und des allmählich wiederkehrenden Vertrauens konstatieren. Das Angebot beginnt sich der Nachfrage anzupassen. Als Käufer traten Großhändler und überhaupt Zwischenhändler auf, welche in Zeiten industrieller Depression aus Furcht vor einem Herabgehen der Preise gewöhnlich keine Einkäufe auf Vorrat machten. Die Handelsniederlagen begannen in 1903 sich zu füllen, die Fabriklager dagegen ihre Vorräte loszuwerden. Die Preise haben sich etwas gefestigt; in den letzten Monaten machten sich sogar im Süden Russlands Versuche bemerkbar, die Produktion von Rohstoffen im Vergleich zum Vorjahr zu steigern. Im Uralt jedoch sieht sich die Besserung der gedrückten Lage noch immer in die Länge.

Und zu diesen beiden den Fortschritt der russischen Volkswirtschaft verbürgenden Momenten kommt außerdem noch Versicherung

des russischen Finanzministers noch eine beträchtliche Zunahme der Kaufkraft der russischen Bevölkerung: „Schon die Frühjahrsreisen, angefangen von der Jekater, verliefen befriedigend; erfolgreich wickelte sich auch die Nishni-Nowgoroder Messe ab, auf der die allgemeine Tendenz der Massenachfrage deutlich zu Tage tritt; die Kreditbewährung begegnete auf derselben keinen Schwierigkeiten und die Zahlungen liefen recht prompt ein. Die Befürchtungen, daß infolge der starken Verkäufe auf der Messe das Herbstgeschäft in Manufakturwaren sich flau gestalten würde, sind nicht in Erfüllung gegangen.“

Lebiger findet man nicht nur in Russland ministerielle Bilanz-aussagen und auch nicht nur dort klägliche Blätter, die des guten Zwedes wegen willig mitbieten. Den Beweis dafür liefert das Schweden, mit der zur Zeit die gesamte deutsche liberale Presse über das starke Defizit hinweggeht, das die deutsche Regierung aus den Verhandlungen mit England über die kanadische Differential-zollfrage heimbringt. Bekanntlich hat die kanadische Regierung vor sieben Jahren dem englischen Mutterlande Vorzugszölle eingeräumt, die sie sich trotz des bestehenden Weisbegünstigungsverhältnisses weigerte, auch dem Deutschen Reich zuzugestehen, worauf dieses die Weisbegünstigung für erloschen erklärte, d. h. Kanada gegenüber seinen Generaltarif zur Anwendung brachte. Die Folge war ein mit dem 9. Mai 1897 einsetzender langer Schriftwechsel des deutschen Auswärtigen Amtes mit der englischen Regierung, in welchem die deutsche Regierung die Auffassung vertrat, Kanada sei fiskalisch und handelspolitisch völlig selbständig und seine Tarifvereinbarungen mit England deshalb nicht nur eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit des britischen Weltreiches, sondern eine direkte Verletzung des von England für sich und seine Kolonien mit Deutschland abgeschlossenen Weisbegünstigungsvertrages.

Diesem Standpunkt hat die Reichsregierung noch bis in die jüngste Zeit vertreten. Nach den von der Norddeutschen Allgem. Zeitung am 15. Juli vorigen Jahres veröffentlichten Auszügen aus dem beiderseitigen Notenwechsel erklärte z. B. Reicherr v. Richthofen noch in einer Note vom 15. April 1903:

„Der Unterzeichnete hat die Ehre, auf die Mitteilung des Sir Frank Russell vom 25. März zu antworten, daß die kaiserliche Regierung ihrerseits beabsichtigt, zu geeigneter Zeit eine Verlängerung des Gesehes zu erzielen, durch das der Bundesrat die Vergünstigung, England und den britischen Kolonien und Besitzungen die Weisbegünstigung zu gewähren. Die kaiserliche Regierung glaubt aber die Thatsache nicht verhehlen zu dürfen, daß es zweifelhaft erscheint, und zwar besonders mit Rücksicht auf die im Reichstag zu erwartende Opposition, ob sie diese Ansicht wird durchführen können, wenn Deutschland in wichtigen Teilen des englischen Reiches differential behandelt wird, und besonders wenn sich der Bericht bestätigen sollte, daß deutsche Waren in Zukunft weniger günstig behandelt werden sollen als englische, nicht nur in Kanada, sondern auch in dem englischen Südafrika.“

Und in der von englischer Seite darauf erfolgten Antwort heißt es:

„Sir F. Russell berichtet in seiner Depesche vom 18. April, daß Baron v. Richthofen ihm mitteilte, seines Erachtens werde die Weisbegünstigung für das vereinigte Königreich in Kraft bleiben; nachdem aber die südafrikanischen Kolonien einen Vorzugstarif für englische Waren in Vorschlag gebracht, müsse man überlegen, ob diese Kolonien nicht ebenso wie Kanada von der Weisbegünstigung ausgeschlossen werden müßten, und ob nicht in dem Fall, daß auch Australien dem Mutterlande einen Vorzugstarif gewähren sollte, eine Lage geschaffen würde, die es der deutschen Regierung sehr erschweren könnte, von dem deutschen Reichstag die Bewilligung zum Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem vereinigten Königreich und Deutschland zu erhalten.“

Damals war die gesamte liberale Presse entzückt über die konsequente energische Haltung der deutschen Regierung in dieser „wichtigen zollpolitischen Frage“. Soweit sie etwas zu bemängeln fand, galt es lediglich der nach ihrer Meinung immer noch zu weitgehenden Rücksichtnahme des deutschen Auswärtigen Amtes auf englische Ansprüche. Nicht nur gegen Kanada, auch gegen Südafrika und alle andern Kolonien, welche taugen sollten, die Einfuhr aus Deutschland gegenüber der aus Großbritannien zu benachteiligen, müsse unbedingt der allgemeine Tarif angewendet werden, forderten die Blätter des Centralverbandes deutscher Industrieller, voran die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und das ebenso Offener Organ für Freirecht, Sozialpolitik und hohe Zeichenpreise, — und falls das nicht helfen sollte, dürfe man auch vor noch schärferen Zollrepräsentationsregeln nicht zurückweichen.

Seitdem hat in England die Stimmung für die Chamberlain'schen Zollpläne mehr und mehr an Ausdehnung gewonnen, und in gleichem Maße hat die deutsche Regierung sich vor den englischen Ansprüchen müßig rückwärts langgezogen, so weit, daß vor einigen Tagen der „Daily Graphic“ melden konnte, die deutsche Regierung habe das „britische Ministerium des Auswärtigen am 30. Dezember vorigen Jahres mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, Großbritanniens betrachte seine Tarifvereinbarungen mit seinen Kolonien als eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit, und daß nachrichtlich, der deutsche Bundesrat erhebe keine Einwendungen mehr gegen die Besorgungen, welche Großbritannien und die Kolonien in ihren Tarifen einander gewähren. Der deutsch-britische modus vivendi sei demgemäß erneuert und der Kap-Kolonie und Neu-Seeland seien dieselben Vorteile wie bisher zugestanden worden.“

Eine Mitteilung, die nicht nur durch das verlegene Sämeigen der deutschen offiziellen Blätter, sondern auch durch ergänzende Meldungen der „Morning Post“ bestätigt wird, nach welchen Kanada dem Deutschen Reich — Zollermäßigungen von einem Drittel bis zur Hälfte der gegenwärtigen Abgaben auf deutsche Weine, Seiden, Rübe, getrocknete und frische Pflaumen gewähren wolle und dafür eine Erweiterung des deutschen Minimaltarifs auf eine lange Reihe kanadischer Waren fordere, darunter Fleischkonserven, Früchte, Schuhwaren, Baubolz, Holzstoff, hölzerner Möbel, Papier, Getreide und zubereitete Hünte.

Die deutsche Regierung hat also ihre frühere „konsequente“ und „energische“ Haltung völlig aufgegeben und sich geschmeidlich den englischen Ansprüchen angepaßt; aber kein Wort regt sich in der liberalen Presse. Die meisten Blätter schweigen über die englischen Meldungen, darunter auch die Offener Konfession, die am Donnerstag statt der „Loffan“-Meldung über die Reaktionen des „Daily Graphic“ einen Artikel über das „neue Kaiserreich der Sahara“ brachte; andre drucken die Meldung ohne jeden Kommentar ab, und nur Wolffs geschicktes Organ bringt es im Abendblatt vom Mittwoch zu einem kurzen Kommentar, der dafür aber auch so gehalten ausgefallen ist, daß er für zehn andre entschädigt. „Der Vorschlag der deutschen Regierung hält sich“, meint das Blatt, „von schädlicher Konnotation ebenso frei wie von nachschädlicher Charakteristik; er ist übrigens nichts weiter als eine Konsequenz des Verhaltens Deutschlands gegenüber der Kap-Kolonie und Neu-Seeland und des deutsch-britischen Handelsabkommens überhaupt, nachdem der Bundesrat einmal die britisch-kolonialen Vorzugszölle als innere Angelegenheit des großbritannischen Imperiums anerkannt hatte. Unter diesen Umständen dürfte der Zollfriede mit Kanada auf der Basis der Gewährung der Weisbegünstigung nicht mehr lange auf sich warten lassen.“

Allerdings ist dieses Hintertuschens über die Schlappe, die der neue deutsche handelspolitische Kurs erlitten hat, sehr begründet. Es entspricht demselben Motiv, das die liberale Presse dazu bestimmt, sich neuerdings über den Fortgang der Handelsvertrags-Verhandlungen nur mit einer gewissen wohlwollenden Zurückhaltung zu äußern, dafür aber in langen Leitartikeln über die Inopportunität der konservativen Interpellation betreffs der Kündigung der Handelsverträge zu philosophieren. Man glaubt, daß die Regierung in Anbetracht des Widerstandes Russlands gegen die Getreide-Mindestzölle geneigt ist, nach freisinnigem Rezept das Eintreten für die im § 1

des neuen Zollgesetzes festgelegten Minimalzölle nur als eine „moralische“, nicht als eine effektive Verpflichtung anzuerkennen, d. h. einen Handelsvertrag mit Ausland zu vereinbaren, in dem die Vertragszölle für Getreide sich unter den festgesetzten Minimalzöllen halten, und in dieser Hoffnung ist man zu jeder Abolition und zu jeder Rücksichtnahme auf die ministerielle Empfindsamkeit bereit. Vergessen ist die Mitwirkung der Regierung bei den Norddeutschen Gewaltstreichen im Reichstage, vergessen die bisherige Nichterfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtung, alsbald dem Parlament neue Handelsverträge vorzulegen, selbst die demütigste Vergeltungsleistung auf die früher England und seinen Kolonien gegenüber vertretenen zollpolitischen Forderungen schrumpft plötzlich zu einer bedeutungslosen Nebensache zusammen — es bietet sich die Aussicht, daß die Regierung sich auf Handelsverträge einläßt, in denen die Vertragszölle für Getreide ein wenig unter die im Zollgesetz bestimmten Mindestzölle hinabgesetzt werden, und um dieser Aussicht willen dürfen vorläufig die Forderungen der Regierung nicht gestört werden: die allbekannte Taktik des deutschen Liberalismus, nichts von eigener Kraft zu erwarten, sondern auf die bessere Einsicht und Entschlossenheit der Regierung zu hoffen. Traurige Aussichten für die späteren Verhandlungen der Handelsverträge im Reichstage. Tat.

Verfammlungen.

Die Errichtung von Krankenfürsorgestellen

erörterte am Freitag eine von der Centralkommission einberufene Verfammlng der Krankenlaffen-Vorstände und Verwaltungsbeamten. Das einleitende Referat hielt A. B. K. v. N. Er schilderte die Erfahrungen, welche er als Teilnehmer einer Studienreise in Belgien hinsichtlich der dortigen Fürsorge für Krankenlaffen gemacht hat. Besonders besprach er die in Belgien unter dem Namen Dispensaires bestehenden Fürsorgestellen. Dieselben werden aus den zu wohlthätigen Zwecken aufzubringen Mitteln unterhalten und haben die Aufgabe, Krankenlaffen eine auf Heilung der Krankheit gerichtete Fürsorge angedeihen zu lassen. Krankenlaffen befinden sich in Deutschland bestanden seither nicht in Belgien. Die Thätigkeit der Fürsorgestellen wird in der Weise ausgeübt, daß dem Kranken, welcher sich zur Untersuchung gemeldet hat und als Krankenlaffen befunden ist, genaue Verhaltensmaßregeln gegeben werden, deren Befolgung von einem aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangenen Beamten der Fürsorgestelle, dem ouvrier enquêteur, überwacht wird. Die Hauptthätigkeit dieses Beamten besteht jedoch darin, daß er bei jedem sich meldenden Patienten dessen Verhältnisse genau feststellt, und auf Grund des Ergebnisses dieser Feststellungen giebt der leitende Arzt dem Patienten Verhaltensmaßregeln, ferner wird seitens der Fürsorgestelle auch das Wohlthätigkeit dafür gesorgt, daß der Patient die Mittel zur Durchführung des Heilerfolges erhält. Es werden Milch geliefert sowie Spudfischen, Desinfektionsmittel und dergleichen. Wo es nötig ist, wird auch für weitergehende Erfordernisse der Kur gesorgt. Die sich jedoch nur auf häusliche Pflege und allgemeine Verhaltensmaßregeln, nicht auf Anstaltsbehandlung erstreckt. Die Fürsorge erstreckt sich nicht nur auf den Kranken, sondern sie richtet sich auch gegen die Weiterverbreitung der Krankheit durch Ansteckung, und zu diesem Zweck werden auch die Familienmitglieder des Patienten darüber belehrt, was zur Vermeidung und Verhütung der Krankheit zu thun ist. Die Thätigkeit des Beamten der Fürsorgestelle, der in ständiger Fühlung mit dem Kranken und dessen Familie bleibt, hält der Referent für das Wichtigste bei dieser Art der Schwindsuchtbehandlung. Der Umstand, daß dieser Beamte aus Arbeiterkreisen stammt, sichert ihm das Vertrauen der erkrankten Arbeiter und hat zur Folge, daß seine Anordnungen mehr Gehör finden, als die von einem — namentlich von einem jungen — Arzt ausgehenden Vorschriften. Der Referent ist der Meinung, daß auch in Deutschland Fürsorgestellen nach belgischem Muster errichtet werden könnten. Sie seien geeignet, eine bei uns bestehende Lücke in der Tuberkulosebehandlung auszufüllen und in solchen Fällen eingzugreifen, wo eine Anstaltsbehandlung nicht angebracht ist oder wo eine solche aus Mangel an Heilstätten nicht eintreten kann. Die Fürsorgestellen würden also eine Ergänzung des Heilstättenwesens bilden; sie müßten nach Meinung des Referenten am besten durch Staat und Gemeinde betrieben werden und das Hauptgewicht auf die Thätigkeit des Arbeiter-Beamten legen.

Dr. Becker, der ebenfalls an der Studienreise teilnahm, hält den Arbeiter-Beamten nicht für das Hauptgewicht. Den großen Einfluß des Arbeiter-Beamten in den belgischen Fürsorgestellen erklärt der Redner dadurch, daß diese der Initiative der belgischen Gewerkschaften ihr Dasein verdanken. In Deutschland seien die Kräfte infolge der sozialen Gesetzgebung mit den sozialen Verhältnissen der Arbeiter vertraut, man könne ihnen deshalb auch ohne Bedenken einen Einfluß in den Fürsorgestellen einräumen. Kräfte und Krankenlaffen müßten die Angelegenheit gemeinsam betreiben, und durch staatliche Mittel könnte die Existenz der Fürsorgestellen gesichert werden.

S. M. O. S. ist der Meinung, daß die Fürsorgestellen von den Arbeitern geschaffen werden müssen. Durch die Heranziehung von Staat und Gemeinde würde eine solche Einrichtung nach den bisherigen Erfahrungen jedenfalls den Stempel der Armenunterstützung tragen und deshalb bei den Arbeitern keinen Anklang finden.

Die nachfolgenden Diskussionsredner waren in der Hauptsache mit der Errichtung von Fürsorgestellen der gedachten Art einverstanden, geteilt waren die Meinungen nur darüber, wer der Träger dieser Einrichtung sein solle, ob Krankenlaffen, Landesversicherungs-Anstalten, staatliche oder kommunale Behörden. Von einer Seite wurde betont, daß die Heilstätten-Verhandlung, die noch weiter ausgebaut werden müsse, die beste Verhütung der Lungenkrankheit sei, und daß die wirksamste Vorbeugung auf einer Hebung der sozialen Lage der Arbeiter beruhe.

Die Verfammlng, in der 32 Oris, 14 Voris, 12 Betriebs-, 4 Junungs- und 24 Hilfsklassen vertreten waren, beauftragte die Centralkommission, ein Projekt für die Errichtung von Fürsorgestellen auszuarbeiten und dasselbe einer der nächsten Verfammlungen vorzulegen.

Die Bauarbeiter (Lokalverein) hielten am Sonntag im „Englischen Garten“ ihre Generalversammlung ab. In dem Rechenhallsbericht des Vertrauensmannes gab K. v. N. einen Ueberblick über die Jahresthätigkeit der Lohnkommission sowie des ganzen Vereins. Es sind zahlreiche Verfammlungen und Sitzungen abgehalten worden; auch auswärts hat der Verein merkwürdig gewirkt, so in Bernau und Niedersdorf; die Mitgliedszahl in Berlin hat sich jedoch vermindert. Redner warnt vor unüberlegten Handlungen bei Differenzen auf den Einzelbauten und empfiehlt Vorlicht bei der Agitation zur Gewinnung von neuen Mitgliedern. Die Kommission ist zur Regelung von Differenzen 21 mal angerufen worden, 24 Kollegen haben Rechtschutz erhalten. Bezüglich des mit den Unternehmern abgeschlossenen Lohnvertrages lasse sich zwar eine Besserstellung der Lohnarbeiter konstatieren. Anders liege die Sache jedoch bei den Accordarbeitern, besonders deshalb, weil jetzt wieder das Gewerbegericht entschieden hat, daß nicht die Bauunternehmer, sondern die Kolonnenführer als deren Arbeitgeber zu betrachten seien. Dadurch annulliere sich der Vertrag für die Accordarbeiter geradezu, ganz abgesehen von der ihnen häufig erwachsenden Schädigung infolge Zahlungsunfähigkeit der Kolonnenführer. Ob sich unter solchen Umständen der Abschluß eines neuen Vertrages empfehle, wolle er vorläufig dahingestellt sein lassen; jedenfalls sei große Vorsicht am Platze, um so mehr, als es wirklich kein Vergnügen sei, den Sitzungen mit den Unternehmern beizuwohnen. Was die vom Parteivorstand eingeleiteten Einigungsverhandlungen mit den Centralverbänden anbelangt, so sei zu hinfänglich bekannt, daß Redner ein persönlicher Befürworter derselben ist; diesen Standpunkt könne er trotz der

daran geübten Herbst Kritik auch nicht verlassen. — Die Abrechnung des Vertrauensmannes für das zweite Halbjahr 1903 ergibt inkl. Bestand eine Einnahme von 5692,62 M. und eine Ausgabe von 2428,22 M., so daß ein Restbestand von 3264,40 M. verbleibt. In Streifenunterstützung wurden 527 M. und zur Unterstützung anderer Gewerkschaften 70 M. verausgabt. — Die Diskussion gestaltete sich in wesentlichen zu einer Aussprache für und gegen den Lohnverwurf. Von einzelnen Rednern wurde dem Vertrauensmann der Vorwurf gemacht, er habe sich beim Abschluß des Vertrages wie auch bei den sogenannten Einigungsverhandlungen „verbändlerischer“ benommen wie die Verbändler selbst. — Hierauf gab der Kassierer K. E. in die Vereinsabrechnung vom 4. Quartal 1903. Die Gesamteinnahme befreit sich auf 1852,70 M., die Ausgabe auf 1152,70 M.; inkl. des hier verbleibenden Bestandes von 700 M. hat der Verein ein Vermögen von 1704,50 M. Beide Rechnungsablagen wurden genehmigt. — Sodann erfolgten die Neuwahlen. Die bisherige Lohnkommission ist wieder durch einen regulären Vereinsvorstand ersetzt worden. Als dessen 1. Vorsitzender und gleichzeitiger Vertrauensmann wurde K. O. gegen wenige Stimmen wiedergewählt. Die übrigen acht Vorstandsmitglieder werden die Verteilung der einzelnen Funktionen unter sich selbst regeln.

Der Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter hielt am Montag im Gewerkschaftshause seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Jaed erwähnte in seinem Vorstandsbericht, daß im verfloffenen Halbjahre 21 Werkstattbesitzerungen vorgekommen sind und ohne Kampf erledigt wurden. Der Verband hielt 2 ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen und eine Mitgliederversammlung ab. Ferner fanden eine Delegiertenversammlung und 29 Vorstandssitzungen statt. 17 Darlehensgesuche wurden eingereicht und 11 davon bewilligt. Zwei Kollegen, die als Arbeitswillige tätig gewesen waren, wurden, nachdem sie ihr Inkredent eingesehen hatten, wieder in den Verband aufgenommen. In den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte. Sodann gab der Kassierer Zimpel den Kassenbericht vom 4. Quartal 1903. Die Einnahmen beliefen sich einschließlich des alten Bestandes von 6801,85 M. auf 14 964,45 M., die Ausgaben auf 3523,80 M., so daß ein Bestand von 11 440,65 M. erzielt wurde. Die Zahl der Mitglieder ist von 1150 auf 1170 gestiegen. Von der Kontrollkommission gab der Obmann Best den Jahresbericht. Es fanden im verfloffenen Jahre 170 Werkstattbesitzerungen statt, woran von den in den betreffenden Werkstätten thätigen 1921 Arbeitern 1466 teilnahmen. Es handelt sich bei diesen Werkstätten teils um gemischte Betriebe, wo Arbeiter verschiedener Berufe tätig sind; organisiert waren von den 1921 Arbeitern 1587. Die Mitglieder haben die Tätigkeit der Kontrollkommission im verfloffenen Jahre recht regen unterstützt. Vom Arbeitsnachweis erstattete an Stelle des erkrankten Obmannes des Nachweises Kuhnner den Bericht, der sich auf die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1903 erstreckt. Arbeitslos meldeten sich 794 Kollegen; Stellen wurden 644 gemeldet, wovon 465 besetzt wurden; 179 waren schon besetzt, als die dafür Ausschreibungen hinkamen. Die Benutzung des Arbeitsnachweises war im allgemeinen zufriedenstellend. Der Redner forderte die Kollegen auf, bei Neueinstellungen genau acht zu geben, auf welche Weise die betreffenden die Stellen erhalten haben. Den Bericht von der Rechtschutz-Kommission gab der Obmann Gädick. Diese Kommission hielt im verfloffenen Halbjahr 6 Sitzungen ab. In einem Fall mußte der verlangte Rechtschutz verweigert werden, weil es sich um eine Angelegenheit privater Natur handelte. Verurteilungen an das Unfall-Schiedsgericht wurden einschließlich 5 alter 23 erhoben. Davon hatte 1 vollen Erfolg, 3 hatten teilweisen, 5 keinen Erfolg und 14 sind zur Zeit noch nicht entschieden. Refuse an das Reichs-Versicherungsamt gingen einschließlich 5 alter 9 ab, wovon 4 vollen, 3 keinen Erfolg hatten und 2 noch nicht entschieden sind. Zwei Kollegen, die wegen Verletzung des § 153 angeklagt waren, wurde Rechtsbeistand gewährt; sie wurden jedoch trotzdem verurteilt. — Die Mitglieder werden aufgefordert, sich bei Rechtsstreitigkeiten, die mit ihrem Arbeitsverhältnis zusammenhängen, stets an den Obmann der Rechtschutz-Kommission, Gädick, Rixdorf, Banglitzstraße 21, zu wenden. — Die Ergänzungswahlen zum Vorstand hatten folgendes Ergebnis: Vold, 2. Vorsitzender; Neuling, 2. Kassierer; K. Kuhnner, 2. Schriftführer; O. Stempel, Redner. Als Gewerkschaftsdelegierter wurde K. Steinborn gewählt. Ferner wurden gewählt oder wiedergewählt: in die Kontrollkommission für den Osten: N.endorf; Südosten: Ost. Völler und P. Buhlmann; Nordost: Kottmann; Norden: Gustav Franz; Westosten: Julius Krüger; Südwesten: Huhn; als Beitragsammler für Nordost: Nowrath; für Rixdorf: Pohle; in die Arbeitsnachweiskommission: Albert Schulz, Dahn und Heidemüller; in die Rechtschutz-Kommission: Gädick, Henke und Franz. Als Bibliothekar wurde Sonnenburg gewählt. — Sodann wurden noch einige Anträge erledigt. Ein Antrag, die monatliche Extraktur von 50 Pf. aufzuheben, wurde mit harter Mehrheit abgelehnt. Beschlossen wurde, die Vorstandssitzungen mit 50 Pf. pro Mitglied und Sitzung zu entschädigen. Auf Antrag des Vorstandes wurde Rudolf Dieb wegen Berechnung gegen § 9 Absatz 2 des Statuts auf ein Jahr aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Verband der Rührer Berlins hatte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung nach dem Alten Schützenhause einberufen, die der Befestigung der Errungenschaften des vorigen Jahres diente. Der Referent Regge konstatierte, daß die Organisation nach der erfolgreichen Reunionsbewegung an Mitgliedern zugenommen habe. Die nächste und wichtigste Aufgabe der organisierten Kollegen und Kolleginnen sei die, daß jeder darauf achte, daß die von den Fabrikanten und Hausindustriellen unterzeichneten Bedingungen auch innegehalten werden. Mehr als 100 Arbeitgeber haben den Vertrag unterzeichnet, der seit dem 1. Januar die neunstündige Arbeitszeit festsetzt. 61 Arbeitgeber der Rührerbranche haben ihre Unterschrift noch nicht gegeben, ein Teil derselben erkennt aber trotzdem die neunstündige Arbeitszeit an, ein anderer Teil umfaßt keine Arbeitgeber, die wenig in Betracht kommen. Gleichwohl müssen auch diese zur Innehaltung des Vertrages bestimmt werden. Sie sollen aufgefordert werden, sich innerhalb einer Woche zu erklären, ob sie den Vertrag anerkennen oder nicht, und in den betreffenden Verträgen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben dafür einzutreten, daß sie nicht anders als unter vertragmäßigen Bedingungen arbeiten. Hierzu gehört außer dem Reunionsvertrag eine Lohnhöhung von 10 Prozent, die auch die Selbständigen mit den Fabrikanten vereinbart haben. Um diese Lohnhöhung durchzuführen, müssen Arbeiter und Arbeiterinnen die Selbständigen darin unterstützen, daß sie keine Muster anfertigen, auf die der vereinbarte Tarif nicht bewilligt wird. Besonders wird den Kollegen und Kolleginnen zur Pflicht gemacht, weder auf Inserate noch durch Umfrage Arbeit zu suchen, sondern nur den Arbeitsnachweis der Organisation, Wendelslohstr. 9, zu benutzen, weil dieser Arbeitsnachweis das beste Mittel ist, um die Errungenschaften aufrecht zu erhalten und überall durchzuführen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen, nachdem sich verschiedene Diskussionsredner in Uebereinstimmung mit dem Referenten ausgesprochen hatten.

Der sozialdemokratische Wahlverein Rixdorf hielt am 13. Januar im großen Saal von Effermann (Bismarckstraße) in der Hermannstraße eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Nachdem das Andenken der verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise gekehrt worden war, erstattete Genosse Böse den Vorstandsbericht für das Vierteljahr Oktober-November-Dezember 1903. Die Arbeit war wegen der Landtagswahlen eine umfangreiche. Auch eine Anzahl persönlicher Streitigkeiten zwischen Genossen beschäftigten den Vorstand. Sie wurden meist zur Zufriedenheit der Beteiligten erledigt. Der Vorstand sahnte weiter die Ausgestaltung der Organisation und ihrer Einrichtungen ins Auge. Er beschloß, in den Räumen der Parteipost (Prinz Handjerystr. 7) eine unentgeltliche Kefehalle einzurichten. Im Quartal wurden 276 neue Mitglieder aufgenommen, 36 gestrichen. Der Mitgliederstand betrug danach 8015. — Stieker gab dann den Kassenbericht für dasselbe Quartal. Am Schlusse des mit Ende September 1903 abgeschlossenen

Quartals war ein Bestand von 539,28 M. vorhanden. Einschließlich dieses Bestandes und der Einnahme aus Vons betrug die Einnahme 3802,65 M., ohne die Vons 3527,65 M. In der Einnahme enthalten ist auch ein Ueberschuß aus der Parteipost mit 750 M. In die Centralkasse (Central-Bahnbereich des Kreises) gingen statutengemäß zwei Drittel der Einnahmen mit 2351,76 M., außerdem die 275 M. der Vons-Einnahme. Am Orte verblieben 1175,89 M., wovon im Orte 646,88 M. ausgegeben wurden. Als Ortsbestand verblieben 529,01 M. — Für die Landtagswahlen wurden 994,91 M. eingenommen und 1727,50 M. ausgegeben. Für die Gemeindefürer kamen 1195 M. ein. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer Decharge und beschloß, 100 M. für die Bibliothek zu bewilligen und 200 M. der Centralkasse zu überweisen. — Nach dem Bericht des Parteipostleiters Heinrich betrug die Quartaleinnahme 15 771,80 M., die Ausgabe 15 264,54 M., so daß am 1. Januar 1904 ein Bestand von 507,26 M. verblieb. Der Rixdorfer Abonnementstand des „Vorwärts“ ist im letzten Vereinsjahre um 1240 gestiegen. Die Bibliothek ließ im Vierteljahre 501 Bücher aus. Am meisten verlangt wurde die Unterhaltungs-Litteratur, nämlich 295 Bücher. Von den anderen Büchern gehörten an dem Gebiete der Partei- und Agitations-Litteratur 35, der Geschichte 31, der Naturwissenschaften 23, der Pölkertunde und Reisen 47, der Philosophie und Religion 18. — Weiter folgte der Bericht der Lokal-Kommission. In Rixdorf stehen alle Lokale bis auf zwei der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Rendant Jäger, erster Vorsitzender; Kahr, zweiter Vorsitzender; Stieker, Kassierer; Hoffmann, Schriftführer; Wildgrube, Beisitzer. Zu Revisoren wurden Volkmann, Heinrich und Kurovsky, zum Bibliothekar Thomas gewählt. Die neue Lokal-Kommission setzt sich aus Voges, Reichhof und Schröder zusammen. — Die Versammlung nahm ferner zur Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins Stellung und beschloß, dieser Generalversammlung einen Antrag auf eine anderweitige Beteiligung der Lokal-Wahlvereine an den Generalversammlungen des Kreis-Centralwahlvereins vorzulegen. Zur Zeit kann sich auf der Kreis-Generalversammlung jeder Lokal-Wahlverein durch drei Delegierte vertreten lassen. Der Antrag verlangt nun, daß Wahlvereine bis zu 500 Mitgliedern drei Delegierte entsenden sollen, und daß den Wahlvereinen mit einer höheren Mitgliederzahl für jede weitere 500 ein weiterer Delegierter zuzurechnen soll. Die Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung führte zu einer Auseinandersetzung über den bisherigen Modus. Es wurden bisher jedesmal ein Vorstandsmitglied, ein Bezirksführer und ein Stadtverordneter zur Kreis-Generalversammlung entsandt, die von ihrer Körperschaft vorgeschlagen wurden. Daran nahmen verschiedene Mitglieder Anstoß. Die Versammlung beschloß, daß von jetzt ab jede Lokal-Generalversammlung selber zu entscheiden habe, wen sie delegieren wolle. Gewählt wurden dann gleichwohl die Kandidaten des Vorstandes, der Bezirksführer und der Stadtverordneten-Fraktion, nämlich die Genossen Baste, Stieberger und Bugh. — Zum Schluß wurden eine Anzahl Mitglieder ausgeschlossen, weil sie ohne richtigen Grund ihre Wahlpflicht bei den Landtagswahlen nicht erfüllt hatten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Mariendorf. Am Dienstag, den 12. Januar, tagte im Lokale von Martin Müller zu Tempelhof, Berlinerstr. 41/42, eine überaus zahlreich besuchte Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Aus dem Vorstandsbericht über die Periode von Oktober 1903 bis Januar 1904 ist hervorzuheben: Es fanden statt 3 Generalversammlungen, 21 Vereinsversammlungen, 43 Vorstandssitzungen, 9 Flugblattverbreitungen. Außerdem wurden 5 Agitationsstunden gemacht. In 4 Kreis-Generalversammlungen nahm der Wahlverein teil. Bei der Reichstagswahl hatte die Partei im Agitationsbezirk einen guten Fortschritt zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl ist von 181 auf 260 gestiegen. Weiter sei noch erwähnt, daß drei unserer Genossen je ein Strafmandat über 6 M. erhielten. Dieselben sollen bei der Agitationsstunde in Marienfelde gegen die Verkommensordnung verstoßen haben, weil sie — nachdem die Kirche aus war — Flugblätter verbreitet haben. Genosse Franz wurde von einer Anklage der Beamteneileidung freigesprochen. Der Bericht über die Kassenverhältnisse im 4. Quartal ergab eine Einnahme von 272,31 M. und eine Ausgabe von 54,59 M. An den Centralvorstand abgeliefert wurden 212,02 M., bleibt ein Ortsbestand von 5,70 M. Der Wahlverein beschloß, der besseren Agitation wegen sich zu teilen resp. sich in zwei Wahlvereine, und zwar Wahlverein Tempelhof und Wahlverein Mariendorf und Umgebung zu trennen. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Für Tempelhof: Ab. Thiel, 1. Vorsitzender; R. Schmidt, 2. Vorsitzender; J. Flieg, Schriftführer; R. Bierack, Kassierer; K. Lied, Beisitzer. Für Mariendorf und Umgebung: H. Reichardt, 1. Vorsitzender; H. Lehmann II, 2. Vorsitzender; G. Lehmann I, Kassierer; H. Rehlitz, Schriftführer; Fr. Creulich, Beisitzer. Die übrigen Funktionäre sollen in einer anderen Versammlung gewählt werden. Zu der am 21. Januar in Rawow stattfindenden Kreis-Generalversammlung wurden delegiert: Ab. Thiel, Tempelhof, A. Senger, Mariendorf und Schindler, Marienfelde.

Der Schwarzenborfer Wahlverein beschloß am 12. d. M. die Beteiligung an den bevorstehenden Gemeindevahlen durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten und wählte in das Wahlkomitee die Genossen Drille, Gubier, Karl Schmidt und Marzke. In der Diskussion sprach man sich allseitig dahin aus, daß bei genügender Kraftentfaltung ein Erfolg für unsere Partei zu erwarten sei. — Der Kreis-Generalversammlung sollen folgende Anträge unterbreitet werden: 1. Genossen aus Orten, in denen ein Wahlverein nicht besteht, haben sich dem Verein anzuschließen, welcher in dem Orte die Agitation besorgt, sofern nicht die Bestimmungen des § 10 des Statuts zutreffen. 2. Alljährlich findet mindestens eine Generalversammlung des Central-Wahlvereins statt, zu der die örtlichen Wahlvereine mit unter 500 Mitgliedern zwei Delegierte, die mit über 500 Mitgliedern vier Delegierte entsenden können. Mit der Zusammenlegung des Centralvorstandes aus Mitgliedern verschiedener Orte erklärt sich die Versammlung einverstanden, wünscht jedoch, daß auch ein Vertreter der Landgemeinden als Vorstandsmitglied gewählt wird. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindevählerlisten vom 15. bis 30. Januar in der Zeit von 9—3 Uhr im Rathause aufstehen, und wird dringend ersucht, dieselben rechtzeitig einzusehen und auf ihre Vollständigkeit zu prüfen, um eventuell sofort Einspruch zu erheben. Wer an der Einsichtnahme verhindert ist, erteile dem Genossen Loenhardt, Wernemünderstr. 6, Auftrag.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. 32. Für Auswärtige kaum möglich; aber fragen Sie einmal an bei der Städtischen Deputation, Berlin, Poststr. 16. — **A. D. und Gabelbergerstraße.** Fragen Sie beide an bei Herrn Eugen Simonowitsch, Hochstraße 46. — **G. O. (Stralanderstraße).** Alles Erforderliche erfahren Sie in der Central-Anstaltsstelle für Auswanderer usw. in Berlin, Schillingstraße 4. — **Jülich. (A. T.)** Brief unterwegs. — **China.** 1. Distanz gleich Lael a 294 M. — **Z. M. 18.** Fragen Sie in der Bekleidungs-Kassette, 49. abends. — **Volksheim, Rudolfsbad.** Gute Volkskassette, Nachkurus, Prüfung. Wäheres beim Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes, Berlin, Eldonstraße. — **R. P. 1.** Ganz unentgeltlich wohl kaum. Gemüht Ihnen der Unterricht der Handwerkerlehre? — **3475.** Ist eröffnet. — **Genru.** Die O., der mehrere Abel in England. — **P. O.** Fragen Sie Dr. Magnus Hirschfeld, Charlottenburg, Bernauerstr. 104, nach den Vorlesungen. — **P. S.** Leistungsfähig sind freie Volkshäuser und keine freie Volkshäuser; im übrigen lesen Sie den demnächst erscheinenden Vereinskalender im „Vorwärts“ nach. — **G. D. 16.** Sie müssen sich an eine Billardlokalität wenden. — **Emmerich.** 1. Lesen Sie selbst im Rudolfsbad nach, unentgeltlich zum Einsicht an jedem Postamt. 2. Die russischen B. sind dreier. — **G. S.** Ist oft im Briefkasten mitgeteilt, zuletzt in Nr. 7 des „Vorwärts“ im Briefkasten unter A. 100. — **J. P. 4.** Der „Vorwärts“ existiert seit dem 1. Januar 1891. — **B. M.** Das erfahren Sie durch den zweiten Obermeister der Baderinnung „Concordia“, Reutherstr. 21. — **G. P. 1.** Benzen Sie sich an den Klub der Rammengänger. Vorsitzender: Ab. Lohmann, Bernstr. 10. — **Streitende.** a) 10 Stellen; b) 19 Stellen; c) 13 Stellen; d) rechnen Sie sich das allein aus. 2. Obwohl eine Herrensabteilung wie eine große Anzahl von Menschen. — **Streit-**

fragen (mehrere Abonnement). I und II. Sie können die Zeitung nicht erraten. III. Die erste elektrische Bahn auf der Gewerbe-Ausstellung in Berlin im Jahre 1879, erbaut von Siemens u. Halske. — **A. S. 42.** Eine gute Kaufkraft erhalten Sie darüber bei A. Eber, Blumenstraße 77, Mühlentempelstr. 17; außerdem sehen Sie im Adreßbuch, II. Band, Teil II, Seite 170 bis 186, nach unter „Berliner“. — **G. S.** Lesen Sie gefälligst im Adreßbuch nach unter „Bibliothek“; II. Band, Teil II, Seite 140. — **Vee.** Die Rechte ist die dem Binde nicht ausgelegte Schiffsseite; ihr entgegengesetzt ist die Rückseite, auch Rückseite; Lee gesprochen L.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Ein Lungenleibender und andre. Waren Sie zu der Zeit, wo Sie der „Volks-Krankenkasse“ trotz unserer vielfachen Ermahnungen beitrugen, minderfähig, so können Sie mit Erfolg Abweilung der Klage beantragen, sonst leider nicht. Seit dem Jahre 1899 haben wir zum mindesten 50mal in verschiedenen Teilen unseres Blattes darauf hingewiesen, daß Personen, die der sogenannten allgemeinen Volks-Krankenkasse, G. S. 126, beigetragen sind, die Beiträge an die insolvente Kasse zahlen müssen, falls sie nicht Gegenforderungen haben oder schuldlos durch eingetragenen Priei ihren Austritt erklären. — **Max Dreffel.** Beht aus den mündlichen Vereinbarungen des BirkS und des Meiers nicht hervor, daß der Jutah in Nr. 17 eine andre Bedeutung haben sollte, so könnte erst vom 1. Januar 1905 ab mit der in Nr. 2 bestimmten Zeit gekündigt werden. — **500 F.** Bendes Sie sich an den Magistrat, Gewerbe-Deputation, Stralanderstr. 3/6, mit dem Antrage, die Kasse zur Beschaffung des Korsetts zu verurteilen. Die Kasse ist, weil die bürgerlichen Parteien einen die Gesundheit der Patienten bedrohenden Antrag ausdrücklich ablehnten, leider trotz der enorm hohen Kostenbeiträge nur dann zur Beschaffung von Jahngelassen, Korsetts u. dgl. verpflichtet, wenn die Gegenstände den Brandständern „im Breite ähnlich“ sind. Wird der Antrag auf Beschaffung des Korsetts abgelehnt, so wenden Sie sich an die Invalidenversicherung-Anstalt mit dem Antrage um Gewährung des erforderlichen Korsetts. Die Anstalt kann Ihrem Antrag stattgeben, ist hierzu aber nicht verpflichtet. — **M. M. Rein.** — **Vollzogen.** Bis spätestens am 4. April können Sie zum 1. Juli aufkündigen. — **Friedrichsfelde G. M.** Land-gemeinde-mahlberechtigt ist: jeder selbständige Gemeinde-Angehörige, der Deutscher ist, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, seit einem Jahr in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, seine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, die auf ihn entfallenden Gemeinde-Abgaben gezahlt hat und außerdem entweder ein Wohnhaus im Gemeindebezirk besitzt oder von seinem im Gemeindebezirk gelegenen Grundbesitz mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuern entrichtet oder er nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird. Nichtselbständig sind nach der Rechtprechung des Ober-Berwaltungsgerichts Schiffsleute, wohl aber „mobilitierte Herrern“. Es kommt also nicht darauf an, ob der Betreffende bei den Eltern wohnt, sondern ob er als „mobilitierter Herr“ bei den Eltern wohnt, ein dem Zutritt der Eltern ausschließliches Recht auf mindestens eine Stube hat. Die Listen liegen vom 15. bis 30. Januar aus, wer in die Listen eingetragen ist, ist selbst dann, wenn Wahlrechts-Voraussetzungen fehlen, mahlberechtigt. Wer nicht in die Liste eingetragen ist, ist selbst nicht ein einen Anspruch auf Eintragung hat, nicht mahlberechtigt. — **J. S. 1. Ja. 2. Rein.** — **W. 500.** Die Verjährungsfrist ist durch die am 31. Dezember erfolgte Zustellung unterbrochen, wenn die Forderung auf den Ausfall vor dieser Zeit rechtmäßig übertragen war. Betreffende Sie die Abtretung, verlangen eine notariell oder gerichtl. beglaubigte Urkunde, wenn ein, daß eventuell die Abtretung lediglich zum Schein, nicht in der Absicht, das Eigentum an der Forderung zu übertragen, sondern um die Durchsührung der Klage dem ursprünglichen Gläubiger zu erleichtern, übergegangen ist, und wenden endlich ein, daß die Forderung verjährt sei. — **R. G. 1.** Wenn aus den gesamten Umständen erhellt, daß die Vorschriften des Schriftlichen Vertrages auch für die andre Wohnung Geltung haben sollten (das ist maßgebend), so können Sie mit Recht dem Wit. mitteilen, daß seine Kündigung verpöfel eingetroffen und deshalb rechtsungültig ist. 2. Ihre Mutter hat das Recht zu wählen, ob sie nach männlichem Recht oder nach dem des bürgerlichen Gesetzbuches erben will. Erben sind Mutter und die fünf Kinder. 3. Sie können lediglich auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen, es sei denn, Sie können Ehebund nachweisen. — **P. S. Charlottenburg.** Die Anmeldung wird der Polizei übergeben. Wollen Sie ein Duplikat haben, so müssen Sie bei der Anmeldung ein Exemplar mehr übergeben und Rückgabe begehren. — **W. B. 87.** Rein. — **G. Wäther.** Der Stationsvorsteher war zur Feststellung der Verantwortlichkeit des Regels verpflichtet. Bekehrten Sie sich bei der Eisenbahn-Direktion über die Weigerung, um für die Zukunft ähnlichem vorzubeugen. Ueberdies können die beleidigten Wäther bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellen. Diese kann im öffentlichen Interesse verfahren, die Verantwortlichkeit des Regels ausfindig zu machen. — **M. 1000.** Rein. — **G. W. 1.** Für die Klage ist das Amtsgericht zuständig. Der Erfolg der Klage hängt davon ab, ob Kläger die mündliche Vereinbarung beweisen kann. Kläger ist beweispflichtig. An erster Reihe läme es deshalb auf einen Eid des Beklagten über die Vereinbarung an. — **M. C. 27.** So lange die Frau nicht beim Vormundschaftsgericht eine einstweilige Verfügung durchgesetzt hat, durch die ihr das Erziehungsgeld im Interesse des Kindes zugeworhen ist, steht das volle Erziehungsgeld dem Vater zu. — **A. M. 25.** Für Ihren Bruder kann als Versicherer gekiebt werden, wenn er Lohn erhält. Gehalt er seinen Lohn, so kann er, da er noch nicht 40 Jahre ist, als Selbstversicherer sich versichern; er mühte dann je zwei Jahre hindurch mindestens 40 Mark an Selbstversicherungsprämie zahlen. Die Höhe der Lohnkasse bleibt ihm überlassen. — **A. R. 17.** Verjährung liegt nicht vor. Es ist Ihnen zu einer Einigung vor oder im Termin zu raten. Die Kosten richten sich nicht nach der Zahl der Termine, sondern nach der Höhe des Objekts und danach, ob Verhandlung stattgefunden, Beweisaufnahme angeordnet ist, Urteil erlassen ist usw. — **100 Brannen.** Beantragen Sie schleunigst bei der Berufsgenossenschaft, Ihnen Unfallrente zu zahlen. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie in den öffentlichen Verfassungen ausliegenden ersten Nachtrag zum „Arbeiterrecht“ S. 94, 103. Auch wenn vom stützlicher oder polizeilicher Seite der Fall gemeldet sein sollte, ist unbedingt zur Stellung des Antrages zu raten. Sie erhalten dann von der Genossenschaft Antwort. — **R. C. 100.** Rein. — **A. S. 04.** Die Praxis bejaht die Frage, ob ein sogenannter Sonntagsanzug dem Schuldner verbleiben muß, in der Regel: das Gesetz spricht nur von unentbehrlichen Kleidungsstücken. — **C. S. 62.** 1. und 2. Ja. 3. Die Hälfte des Betrages jeder Marke. — **Udler Spandan.** 1. Das Unentbehrliche muß dem Schuldner bleiben. 2. Rein. 3. In der Regel 5 Jahre. 4. Die Leistung des Pfandbesitzes hindert den Schuldner nicht, ein selbständiges Geschäft zu eröffnen. 5. Bei 1500 M. übersteigendem Lohn ist Lohnabzugsname steis, sonst nur wegen Alimenten und wegen Steuer-rückständen zulässig. — **Robert Behrens.** Ihr Verwalter kann mit Aussicht auf Erfolg beim Amtsgericht klagen — auch nach Einleitung des Armenrechts — wenn er die Umwandlung beweist. Der Versuch vorheriger Einigung mit dem Wit. ist anzuraten. — **G. S. 20^{1/2}.** Reineswegs sind Sie verpflichtet, den Lohn des jungen Mannes dem Vater auszubehalten. Es wäre dies ein schäreres Unrecht. Die Rechtslage ist die, daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn nur dann an die Eltern auszubehalten werden muß, wenn ein dahin gerichteter Urtheil besteht. Ein solches Urtheil ist für Berlin zu erlassen mit Recht abgelehnt. Es besteht nur für wenige Orte in Deutschland. Gerade um solche Fälle zu verhindern, in denen ein Vater seine Pflichten gegen Frau und Kinder auf vernachlässigt und dann den Lohn einzieht, um ihn für sich und seine Kontinente zu verwenden und ihn der Mutter und dem Sohne zu entziehen, ist solches Statut von fast allen Gemeindevereinigungen abgelehnt. Zahlen Sie direkt an den Sohn. Eine Klage des Vaters wäre völlig aussichtslos. — **P. Sagel 164.** 1. Die Schwelgermutter erbt, da Ihre Ehe kinderlos war, mit. 2. Sie können auf Herausgabe klagen, Ihre Schwägerin kann aber mit Erfolg Gegenklage erheben und die Sachen verstreuen lassen. 3. Ihre Mutter hat das Recht, ihre Forderung einzufordern. Sie kann sich auch den Anspruch auf Herausgabe der Sachen überlassen lassen. Aber die Gegenrechte Ihrer Schwägerin bleiben bestehen. Solche Prozedur wäre mühsam zwecklos. — **A. S. 7.** Wenn Sie die Sache durchaus im Wege der Privatklage verfolgen wollen, so können Sie beim Amtsgericht in Rüddeburg Beilegungsklage erheben. Der Beklagte kann aber wegen des von Ihnen in Ihrem Briefe gebrauchten Ausdrucks Widerklage mit Aussicht auf Erfolg erheben. — **M. 100. G. M. 44.** Rein. — **J. S. 2.** Ansprüche auf Unfallrente verjähren in zwei Jahren, wenn die Anmeldung des Anspruchs unterbleibt, es sei denn, daß erst später die Folgen sich bemerkbar machten. Wenden Sie sich schleunigst Ihren Unfallrenten-Anspruch bei der Berufsgenossenschaft an. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Ihnen der Beweis gelingt, daß die Unfallfolgen erst im März 1902 oder später als solche sich herausstellten. — **A. H. Rein.** — **P. R. Ja.** — **A. S.** Sie müssen Ihren Anspruch bei der Behörde, von der Sie früher die Pension empfingen, geltend machen. Daß Verjährung vorliegt, ist nicht maßgebend, aber ohne Kenntnis des Einzelalles (warum war zugestanden? wann zuletzt erhoben? warum spätere Erhebung unterlassen? wann ins Ausland verreist?) nicht zu beantworten. — **Frau Gildbert.** Wenn Ihr Vater W. Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig krank ist, so hat er Anspruch auf Invalidenrente für die Dauer der ferneren Erwerbsunfähigkeit. Ueberdies steht ihm ein Anspruch auf Invalidenrente zu, wenn er im Sinne des Invalidengesetzes invalide ist. Den Antrag kann er erneuern, ohne die bereits eingekündeten Renten nochmals einfordern zu müssen. Eine Bezugnahme auf die Renten genügt. — **P. G. 200.** Sind Sie aus der nicht leistungsfähigen Klasse nicht in der im Statut angegebenen Weise ausgetreten, so müssen Sie Ihre Beiträge zahlen. Ob Ihnen ein Gegenanspruch zusteht und ob Sie diesen mit Erfolg geltend machen können, läßt sich ohne Einsicht in die Statuten und ohne nähere Darlegung der Ihren Anspruch begründenden Einzelheiten nicht erkennen. — **C. 1900.** Ja.

Extra-
Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Montag
Dienstag
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

Porzellan

Steingut

weiss:	bunt:
Speiseteller nach 10 Pf.	Kaffeekannen 38 Pf.
Speiseteller tief 15 Pf.	Kleine Kaffeekannen 15 Pf.
Dessertteller 8 Pf.	Kleine Teekannen 10 Pf.
Kompottteller 6 Pf.	Kaffeetassen 11 Pf.
Salatschüsseln 25, 30 u. 38 Pf.	Obertassen 2 Stück 10 Pf.
Backformen 10, 15 u. 20 Pf.	Milchtöpfe gross 15 Pf.
Saucières 38 Pf.	Milchtöpfe klein 8 Pf.
Terrinen 95 Pf. u. 1.25 Mk.	Zuckerboxen 10 Pf.
Kartoffelschüsseln 60 u. 75 Pf.	Kuchenteller 15 Pf.
Bratenplatten oval 25 bis 95 Pf.	Kindertassen 6 Pf.
Bratenplatten rund 30 Pf.	Dessertteller 8 Pf.
Kaffeekannen 45 Pf.	Kompottteller 5 Pf.
Kaffeetassen 10 Pf.	Salatschüsseln gross 18 Pf.
Obertassen 3 Stück 10 Pf.	Kabarets 3teilig 35 Pf.
Milchtöpfe 5 Pf.	Beilagschalen 12 Pf.
Zuckerboxen 6 Pf.	
Brotkörbe 28 u. 38 Pf.	Fischservices für 12 Personen 13.50, 15, 20, 21.50
Kuchenteller 20 u. 28 Pf.	Kaffeervices für 6 Personen 1.90, 2.65, dünne, feine Ausführung 6.50
Beilagschalen 15 Pf.	Tassen dünn 20 u. 45 Pf.
Kompottschalen 6 Pf.	
Bierkannen 90 Pf.	
Konfektschalen 35 Pf.	
Cakesdosen 15 Pf.	

Waschgarnituren 2.90, 3.50, 4.50 Mk.	Heringskästen 1.10 Mk.
Wasserkannen weiss u. farbig, gross 75 Pf.	Wurstbretter 25 Pf.
Wasserkannen 25 Pf.	Speisenäpfe 10 Pf.
Waschschüsseln 25 Pf.	Wandplatten Terrakotta 48 Pf., 1.50, 1.75
Kannen-Untersätze 2 Stück 10 Pf.	Wandbilder Fayence, gemalt mit Holzrahmen 2.15, 2.30, 2.85, 4.50
Schalen farbig und weiss 4 Stück 10 Pf.	Tintenfässer Majolika 55 u. 80 Pf.
Kinderteller 2 Stück 10 Pf.	Dekorationskrüge handgemalt 57 u. 65 Pf.
Brotteller mit durchbroch. Rand 9 u. 12 Pf.	Dekorationsteller " 1.50 Mk.
Butterdosen farbig 33 Pf.	

Glaswaren

Käseglocken geschlossen 45 Pf. u. 1 Mk.	Garnitur „Schleifenmuster“
Bierbecher mit Goldrand 7, 10, 18 Pf.	Rot- u. Weissweingläser 25 Pf.
Bierbecher graviert 14 Pf.	Portweingläser 23 Pf.
Kompottteller gepresst 5 Pf.	Bowlen- u. Sektingläser 30 Pf.
Butterdosen " 23 Pf.	Biertulpen 35 Pf.
Wassergläser " 6 Pf.	Bier- u. Selterbecher 20 Pf.
Salatschalen " 5 Gr. 5 bis 35 Pf.	Wasserbecher, Likörkelche 20 Pf.

Ein grosser Posten reich dekoriertes

feiner Porzellan-Artikel

u. a.: Tassen, Kompottschalen, Fruchtschalen, Kuchenteller etc.

unter der Hälfte des regulären Wertes

Beachtenswert für die Konfirmation!

Schwarze und weisse Stoffe

in Wolle und Seide. Ueberraschend reiche Auswahl! Bekannte Preiswürdigkeit!

126. Gr. Frankfurterstr. 126. S. Weissenberg, Ecke Koppenstrasse.

Specialgeschäft für Damen-Kleiderstoffe.

25 Jahre bewährt.

Reinseidene Damast-Robe 15 Mk.

Bis auf weiteres offeriere die in grosser Anzahl aus meinem Engros-Lager angesammelten **Seiden-Roben**.

Reinseidene schwarze Damaste 15-20-25 per Robe.
 Braut- u. Hochzeits-Seiden 15-20-25 per Robe.
 Blusen- u. Kleider-Sammets 0,75, 1,00, 1,25 per Meter.

Mein Einzel-Verkauf in Sammet und Seide jeden Genres gewährt dem Privat-Publikum sehr grosse Vorteile.

Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten.
Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin
 Jetzt nur Spandauer Strasse 33-35, 1 Treppe,
 Ecke Simons-Apotheke.

Muster franco.

Landparzellen
(Baustellen).

Vorortverkehr (Bahnhof), bequem gelegen, landschaftlich hervorragende Gegend, steigende Grundpreise in schnell anblühender Kolonie, in jeder Preislage und Größe zu verkaufen. Offerten unter G. R. 315 an Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103. 49/18

Teilzahlung auf allerbequemste Weise alle Arten Uhren, auch Goldwaren etc. (möglichenfalls nur 1 Mk.)

Jahre & König, Barichauerstr. 72 I.

Raucher **Haas-Tabak**



Specialität:
Anerkannt beste Qualitäten
 in 10, 20 u. 30 Pfg.-Packeten
 für kurze und lange Pfeifen
 zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.

Masken-Garderobe
 von Carl Ernst,
 Köpenickerstr. 126, 1. Et.
 Grösste Auswahl!
 Billigste Preise!
 Betrüger dieser Annonce erhält 10% Preisermässigung.

Metzner's
 Korbwaren-Magazin

Kinderwagen,
 Kinderbettstellen,
 Puppenwagen,
 Triumphstühle,
 Kindermöbel etc.

Grösstes Spezialgeschäft
 Berlin O., Andreasstr. 23.
 II. Gesch. Brunnenstr. 85.
 III. Seussstr. 67.
 IV. Leipzigerstr. 54-55.
 Verkauf Hof, Fabrikgebäude.
 — 1000 Mark Belohnung —
 zahle jedem, der mir in Berlin ein
 grösseres Spezialgeschäft in der
 Branche, als d. mein., nachweist
 Billigste Preise. Katalog gratis.



Grösstes Spezialhaus für
**Nähmaschinen,
 Metallbettstellen,
 Kinderwagen.**

Als ganz vorzüglich empfehle ich
Naumann-Bobbin-Maschinen
 mit neuem Kugellagergestell,
 No. 8 mit Verschlusskasten 145.00
 No. 4 für starke Arbeiten 170.00

Bei Teilzahlungen von 1.00 wöchentlich.
 Bei Barzahlung oder grösseren Raten 10% Rabatt.

Kinderwagen-Bazar Baby. S. Kaliski.
 Zentrale: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstrasse.

Filialen:
 Frankfurter Str. 115.
 Reinsiekendorfer Str. 20.
 Belle-Alliancestr. 107.
 Bousseistrasse 18.
 Potsdamer Str. 83 b.
 Tauentzienstrasse 7 a.
 Oranienstrasse 31.
 Brunnenstrasse 92.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog ins Haus.

45.00
 55.00-108.00
 Eigene Reparatur-Werkstatt. Alte Maschinen nehme in Zahlung.

12, 18.00-100.00
 8, 10.00-75.00.

Modewaren-Haus Jacques Cohn

Am Wedding

Müllerstrasse 182-183

u. Sellerstr. 35.

Nur noch
kurze Zeit!

Grosser Saison-Räumungs-Verkauf

Nur noch
kurze Zeit!

Um mit dem Vorrat der unten angegebenen Waren unbedingt zu räumen
verkaufen wir zu ganz bedeutend herabgesetzten fabelhaft billigen Preisen:

Damen-Blusen.

- Blusen aus prima Velour-Flanell mit Säumchen und Goldknöpfchen reich garniert, Wert 2.50 jetzt **98** Pl.
- Blusen aus extra schwerem Velour-Flanell m. Sammet-Kragen, Manschetten u. Goldknöpfch. reich garn. Wert 2.50 Mk. jetzt **1 48** Mk.
- Blusen aus bestem wollenen Flanell, hoch-elegant, m. Posam-Fältchen u. Knöpfchen reich ausgestattet, Wert 2.50 M. jetzt **2 68** Mk.
- Blusen aus reinwoll. Stoffen, hochelegant m. Säumchen, Posament-, Sammet-bändchen und Knöpfchen, reich garniert, ganz auf Futter. Wert 9 Mk. jetzt **3 48** Mk.
- Sammet-Blusen, beste Qualität, nur neueste Muster, hocheleg. m. Säumchen u. Knöpfchengarniert. Wert 11.50 Mk. jetzt **5 90** Mk.

Damen Russen- u. Jacken-Kostüme

- aus prima wollenen Stoffen, ganz auf Futter, nur streng moderne Façons, hochelegant ausgestattet, Wert 35-40 Mk. jetzt **6 95** Mk.

Damen - Cloth - Unterröcke

- ganz auf warmem Futter mit hohem Chine-Plissé-Volant. Wert 3.95 Mk. jetzt **1 9** Mk.

Damen-Capes

- aus schweren wollenen Stoffen, extra lang, Wert 2.50 Mk., jetzt **2 95** Mk.

Damen - Paletots

- schwarz und grau, neueste, modernste Façons, Wert 12-14 Mk. jetzt **3 90** Mk.

Damen-Paletots

- schwarz u. grau, neueste, modernste Façons, eleg. m. Stickerei, Krag. u. Blend-Garnierung, Wert 18-30 Mk. jetzt **9 u. 7 50** Mk.

Damen - Kostüm - Röcke

- aus ganz schweren Cheviots, Tuchen u. Lastings reinwollenen hocheleg. m. Applikat. u. Blenden garn., aller-neueste Schnitt, Wert 30-40 Mk., jetzt **12 50 8 50 u. 5 90** Mk.

Damen-Kostüm-Röcke

- aus engl. Stoffen, reich m. Blenden garniert, Wert 3.90 M. jetzt **1 95** Mk.

Damen-Velour-Flanell-Matinées

- mit Sammet-Bändchen und Fältchen garniert, Wert 2.50 M. jetzt **1 95** Mk.

Damen-Morgenröcke

- m. Sammetkragen und Manschetten, gute, schwere Velour-Ware, Wert 7.50 Mk., jetzt **2 95** Mk.

reinwollene Kinderkleider

- ganz auf Futter, elegant mit Sammet-bändchen und Einsätzen garniert. Wert 7.20 M. jetzt **3 45** Mk.

Velour-Flanelle

- extraschwer, f. Blusen und Kleider geeignet, in den neuesten Mustern, gute waschbare Qualität, Wert 45 bis 60 Pl. jetzt **27** Pl.

Schwarze und farbige Kleiderstoffe.

- 1 Posten schwarze modern. Kleiderstoffe in glatten u. seidenglänzenden Mohairstoffen, doppeltbreit, Wert 2 Mk., jetzt Mtr. **88** Pl.
- 1 Posten moderne farbige Kleiderstoffe glatt und gemustert, nur beste, haltbare Qualitäten, Wert bis 2 Mk. jetzt Mtr. **68** Pl.
- 1 Posten moderne hellfarb. Kleiderstoffe aus best. rein. Wolle, ganz schwere Qualität, i. all. Melange farb., Wert 2.25 Mk., jetzt Mtr. **68** Pl.
- 1 Posten allerneueste mod. Kleiderstoffe nur extra schwere Qualitäten, Honespuns, Zibellines und Wellines, Wert bis 3 Mark, jetzt Mtr. **1.20** Mark, **88** Pl. und **68** Pl.

Seidenstoffe und Sammete.

- 1 Posten reinseidene Jupons in reizenden Mustern, zu Blusen u. Kleidern geeignet, 60 cm. breit, beste Qual., Wert Mtr. 2.50 Mk., jetzt Mtr. **88** Pl.

- 1 Posten reinseidene schwere Damaste, schwarz und farbig, gute, haltb. Ware, nicht reisend, i. gr. Musterwahl, Wert b. 3 Mk., jetzt Mtr. **1 30** Mk.

modernste Blusen-Sammete

- in d. neuesten Mustern u. Farbenstellung, Wert b. 4.50 Mk., jetzt Mtr. **2.10, 1.25** u. **90** Pl.

Seiden-Sammete

- in allen denkbaren Farben, Wert 3 bis 5 Mark jetzt Mtr. **78** Pl.

Schürzen.

Damen - Wirtschaftsschürzen

- aus allerbesten Stoffen, extra weit, Wert 1.75 Mk. jetzt **68** Pl.

Kinder-Schul-Schürzen

- nur gute, waschbare Stoffe, Wert 1 bis 1.50 Mk. jetzt **48** Pl.

eleg. Tändel-Schürzen

- aus gutem, gestreiftem Batist, reich mit Stickerei garniert, Wert 1 bis 1.50 Mk., jetzt **48 u. 25** Pl.

Wäsche.

Damen - Achselschluss - Hemden

- aus prima Renforcé mit elegant gestickter Passe, Wert 2.25 Mk. jetzt **1 38** Mk.

Damen-Priesen-Hemden

- aus gutem Hemden-tuch m. Spitze garn., Wert 1.25 Mk., jetzt **75** Pl.

Damen-Nachtjacken

- aus bestem Dimiti gearbeitet, und Spitze garniert, Wert 1.25 Mk., jetzt **78** Pl.

bunte Barchend-Damen-Jacken

- mit Spitze garniert, Wert 1.25 Mk., jetzt **78** Pl.

bunte Barch.-Dam.-Beinkleider

- a. prima Velour m. Languette, Wert 1.25, jetzt **78** Pl.

bunte Damen-Barchend-Röcke

- aus ganz schwer. Velour mit prima Languette, Wert 2.25, jetzt **1 45** Mk.

Besondere Gelegenheitskäufe.

- 1 Posten Spachtel-Kragen Wert 1.48 Mk. jetzt **68** Pl.

- 1 Posten Spachtel-Kragen Wert 2.90 Mk. jetzt **1 68** Mk.

- 1 Posten Lackgürtel Wert 48 Pl. jetzt **10** Pl.

- 1 Posten moderne Stoffgürtel Wert 1.28 Mk. jetzt **68** Pl.

- 1 Posten gemusterte Bandeauxbänder in all. Ballfarben. Wert 35 Pl., jetzt Mtr. **18** Pl.

- 1 Posten Bänder in allen Farben, ca. 10 cm breit, Wert 25 Pl. jetzt Mtr. **10** Pl.

- 1 Posten breite Schärpenbänder in allen Farben, Wert 75 Pl. jetzt Mtr. **25** Pl.

- 1 Posten breite Liberty-Bänder für Putz Wert 60 Pl. jetzt Mtr. **38** Pl.

- 1 Posten moderne Korsetts Wert 2.75 Mk. jetzt **1 38** Mk.

- 1 Posten Unterrock-Spitzen in 20 Farbenstell. jetzt Mtr. **20** Pl.

- 1 Posten Damen-Glacé-Handschuhe gute, haltb. Qual., 2 Druckknöpfe, Wert 1.50 M., jetzt **75** Pl.

- Spitzenreste! & Stickereireste! für den vierten Teil des regulären Wertes.

- Für Brautausstattungen selten günstige Gelegenheit.

- 1 Posten Prima Elsässer Hemdentuch gute, starkfäd. Qual., Wert 28 Pl., jetzt Mtr. **18** Pl.

- 1 Posten Prima Louisianatuch, gute leinen-artige Ware, für Leib- und Bettwäsche sehr geeignet, Wert 48 Pl. jetzt Mtr. **28** Pl.

- 1 Posten 5/8 Prima Bett-Satin in diversen Mustern, Wert 68 Pl. jetzt Mtr. **48** Pl.

- 1 Posten 5/8 Prima Bett-Satin in diversen Mustern, Wert 1.10 Mk. jetzt Mtr. **85** Pl.

- 1 Posten Fertige Bettwäsche bunt und weiss, Oberbett u. zwei Kissen, Wert 4.90 Mk., jetzt Garnitur **3 10** Mk.

- 1 Posten 5/8 breite Bett-Inlette rot u. rot-rosa gestreift, federdicht, Wert 1.50 M., jetzt Mtr. **68** Pl.

- 1 Posten 5/8 breite Kissen-Inlette rot u. rot-rosa gestreift, federdicht, Wert 58 Pl., jetzt Mtr. **38** Pl.

Handtücher und Tischtücher.

- 1 Posten Küchen-Handtücher 80/100 cm, gute dauerh. Qual., Wert 4.80 M. jetzt Dutzend **3 50** Mk.

- 1 Posten Stuben-Handtücher 50/110 cm, prima Qualität, Wert 5.15 Mk. jetzt Dutzend **3 60** Mk.

- 1 Posten Damast-Tischtücher 135/135 cm, in vielen Mustern, Wert 1.10 Mk. jetzt Stück **1 40** Mk.

Modewaren-Haus Jacques Cohn

Am Wedding

Müllerstrasse 182-183

u. Sellerstr. 35.

Litterarische Rundschau.

Wasserwirtschaft.

I.

In den Ländern der gemäßigten Zone hat sich eine sehr rationelle Wasserwirtschaft immer notwendiger gemacht, je weiter sich die kapitalistische Produktionsweise in ihnen entwickelt hat. Denn, wie Kautsky in seiner „Agrarfrage“ auch hervorhebt, mehr als jede andre greift diese in die natürlich gegebenen Verhältnisse der Gewässer ein, so durch Entwaldung, Trockenlegung von Sümpfen, Niederlegung von Seespiegeln, durch Kanalbauten, Flusskorrekturen, Stauanlagen, Wasserleitungen usw. Nicht bloß die Interessen der Landwirtschaft kommen jetzt in Frage, auch viele andre, gewichtige Interessen, so der Industrie, des Verkehrs, der Hygiene, der öffentlichen Sicherheit u. dergl. Die Aufmerksamkeit hat sich denn auch je länger je mehr diesen wichtigen Zweigen der heutigen Volkswirtschaft zugewandt; aber bei den zahlreichen, augenblicklich weit offensichtlicheren wirtschaftlichen Fragen ist diese Aufmerksamkeit nur in ganz akuten Fällen über den Kreis der Fachleute und speziellen Interessenten hinausgegangen. Ein solcher akuter Fall war die Kanalvorlage und vornehmlich seit ihrem ersten Auftreten ist das Interesse für die Wasserwirtschaftspolitik auch wieder in weitere Kreise gedrungen, und auch die Literatur über alle Fragen der Wasserwirtschaft ist seitdem gewaltig angewachsen. In neuerer Zeit sind es besonders zwei Werke, die aus der großen Masse dieser literarischen Produkte auch die Aufmerksamkeit weiterer Kreise wirklich verdienen. Das eine von G. v. Samson-Himmelsjerna, „Die Wasserwirtschaft als Voraussetzung und Bedingung für Kultur und Frieden“ (Reudamm, 1903), ein dicker Bälger von 376 Seiten in Großoktav, will allein mit seiner Wasserwirtschaftspolitik die ganze soziale Frage lösen; das zweite vom Regierungsdirektor E. Mattern, „Der Thalperrenbau und die deutsche Wasserwirtschaft“ (Berlin, 1902) beschränkt sich in wohlthuender Gegenläufigkeit dazu auf die Frage der Niedrigwasser-Vermehrung der Ströme aus gemeinsamen Sammelbetten für Hochwasserschutz, Kraftgewinnung, landwirtschaftliche Bewässerung und Schiffsfahrtszwecke und giebt gerade durch diese stoffliche Beschränkung ein höchst lehrreiches Bild davon, wie und wo speziell in Deutschland die Wasserwirtschaftspolitik einleiten könnte, um die ganze Volkswirtschaft mit neuen Aufgaben zu neuen Zielen und Erfolgen zu führen.

Vor dem Eingehen auf diese beiden Werke aber dürften an dieser Stelle einleitend einige allgemeine Hinweise auf die Wasserwirtschaftspolitik nützlich sein.

In den Ländern der heißen und warmen Zone war die vernünftige Wasserwirtschaftspolitik durch die natürliche Situation schon ein Gebot der Selbsterhaltung geworden. In ihnen vornehmlich sind deshalb auch zuerst die größten Wunder der Wasserbautechnik zu verzeichnen gewesen, die ersten großartigen Erfolge einer rationellen Wasserwirtschaftspolitik. Die Blüte des Ackerbaues in den alten Kulturländern, wie Syrien, Mesopotamien, Ägypten, Peru, hängt mit den großartigen, eine regelmäßige Bewässerung bewirkenden Anlagen von Kanälen und Reservoirs ebenso eng zusammen wie der spätere Verfall dieser Wasserwerke auch vornehmlich den Verfall der Bodenkultur jener Länder im Gefolge hatte. Was in jenen Ländern in der Wasserwirtschaft geleistet worden ist, ist fast unergreiflich, vor allem bei den Ägyptern und Syrern, aber auch im alten Südamerika bei den Inkas, von denen Cuvotz in seiner „Sozialen Verfassung des Inkarreiches“ sagt, „sie hätten in Bezug auf die Verteilung des Wassers solche bewundernswürdige Ordnung gehabt, daß kein Tropfen verloren ginge“.

In der kapitalistischen Produktionsweise der Länder der gemäßigten Zone aber kommen neben der Bewässerung und Entwässerung im Interesse der Landwirtschaft, auch, in dem Inneinandergreifen aller wirtschaftlichen Vorgänge fast gleichwertig, die Fluß-, See- und Kanalschifffahrt für den Verkehr, die zunehmende Notwendigkeit neuer Kräfte für die Industrie, besonders durch die Elektrotechnik, in Frage; ferner durch die Entwässerung von Sümpfen, Trinkwasserherstellung, Ableitung von Abfällen und anderen Abfallstoffen Interessen der Hygiene, schließlich durch den Schutz vor Hochwasser, Interessen der öffentlichen Sicherheit je länger je mehr in Frage.

In Deutschland hat die schrankenlose Vorherrschaft des Junkertums aber auf all diesen Gebieten durch einen wüsten Raubbau die Entwicklung einer rationellen Wasserwirtschaft zurückgehalten, obwohl sie gerade auch im Interesse einer gesunden Entwicklung der Landwirtschaft gelegen hätte. Aber diesen Nutzen übersehen die Junker, ja leugneten ihn um so hartnäckiger, als ihnen weit mehr als an einer vernünftigen, aber deswegen auch mißheißelnden Hebung der Landwirtschaft daran gelegen war, den mit einer rationellen Wasserwirtschaft stets verbundenen steigenden Verkehr zu verhindern, in dem sie das Ende ihrer Tage sehen. Und gerade bei den Kanälen, in denen unsere preussischen Junker sich am meisten fürchten, ist der Wert für die Bodenkultur außerordentlich groß. Die verhältnismäßig hohen Bemessungsgebühren, welche in Norditalien, Spanien und Frankreich, von Indien ganz zu schweigen, für die Inanspruchnahme von Kanalwasser zu Bewässerungszwecken mäßig gezahlt werden, sind der beste Beweis dafür. Für das Departement Saucône in der Provence ist zuverlässig berechnet worden, daß bei beständiger Zufuhr von 1 Liter Wasser pro Hektar und Sekunde während 6 Monaten der Boden mit 35 Kilogramm Stickstoff im Werte von 52,50 Frank bereichert werde, so daß ungeachtet der sonstigen Vorteile der Bewässerung eine Vergütung von 60 Frank, wie die Dinge heute liegen, eher zu niedrig, als zu hoch gegriffen erscheint. Die Steigerung der Produktionsfähigkeit des Landes durch künstliche Bewässerung ist als ganz enorm ja hinlänglich bekannt; auch hier fehlt es nicht an zuverlässigen zahlenmäßigen Nachweisen. Das Nittergut Fôhra bei Erfurt z. B., wo auf einer Wiesenfläche von 300 Morgen falljähr häufig nicht mehr als 5 Centner geerntet wurden, soll durch die künstliche, auf 30 Tage im Jahre sich beschränkende Bewässerung den Ertrag auf 30 Centner vom Morgen gesteigert haben! Solche Beispiele liegen sich auf allen Seiten und von allen Völkern, die in Frage kommen, zahlreich anführen; für die alten, oben genannten Kulturgegenden wie Ägypten, Indien, Syrien sind sie Legion. Für die neuere Zeit werden als besonders bewundernswürdig die Bewässerungsanlagen in Süd- und Westkalifornien, im sogenannten Kern County, gerühmt. Der Wert der Landereien soll hier in dem Jahre 1888 durch ein kunstvolles System von Kanälen und Reservoirs von 6,8 auf 9 Millionen Dollar und in der angrenzenden Tulare County von 14 auf 23,2 Millionen Dollar gestiegen sein.

In Deutschland und speziell in Preußen ist in der Landwirtschaft das, was überhaupt wasserwirtschaftlich geleistet wurde, gemäß der natürlichen Beschaffenheit des Landes in der Hauptsache nicht durch künstliche Bewässerung, sondern durch Entwässerung geleistet. Bedeutende Länderstreden sind direkt neu gewonnen worden, so viel auch diesbezüglich noch zu thun übrig bleibt. Durch die Korrektur der Oder in Verbindung mit Damm- und Kanalisationsarbeiten wurden so im Ober-Oderbruch 117 600, im Unter-Oderbruch 108 600 Morgen fruchtbares Landes gewonnen. Die Melioration des Warthe- und Reghebruchs, die über 1 Million Thaler kostete, ergab eine kulturfähige Fläche von 122 622 Morgen, die des Drömling und der Odra in Regierungsbezirk Magdeburg eine solche von 176 800 Morgen usw. In der Hauptsache sind diese preussischen „Groberungen“ aber schon zur Zeit Friedrichs II. ausgeführt worden, und von dem Tode dieses Königs an bis zum Jahre 1910 mußte eigentlich wasserwirtschaftlich in Preußen alles,

und auch jetzt noch wird es in einer planvollen alseitigen Wasserwirtschaftspolitik von Baden und Bayern weit übertroffen.

Seit Anfang der sechziger Jahre hat nun Deutschland aber wasserwirtschaftlich sich vornehmlich wieder im Verkehr, in der Binnenschifffahrt herabgesetzt; der enorme industrielle Aufschwung hat für seinen Verkehr verhältnismäßig mehr von den Wasserstraßen als von den Eisenbahnen profitiert. Auch hier reden die Zahlen die deutlichste Sprache.

Die von der Binnenschifffahrt in Deutschland bewirkte Güterbeförderung, nach Tonnen und zurückgelegten Kilometern oder sogenannten Tonnenkilometern (tkm) berechnet, hat sich in den 20 Jahren von 1875 bis 1895 von 2,9 auf 7,5 Milliarden, also um 150 Proz. gehoben, während die Zahl der von der Eisenbahn geleisteten Tonnenkilometer in derselben Zeit von 10,9 auf 26,5 Milliarden, also um 143 Prozent gestiegen ist. Von dem Gesamtverkehr Deutschlands entfielen 1875 79 Proz. auf die Eisenbahnen, 21 Proz. auf die Wasserstraßen. Der Anteil der letzteren aber war bis 1895 auf 22 Proz. gestiegen, trotzdem die Länge der Eisenbahnen in der Zwischenzeit sich um 60 Proz. vermehrt hatte, diejenige der Wasserstraßen aber ungefähr die gleiche geblieben war. Welche Zunahme der Verkehr auf einzelnen Flüssen von 1875—1895 aufweist, und welche enorme Bedeutung für die ganze Volkswirtschaft deshalb diesen Flüssen steigend zukommt, erhellt daraus, daß in den genannten Jahren z. B. der Verkehr auf der Oder von 151 auf 634 Millionen Tonnenkilometer, auf der Elbe von 435 auf 1952 Millionen Tonnenkilometer, auf dem Rhein von 882 auf 3030 Millionen Tonnenkilometer stieg. Der jetzige Verkehr auf dem Rhein von Köln bis zur Landesgrenze bei Emmerich mit durchschnittlich 8 Millionen Tonnenkilometer im Jahre wird auf seinem Binnenschiffverkehr Europas, wie Sympher (Die wasserwirtschaftliche Vorlage, 1901) hervorhebt, erreicht und nur von dem der großen Seen Nordamerikas übertroffen.

Was Kraftzwecke für die Industrie, durch Trinkwasser-Ver sorgung und Ableitung der Abfallstoffe für die Hygiene, durch Hochwasserschutz für die öffentliche Sicherheit bisher geleistet ist und erst recht noch zu leisten übrig und möglich bleibt, das hat nun Mattern vor allem in seinem oben genannten Buche gezeigt. Mit diesem speziell und im Anschluß daran mit dem Buche von Samson-Himmelsjerna soll sich ein zweiter Artikel beschäftigen.

II.

Der Gedanke der Thalperren, denen Mattern sein Buch und seine Agitation widmet, ist uralte; es lag überaus nahe, durch Aufftaumung und Zurückhaltung des übergroßen Wasserreichtums der Gebirge in nasser Jahreszeit für den Wasserbedarf in trockener Zeit zu sorgen. In der heißen Zone waren auch die hierauf gerichteten Maßnahmen eine unbedingte Notwendigkeit, und so finden sich die ersten Stauwerke in China, Indien, Ägypten und andern Ländern der heißen Zone. In Europa reicht der Thalperrenbau bis an das Mittelalter heran; in Spanien begam man zuerst damit, aber auch in Deutschland schon frühzeitig. Die Entstehungszeit der Teichanlagen im Harz ist bis in das sechzehnte Jahrhundert nachweisbar. Während aber in Spanien die Sperren aus Steinmauern errichtet und zu Bewässerungszwecken verwandt wurden, wurden in Deutschland Erdbämme benutzt und das aufgespeicherte Wasser zu Kraftzwecken gewonnen. In neuerer Zeit ist Frankreich musterhaft im Bau von gemauerten Thalperren vorangegangen; hier war es vor allem, wo man den ganzen Bau und seine Wirkungen theoretisch genau vorher berechnete.

Die in den letzten Jahrzehnten in Deutschland erbauten Thalperren dienen vornehmlich zur Aufspeicherung von Wasser für Kraftzwecke, für landwirtschaftliche Bewässerung und für die Wasser-Ver sorgung von Städten und Gemeinden. Daneben hat auch der Hochwasserschutz — die Zurückhaltung der schadenbringenden Hochwassermengen in Stauden — Berücksichtigung gefunden, aber in dieser Beziehung gerade stehen wir in Deutschland hinter andern Ländern weit zurück. In seiner modernen theoretischen Begründung ist der Thalperrenbau in Deutschland noch jung und viele Fragen harren noch der endgültigen Lösung. Die Theorie und Konstruktion der Sperrenmauern, der zweimächtige Baubetrieb, der weit höhere Sorgfalt noch als bei andern Bauwerken erfordert, das Verhalten der fertigen Manern im Betriebe und andres mehr stehen heute, wie Mattern trotz seiner hohen und berechtigten Verehrung für neue Thalperrenbauten zugeibt, endgültig ebensowenig fest wie die allgemein technische, hydrologische und wirtschaftliche Seite des Gegenstandes. Der beste Grund hierfür, den Mattern nicht sieht, liegt aber in dem besonderen Fluß des Kapitalismus, daß er gerade auf den höchsten Stufenleitern der Technik die Erfolge meist am längsten zurückhält, weil der Profit hier am spätesten voll in die Erscheinung treten kann, und nur in ganz wenigen Fällen tritt die Sucht nach sofortigem Profit hinter die rein theoretische und rein technische Verbollkommnung ohne sofortigen Profit zurück. Nur insoweit sieht auch Mattern diesen Fluß ein, als er die Aufgabe, neue, wasserwirtschaftlich so notwendige und nützliche Thalperren zu bauen und zu verwalten, wesentlich dem Staate zuweist, weil er das völlige Verlangen des Privatkapitalismus wenigstens durchaus hervorhebt und, wie die Dinge eben liegen, auch begreiflich macht.

Und doch ist der Profit bei Thalperren, die halbwegs rationell gebaut und ausgenutzt werden, schon ein ganz bedeutender; auch bei den neuen, für die Mattern eintritt, läßt es sich als sicher voraussetzen. So hat Mattern für das Projekt eines Thalperren-Systems am oberen Rhein mit einem Gesamt-Stau-Inhalt von 1000 Millionen Kubilmeter einen bis ins einzelne ziemlich genauen und nachprüfenden Mindest-Gesamtterrag berechnet, der dieses grandiose Projekt als durchaus profitabel erscheinen läßt. Auf die Einzelheiten dieser Berechnung kann hier natürlich nicht eingegangen werden, der Verfasser kommt zu dem durchaus zuverlässigen Ergebnis, daß bei dem genannten Thalperrensystem als Ertrag aus der Kraftverwertung 40,38 Millionen Mark, als landwirtschaftlicher Ertrag 24 Mill. Mark, als Hochwasserschaden-Verhütung 6,40 Millionen Mark und als Nutzen für die Schifffahrt 10 Millionen Mark, insgesamt 80,78 Millionen Mark jährlicher Ertrag herauskommen. Rechnet man für die Verzinsung des Anlagekapitals, das auf 640 Millionen Mark veranschlagt wird, für die Betriebs-, Unterhaltungs- und Abzugskosten 5 Proz. der Bau Summe, so beträgt die jährliche Aufwendung 32 Millionen Mark; es würde somit ein jährlicher Ueberschuß von 48 Millionen Mark bleiben oder mit andern Worten, abzüglich der Betriebs-Unterhaltungs- und Abzugskosten in Höhe von 1 Prozent, eine Verzinsung des Anlagekapitals mit 13 Prozent erzielt werden. Mattern betont dabei noch mit Recht, daß in dieser Ertragsberechnung der Nutzen nicht in Ansatz gebracht ist, den die größeren schiffbaren Nebenflüsse des Rheins, der Neckar, Main und Mosel u. a. m. in dem Falle haben würden, daß ein Teil der Sammelbetten auf ihr oberes Gebiet entfielen. Der Schiffsverkehrs dieser Flüsse ist aber nicht unbedeutend. Auch der Vorteil ist außer acht gelassen, den die Erhöhung des Niedrigwassers der Gebirgsflüsse in gesundheitlicher Hinsicht mit sich bringt, ein Umstand, der z. B. an der Wupper große Beachtung findet. Weiterhin hebt Mattern hervor, daß die Sammelbetten eine sehr gute Pflegestätte für die Fischzucht bieten und daß daraus an der Renscheider und an andern Thalperren bereits Einnahmen erwachsen sind.

Das ist das bedeutendste an dem Matternschen Buche, daß es im einzelnen überall exakt und mathematisch zuverlässig ist und nichts überflüssig, aber aus diesen positiven einzelnen Berechnungen dann nicht verabsäumt, die Resultate nach allen Möglichkeiten ausstrahlen zu lassen. Nach dieser Methode erörtert Mattern alle Seiten des Thalperrenbaues, seine Bedeutung und seinen Nutzen für Schiffsfahrtszwecke, für die gemeinsamen Zwecke des Hochwasserschutzes, der Industrie, der Landwirtschaft und der Schifffahrt, und für die Trinkwassergewinnung, in besonderen dann auch den Einfluß der bisherigen Thalperrenaussführungen in Deutschland auf die Niedrigwasser-Vermehrung der Ströme.

Am Schluß zeichnet er mit großen Linien die letzten Aufgaben und Ziele einer rationellen Wasserwirtschaftspolitik so eindringlich, daß kein Vorurteilloser sich der Wucht seiner Gründe entziehen kann, seiner Gründe, die freilich gerade von sozialistischer Seite, wenn auch nicht aus so speziellen Voraussetzungen, schon längst gefunden wurden, die letztlich auch weit über die Grenzen hinausgehen, die der Kapitalismus durch sein inneres Wesen der volkswirtschaftlich-technischen Entwicklung aufzwingt. Hören wir den Verfasser ein wenig selbst: „Für den Raubbau“, sagt er, „welchen der Mensch jetzt an der Kraftenergie der Kohle ausübt, kann hier aus unerschöpflichen Quellen, die sich selbsttätig immer wieder erneuern und stichen so lange, als die natürlichen Lebensbedingungen für die Menschheit überhaupt vorhanden sein werden, für die fernere Zukunft Ertrag geschaffen werden. In der ewigen Bewegung des Wassers von der Erde zu den Wolken und wieder herab zu der Erde und dem Meere soll seine Energie in dem Teile des Kreislaufes, in dem es mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln möglich ist, Einfluß auf diesen natürlichen Vorgang zu üben, zeitweise gehemmt und aufgehalten, später aber in zweckmäßiger Verteilung in die alten Wege zurückgeleitet werden. Das Schillerische Wort von der wohlthätigen Macht des Feuers in der Herrschaft des Menschen und seiner fürchtbaren Wirkung bei ungefehrter Entfaltung gilt auch von der elementaren Gewalt des Wassers. Die Sammelbetten sind die großen Kampfplätze, in denen das Wasser zur Ruhe und seine Energie zur Aufspeicherung gelangt, um in trockener Zeit in feiner bringender Weise nutzbar gemacht zu werden.“ Und Mattern schließt: „Unsere Wasserwirtschaft ist jetzt noch in hohem Maße extensiv, ein großes Ruhigfeld liegt hier brach. Aber wie für eine Stadt die gesicherte Wasser-Ver sorgung eine Lebensfrage ist, von der ihr Sein oder Nichtsein abhängt, so wird auch im Haushaltungsplan der Zukunft die wasserwirtschaftliche Frage sich mit zwingender Notwendigkeit Geltung verschaffen. Wenn die Menschheit der Gegenwart — aus reichen Vorräten gehend — es noch in ihrem Verleiben hat, die wertvolle Energie des Wassers sich dienstbar zu machen oder ungenutzt zu lassen — den kommenden Geschlechtern wird hier keine Wahl mehr frei stehen; ihnen wird diese Nutzherausmachung durch Thalperren ein Gebot der Selbsterhaltung werden. Wohl aber dem Lande, das mit feinem Entschluß und Willen einen richtigen Plan rechtzeitig zur Verwirklichung bringt.“ So schließt Mattern, nicht ohne vorher haben durchblicken zu lassen, daß es nicht zu hoffen wagt, daß Preußen-Deutschland dieses Land sein wird, das er für seine Wasserwirtschaftspolitik erachtet; die volle Höhe rationeller Wasserwirtschaftspolitik aber wird überhaupt kein kapitalistisches Land erreichen können, weil vielleicht kein Zweig der gesamten Wirtschaftsordnung so sehr auf einen kommunikativen Vertrieb zwingend zugeschnitten ist wie die Wasserwirtschaft.

In schroffem Gegensatz zu dem Buche von Mattern steht das von Samson-Himmelsjerna, das in seiner Beweisführung auf demselben Wege viel weiter gehen will und doch unendlich hinter Matterns Ergebnissen zurückbleibt. Dort bei Mattern alles peinlich genau technisch und wirtschaftlich begrenzt, hier alles verschwommen, weitschweifig, ja unfaßbar; dort in engen Grenzen ein Mögliches als notwendig erwiesen, hier in ulerlosem Plane nichts als Behauptungen und Sentenzen ohne Beweise. Man braucht nur den einzigen Satz heranzuziehen, den Herr Samson-Himmelsjerna beweisen will durch sein bides Buch, und man sieht sofort, daß dies Unmöglichkeit eben nicht Ereignis, sondern ein Verzicht werden muß, daß der Verfasser trotz seiner guten Willens auch in der Methode in die Irre zu gehen einfach gezwungen wird; er will nämlich beweisen, „daß die wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Schäden, unter denen die europäische Kultur in Besorgnisse erregendem Grade leidet, daß sie in letztem Grunde auf der Verderbtheit der europäischen Wasserwirtschaft beruhen“. Die soziale Frage wird also endlich mal wieder auf einen neuen Wege gelöst, auf dem Wege der Erlösung aus der „Verderbtheit der europäischen Wasserwirtschaft“. Der vernünftige Gedanke, daß durch rationelle Wasserwirtschaft die Produktivität des Landbaues gesteigert, die Ernährung dadurch erleichtert werden kann, bessere wirtschaftliche und damit auch bessere soziale Verhältnisse geschaffen werden können — dieser in seinen Grenzen berechnete und, wie gesagt, vernünftige Gedanke wird hier in einer fast krankhaften Art breit und breiter getreten, bis er zu einer lächerlichen Skarlaturn wird, die selbst das Vernünftige in der Absicht tötet. Es verlohnt sich nicht, auf das Buch näher einzugehen; nur hervorzuheben werden soll, daß es sehr viel mehr als zu viel!) historische und literarische Material zusammenbringt und deshalb in den endlosen Citaten wenigstens nicht ganz ungenießbar ist. Aber auch viele der benutzten Bücher hat Herr Samson-Himmelsjerna nicht verdaut, ihre Absicht nicht erkannt, so daß ihm auch hierbei die lousigsten Irrtümer unterlaufen. Es ist schade, Herr Samson-Himmelsjerna wird es bei denen, die etwa nur sein Buch vor die Augen bekommen, vielleicht erreichen, sie gerade von den berechtigten und notwendigen Ideen der Wasserwirtschaftspolitik abzusprechen; darin liegt die größte Gefahr solcher Bücher. Als bestes Korrektiv könnte immer das Buch von Mattern empfohlen werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Jastrow, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 8 des 7. Jahrganges unter anderem: Der Berliner Arbeitsnachweise. Von Dr. Rothholz. — Allgemeines: Ausblick über die Lage des Arbeitsmarktes. — Europäisches und farbige Arbeiter in den Kolonien. — Situationsberichte aus einzelnen Gegenden: Bergbau und Häuten (Beschäftigungsgrad im Jahre 1901). Kohlenförderung und Kohlen-Verzeugung; Textilindustrie (Mittelverhältnis zwischen Rohstoff- und Fertigfabrikpreisen, Beschäftigung in den einzelnen Branchen am Jahresende); — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Streikergebnis für Deutschland, Österreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Arbeitsnachweise für Schiffpersonal in Rußland. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweises-Verbindungen: a) Amtliche Bekanntmachung: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Beitrittsbedingungen. — b) Sonstige Mitteilungen: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Centralisierung in der Oberlausitz. — Rhein-Main-Verband. Uebernahme der Berufsstatistik durch das Statistische Amt der Stadt Frankfurt a. M. — c) Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über Dezember 1903.

Justus Verthes. Neueste Tageskarte von Ostfriesland. Colma 1904. Verlag Justus Verthes. Reichstags-Handbuch 1903. Amtliche Ausgabe. 440 Seiten. Herausgegeben vom Reichstags-Bureau. Berlin 1903. Adolf Wolf. Streikblätter über den Streiklosgang in Oesterreich und andres. 263 Seiten. Verlag der Postbuchhandlung Eduard Köstlich, Salzburg. Dr. jur. G. Nail. Stadtrat. Das Rechtsverhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Handwerk, Industrie und Handelsgewerbe. Preis 60 Pf., geb. 5.— R. Berlin 1904. A. B. Gays Erben.

